Nr. 38. 13. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 M., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 14. Februar 1896. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Die Konsumvereins-Chikanirung.

Unsere Gesetzgebung soll, nach dem Wunsche der reaktionären Parteien, in eine neue Aera eintreten, deren Umrisse von Friedrichsruh aus vorgezeichnet wurden: die Arbeiter sollen zur Strafe dafür, daß sie Sozialdemokraten sind, chikanirt werden, jegliche Berücksichtigung ihrer berechtigten Interessen soll schwinden. Neben den großen Mitteln wie Wahlentrechtung, werden eine Reihe kleiner vorgeschlagen, deren Erfolg sich mit den Friedrichsruher Vorschlägen deckt. Dabei soll denjenigen Bevölkerungskreisen, welche die großkapitalistische Entwickelung zermalmt und zerstört, eine Scheinhilfe gewährt und ihnen vorgeredet werden, nicht der Großkapitalist, sondern der Arbeiter ist ihr Feind. Damit glauben die sich für sehr schlau haltenden Füchse der Ordnungsparteien zweierlei erreichen zu können: erstens, daß die Mißstimmung, welche der kleine Besitzende infolge des wirthschaftlichen Zersetzungsprozesses empfindet, sich zunächst gegen die Arbeiter und deren klassenbewußte Vertretung, die Sozialdemokratie kehrt, und zweitens, daß dadurch diese mit Hilfe der Kleingewerbetreibenden besser geknebelt werden können.

So wie die Margarine-Chikanirung die Bauern zu dem Glauben bringen soll, sie hätten keine besseren Freunde als die Margarinefeinde, so wird im Reich wie im Probirländel der Reaktion, im Königreich Sachsen, ein Feldzug gegen die Konsumvereine eröffnet, der dieselben mit Chikanen aller Art der Vernichtung entgegenführen soll.

Im Reich ist aus der beinahe unschuldig aussehenden Regierungs-Vorlage von der Kommission ein Ausnahmegesetz gegen Konsumvereine geschaffen worden, wie es bisher in der ganzen deutschen Gesetzgebung seines gleichen nicht findet. Was jedem Privathändler erlaubt ist, wird dem Konsumverein verboten. Um dem Vorwurf einseitiger Ungerechtigkeit zu entgehen, erstrecken sich die Beschlüsse der Konsumvereins-Kommission nicht nur auf die Konsumvereine welche Erwerbs- und Wirthschafts genossenschaften sind, sondern auch auf „Konsumanstalten, welche von Arbeitgebern für ihre Arbeiter oder Beamten betrieben werden, sowie auf alle Gesellschaften, Korporationen, Vereinigungen, namentlich auf Beamten- und Offiziersvereine, deren wesentlicher Geschäftszweck es ist, ihren Mitgliedern oder für bestimmte Berufskreise in dem Bezug von Waaren Vortheile zu verschaffen".

So wenig es zu billigen und zu dulden ist, wenn Beamte während ihrer von den Steuerzahlern bezahlten Dienstzeit in irgend einer anderen Geschäftsthätigkeit, also auch in einer Konsumanstalt, thätig sind, so wenig entspricht es dem gleichen Recht für alle, sobald den Konsumenten, auch wenn sie Beamte oder Offiziere sind, verboten oder erschwert wird, sich in Konsumvereinen zu organisiren. Und Erschwerungen chikanösester Art waren in der Kommission vorgeschlagen, und es bedurfte großer Mühe seitens der Opposition, die sich in der Minorität befand, um diese Ausnahmegesetze in etwas wenigstens zu mildern. Ursprünglich wollte die Mehrheit der Kommission ganz uneingeschränkt gelten lassen, daß nicht nur der Verkäufer bestraft wird, der in einem Konsumverein Waaren an Nichtmitglieder wissentlich verkauft, sondern auch dasjenige Mitglied, das aus dem Konsumverein oder von einem mit diesem wegen Abgabe von Waaren in Verbindung stehenden Gewerbetreibenden auf grund seiner Mitgliedschaft bezogene Waaren gegen Entgelt gewohnheitsmäßig oder gewerbsmäßig an Nichtmitglieder veräußert.

Durch diese Bestimmung würde bei jeder Arbeiter- oder Beamtenfamilie, welche Kostgänger, Pensionäre u. dergl. besitzt, der widerlichsten Denunziationspest Thür und Thor geöffnet worden sein. Die Butter wie der Käse, die Seife, das Licht wie das Petroleum hätten für die Kostgänger nicht von den Waaren genommen werden dürfen, die aus dem Konsumverein stammen! Bis 150 M. Geldstrafe sollte man solche furchtbare Verbrechen bestrafen!

Es gelang der Opposition schließlich, die Mehrheit zu bewegen, den Chikaneparagraphen dahin abzuschwächen: „Die Abgabe von Gegenständen, welche Mitglieder von Konsumvereinen aus solchen beziehen, in ihrer Speise-Anstalt oder an ihre Kostgänger zum alsbaldigen persönlichen Verbrauch, fällt nicht unter vorstehende Strafbestimmung."

Immerhin bleibt das freie Verfügungsrecht beschränkt, das sonst jeder Käufer über seine rechtmäßig erworbene Waare besitzt; mit jeder anderen Waare können ihre Besitzer thun und lassen, was sie wollen — die Konsumvereins-Waare dürfen sie aber nicht nach freiem Ermessen weiter veräußern, nur zum alsbaldigen persönlichen Verbrauch in ihrer Speise-Anstalt oder an ihre Kostgänger ist ihnen dies gnädigst gestattet worden!

Ob aber nicht diejenigen Parteien, welche mit Hilfe der Kleingewerbetreibenden Siege gegen die Arbeiter erringen wollen, bei den Plenarberathungen diesen Gnadenerlaß zu Falle bringen werden, bleibt noch abzuwarten. Die engherzigste Interessenpolitik mancher Krämer will eine völlige Vernichtung oder strengste Einschränkung der Konsumvereine; sie betrachten diese als eine unberechtigte Erscheinung, durch die ihr, wie sie meinen, privilegirtes Anrecht auf die Geldbeutel der Konsumenten eingeschränkt wird! Als ob die Konsumenten der Händler wegen da wären oder nicht vielmehr die Händler um der Konsumenten willen!

Dieselben Konsumvereine, welche vor jetzt drei Jahrzehnten als unfehlbares Mittel zur Vertilgung der Sozialdemokratie angepriesen wurden, werden jetzt von ihren ehemaligen Lobpreisern verfolgt, weil — die Arbeiter sich zwar das Gute zu nutze machten, das eine Konsumorganisation zu bieten vermag, keineswegs aber für dieses Linsengericht ihr Erstgeburtsrecht der freien Meinung und des Strebens, die Gesellschaftsordnung von Grund aus umzugestalten, aufgaben.

Und weil nicht unbedeutende Massen sozialdemokratischer Arbeiter — nicht von Partei wegen, sondern aus privaten Interessen — sich in Konsumvereinen organisirten, deshalb bekämpfen die Arbeiterfeinde diese Organisationen erst recht.

Im Königreich Sachsen, wo man ja die Vergewaltigungspolitik zur Staatsraison erheben will, geht man noch brutaler vor, als in der Reichstags-Kommission.

Am 30. Januar d. J. kam in der zweiten sächsischen Kammer ein Antrag Rüder (k.) zur Verhandlung, der nicht mehr und nicht weniger wünscht, als eine Umsatzsteuer für Konsumvereine, die bis auf 3 pCt. gesteigert werden soll. Unsere Genossen Postelt, Stolle und Seifert wiesen sehr treffend nach, welche Ungerechtigkeit in dieser Steuer liegen würde, die nicht den privaten Gewerbetreibenden, sondern nur die Konsumvereine belasten soll. Postelt rechnete vor, daß der von ihm geleitete Konsumverein „Vorwärts" in Dresden dann jährlich etwa 67 500 M. Abgaben zu zahlen hätte und so den Mitgliedern 50 pCt. der Dividenden geraubt würden!

Das half nichts! Die Majorität des sächsischen Landtages tritt für diese schreiende Ungerechtigkeit ein; sie erklärt, daß sie die selbständigen Existenzen der Kaufleute schützen wolle und nimmt auf die Interessen der wirthschaftlich noch Schwächeren, der Arbeiter und Kleinbürger, gar keine Rücksicht. Natürlich ist die antisemitische Demagogie dabei einig mit der konservativen.

Der Antrag ist der Beschwerde- und Petitionsdeputation überwiesen worden, der bereits ähnliche Petitionen von Seiten der Kaufleute vorliegen. Mit welcher Eile und Ungeschicklichkeit übrigens dieser Antrag ausgearbeitet wurde, offenbar um nach Außen hin — bei den Kleingewerbetreibenden, denen das Wahlrecht geraubt werden soll — gute Stimmung für die Reaktionäre zu machen, beweist der Umstand, daß der Wortlaut des Antrages juristisch unhaltbar und nicht einmal richtiges Deutsch ist, wie ein nationalliberales Mitglied der sächsischen Kammer rügte. Als darauf unser Genosse Stolle im Landtage die Konservativen fragte: „Hat sich jemals eine Partei mehr blamirt als die Ihrige?" erhielt er dafür vom Präsidenten Ackermann einen Ordnungsruf. Aber recht hatte Stolle deshalb doch, wenn auch freilich vorläufig in Sachsen der Unsinn Sieger bleiben wird. Es sollen eben auch noch die letzten Schlafmützen von den Ohren des deutschen Michel gezogen werden — das ist die kulturhistorische Mission der Rückwärtsler, die sie auch mit der modernen Chikanegesetzgebung erfüllen.

55

Clotilde.

(Nachdruck verboten.)

„Hätte ich mein Geld sonst wieder bekommen?" fuhr die Gräfin auf, „er war ein Spieler."

„Ich habe Ihnen heute gezeigt," sprach Benno weiter, „wie leicht man durch Verführung zum leichtsinnigen Spieler werden kann, Sie haben genug verspielt."

„Ja, wahrlich," stöhnte die Gräfin, „so viel, daß ich kaum von hier fort kann."

„Ich war damals als Freund des Lieutenant v. Scheven an der Ehrenschuld betheiligt, und schwur: Ihnen einmal eine Lektion zu geben. Sie können genug haben.

Ich, mein Freund und seine Frau, wir sind gerächt, ich will zeigen, wie man böse Weiber düpirt und zahm macht. Sie ließen damals ein zartes Mädchen oft eingeschlossen im Zimmer sitzen, jetzt lasse ich Ihre Tochter, die Sie mir zur Frau anbieten, sitzen, denn ich bin längst — verheirathet."

Ein gellender Schrei ertönte und Elly fiel wie ohnmächtig in ihren Stuhl.

Die Gräfin war vor Bestürzung keines Wortes mächtig.

„Ich denke, auch wir sind nun hier zu Ende," nahm Theodor von Rüxdorf jetzt das Wort. „Möge uns das Schicksal nicht wieder feindlich zusammenführen. Damit Sie aber sehen, daß ich es nicht eilig mit dem Geld habe, und Ihnen nur zeigen wollte, wie wehe das Mißtrauen thut, so lege ich fünfhundert Gulden hier nieder, damit es Ihnen ermöglicht wird, bald hier fortzukommen." Benno fügte dem hinzu: „Ich reise morgen zu meiner Frau und meinen Kindern nach Frankreich zurück. Wir versprechen Stillschweigen."

„Damit kein Gerede entsteht, will ich die Damen, mit denen ich hier oft gesehen wurde, zur Bahn bringen und Sie können mit demselben Zuge abreisen. Für heute — gute Nacht."

Die Gräfin und Elly erhoben sich mit zustimmenden dankbaren Blicken und senkten dann verschämt die Augen vor Benno und Theodor, die sich als vornehme Kavaliere verabschiedeten und sie verließen.

Dann brachen beide förmlich zusammen.

Die Gräfin war ihr Geld, Elly ihren Mann los, ohne einen andern erobert zu haben.

33.

Zur Linken des Kurhauses führt ein etwas steil aufsteigender Weg nach dem freundlichen Dörfchen Steinbach, dem Geburtsorte des großen Baumeisters Erwin, der den Straßburger Münster erbaute.

Dort hatte ein uns bekanntes Paar Zuflucht und Wohnung gefunden und verlebte in stiller Zurückgezogenheit recht glückliche Stunden.

Es waren Kurt und Blanka.

In Baden-Baden und im dortigen Kursaal waren sie zwar schon einige Male gewesen, aber sie hatten sich nur verstohlen gezeigt, denn es war ihnen nicht unbekannt, daß die Gräfin und Elly unter den Badegästen weilten.

Heute gingen sie mit großer Freude den Waldweg, der nach Baden-Baden führte.

Sie fühlten sich freier, denn sie brauchten sich nicht mehr zu fürchten, gesehen zu werden.

Kurt von Bergkuhn hatte das Dokument in der Tasche, worin seine Frau durch ihre eigenhändige Unterschrift bekräftigte, daß sie einverstanden sei mit der Scheidung, daß sie ihre Ehe als gelöst betrachte.

Er konnte sich nicht erklären, wie es gekommen, daß seine Frau so schnell eingewilligt.

Noch mehr aber wunderte er sich, daß seine sonst so hartnäckige, ja geizige Schwiegermutter es ihr erlaubt habe, zu unterschreiben, denn damit übernahm sie ja seine Schulden zu bezahlen.

Was in aller Welt konnte der Grund hierzu sein?

Um so größer war seine Freude; er lachte einmal über das andere schadenfroh auf, daß er drei Uebel zugleich so schnell losgeworden.

„O Blanka, rief Kurt, Du ahnst nicht, welch ein beseligendes Gefühl es ist, dem Bereiche einer stets nörgelnden, zänkischen Frau und einer bissigen, bösen Schwiegermutter fern zu sein. Wie athme ich auf, befreit von einer jahrelangen Qual! Wie bin ich beglückt nach einem liebeleeren Dahinleben, voll liebloser Behandlung, in Dir meine erste, wahre Liebe wieder zu finden! Wie bin ich Dir dankbar, daß Du mich nicht vergessen und mir Treue bewahrt."

Er umarmte Blanka und sie tauschten einen langen, heißen Kuß.

„Ja, die treue Liebe ist eine niebesiegte Macht!" rief Blanka, „sie hat mich aufrecht erhalten in Hoffnung, sie hat mir den Muth und die Kraft gegeben, das zu vollbringen, was ich mir selbst nicht zugetraut hätte: mit Dir zu entfliehen. Nur noch einmal wollte ich die schönen Stunden erleben, die das erste Lieben mir geboten, nur noch einmal dem einzig geliebten Manne an der Brust ruhen und dann sterben. Doch nun Du frei bist, möge kommen was da wolle, ich juble auf, ich will Dich fest halten in meinen Armen und ganz Dir leben."

„Meine süße Blanka! Welches Leid, welche trübe Zeit wäre mir und Dir erspart worden, wenn das Schicksal uns nicht auseinander gerissen hätte."

„Lieber Kurt! Du ahnst nicht, welche kummervollen Stunden eine Braut durchlebt, die den Geliebten, den sie einzig und wahrhaft liebt, verliert. Ein immerwährender Schmerz nagt an ihrem Herzen, keine Freude lächelt ihr vollkommen, immer muß sie des Einen gedenken, den sie liebt, überall wird sie ihn vermissen, für den ihr Herz in Liebe glüht, von dem sie nun für immer getrennt ist.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Berlin, 13. Februar.

Der Reichstag bereitete sich heute ein kleines Fest — er trieb „auswärtige Politik", ein Leckerbissen, den er in deutscher Bescheidenheit sich selber verboten hat. Daß Herr v. Marschall über die Transvaal-Angelegenheit reden wolle, war schon seit 10 Tagen bekannt. Und als das Weißbuch gestern Morgen erschien, wußte man auch, daß die Rede sehr harmloser Natur sein werde. Und damit ja die friedliche Stimmung nicht gestört werde, gaben die Unternehmer des Traktaments sich vor der heutigen Sitzung viel Mühe, um zu erwirken, daß keine ernsthafte Debatte sich an die Rede Marschall's anschließe. Ohne die Sozialdemokratie wäre das auch geschehen.

Der Nationalliberale und nationale Jubelgreis Hammacher leitete die Vorstellung ein, worauf Herr v. Marschall — der Herr Reichskanzler hatte es vorgezogen, dem kleinen Feste fernzubleiben — mit der ihm eigenen Geschicklichkeit, alle Klippen vermeidend, seine Rede vom Stapel ließ. Sie war tadellos — gerade so wie die Marschall'schen Noten in dem Weißbuch — aber sie sagte auch nichts, was nicht in diesen gesagt ist, und was in diesen nicht gesagt ist, das sagte sie auch nicht. In dem Weißbuch wie in der Rede Marschall's glänzt aber durch Abwesenheit gerade das, was uns vor allem interessirt, und was den ganzen Transvaal-Spektakel hervorgerufen hat — nämlich die Depesche des Kaisers. Sie war das Rührmichnichtan, um das die Herren Patrioten sich herumschleichen wollten, wie die Katze um den heißen Brei.

Auch der Zentrumsmann Lieber, der in Windthorst'scher Weise eine große staatsmännische Rede dadurch ankündigte, daß er feierlichen Schritts auf die Rednerbühne stieg, nippte nur an dem seltenen Leckerbissen und vermied sorgfältig den heißen Brei. Das gleiche thaten die Herren von Manteuffel und Kardorff, von denen der erstere das geschmackvolle Kunststück fertig brachte, für die Agrarier im allgemeinen und der letztere für die Doppelwährung insbesondere Reklame zu machen.

Erst Richter brachte Ernst in die Debatte und behandelte ziemlich eingehend die famosen Flottenpläne. Er führte u. a. den Fürsten Bismarck als Befürworter einer gemäßigten und besonnenen auswärtigen Politik gegen den Zickzackkurs ins Feld — allerdings nur ein Scherz, denn der Altkanzler hat in der Praxis mit ziemlicher Regelmäßigkeit das Gegentheil dessen gethan, wozu er sich theoretisch bekannte.

Dem Blümchen Rührmichnichtan ging Bebel kräftig zu Leibe; er gab der Ansicht Ausdruck, daß, wenn unsere Beziehungen zu England nicht trotz allem und allem so freundliche wären, der an das Telegramm sich anschließende Spektakel sehr leicht zu einem Krieg hätte führen können. Er beleuchtete die jetzt grassirende Russenfreundlichkeit, die auch in Ostasien hervorgetreten sei und uns demnächst ein russisches Anlehen auf den Berliner Markt bringen werde.

Auch der Volksparteiler Haußmann beschritt, freilich etwas zaghaft, das Feld der auswärtigen Politik und protestirte energisch gegen die Flottenpläne.

Ein patriotischer Erguß des Herrn Liebermann von Sonnenberg ließ das mit so studirter Feierlichkeit begonnene Fest in eine Tingeltangel-Posse ausmünden.

Ein „großer" Tag war's nicht.

Morgen: Fortsetzung der Etatsberathung (Militär-Etat). —

Die Reform der Militär-Strafprozeßordnung wird immer weiter und weiter hinausgeschoben. Der preußische Kriegsminister hat zwar sein Verbleiben im Amte von einer solchen Reform abhängig gemacht, er ist auch nach wie vor Kriegsminister — aber reformirt wird vorläufig noch nicht. Vor einiger Zeit wurde von Freunden der Regierung in übertriebener Fürsorge für das Wohlergehen unserer Volksvertreter die Nachricht verbreitet, wegen Ueberbürdung des Reichstages werde in dieser Session die Vorlage nicht mehr eingebracht werden. Diese Mär erregte nur ein ungläubiges Lächeln. Jetzt wird dem „Stuttgarter Beobachter" angeblich aus Offizierskreisen mitgetheilt, und das klingt viel wahrscheinlicher, daß die Reform des Militär-Strafverfahrens infolge des neuerwachten Widerstandes an höchster Stelle mehr als fraglich geworden sei. Bezüglich der für Württemberg sich daraus ergebenden Konsequenzen meint das Organ der Volkspartei: „Will sich Preußen abermals der Reform entgegenstemmen, so ist Württemberg genöthigt, allein vorzugehen. Seine Regierung hat die Neigung und den Willen, die Reform durchzuführen; die Volksvertretung geht einig mit der Regierung: darum erscheint der Zeitpunkt gekommen, die Reform für das 13. Armeekorps anzubahnen, die für die preußische Armee noch nicht nützlich ist." —

Der Protest des sächsischen Volkes gegen das Attentat auf das Wahlrecht ist so imposant, daß die sächsische Regierung mit ihren Trabanten, den sogenannten Ordnungsparteien, über die Bedeutung desselben sich keiner Täuschung hingeben können. Hinter dem Protest steht die Mehrheit des sächsischen Volkes. In bezug hierauf kann kein Zweifel obwalten. Im Moment, wo der Plan des reaktionären Staatsstreiches bekannt wurde, erhob sich in ganz Sachsen aus den Reihen des arbeitenden Volks ein Schrei der Entrüstung: wir halten fest an unserem Recht! Die Protestbewegung schwoll lawinenartig an, je mehr die Einzelheiten der von der Regierung vorbereiteten Maßregel in die Oeffentlichkeit drangen. Und als die Regierungsvorlage erschien, welche die schlimmsten Drohungen und Befürchtungen wahr machte, da brach der Zorn des Volks elementarstark los in den gewaltigen Kundgebungen von Dresden, Leipzig und anderen Städten des Landes, wo, wenn die in Sälen nicht Platz findenden Massen mitgezählt werden, Hunderttausende demonstrirt haben — eine Kundgebung, wie seit 1848 in keinem Staate des europäischen Festlands ähnliches erlebt worden ist. Die heuchlerische Redensart, daß eine Entrechtung der Arbeiterklasse nicht beabsichtigt sei, daß im Gegentheil der Plutokratie ein Riegel vorgeschoben werden solle, kann angesichts der schreienden Thatsachen nur als Hohn klingen und verbitternd wirken.

Die sächsische Regierung und ihre Parteien können sich unter solchen Umständen keiner Täuschung hingeben: sie handeln gegen den Willen des Volkes. Und damit stellen sie sich auf den Boden der Gewalt. Ob die Gewalt sich in Staatsstreichen äußert oder in das Gewand des Gesetzes hüllt, das ist gleichgiltig: der Punkt, auf den es ankommt ist, daß die in den Händen der Regierung und der herrschenden Klassen und Parteien befindlichen Machtmittel zur Vergewaltigung des Volkswillens, oder sagen wir richtiger des Majoritätswillens benutzt werden. Oder ist es keine Vergewaltigung, wenn einem Volke gegen den ausgesprochenen Willen und leidenschaftlichen Protest der Mehrheit des Volkes ein politisches Grundrecht genommen, die politische Mündigkeit geraubt wird? Ist die Entmündigung eines Volkes, die Unterkuratelstellung eines Volkes nicht eine Vergewaltigung? — die schlimmste Vergewaltigung, die überhaupt gedacht werden kann?

Gewalt aber, das ist ein alter Grundsatz — kann niemals Recht werden. Wird das Attentat auf das sächsische Landtags-Wahlrecht verwirklicht, was bei der Verblendung der herrschenden Klassen mit Bestimmtheit zu erwarten, so ist jedem Menschen in Sachsen, der sich in seinem Rechte gekränkt fühlt, und der einen Funken von Mannhaftigkeit im Herzen und „Ehre im Leibe" hat — die Pflicht auferlegt, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß das neu geschaffene System wieder beseitigt wird. Das Volk wird zum Kampf gegen die Regierung gezwungen. Und Ruhe kann nicht eher ins Land kommen, als bis entweder der Widerstand des Volkes gebrochen und die Ruhe des Kirchhofes hergestellt oder das geschaffene Wahlunrecht weggefegt ist. —

Der Wahlgesetzentwurf im sächsischen Landtage. Aus Dresden meldet uns eine Privatdepesche:

Der Wahlgesetzentwurf wurde nach zweitägiger Redeschlacht an die Gesetzgebungsdeputation verwiesen. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten. Die Vertheidigung des Entwurfs war kläglich. Die konservative Majorität stimmen dafür. Die Nationalliberalen waren gespalten. Der Minister v. Metzsch begründete den Entwurf sehr unglücklich; seine Angriffe auf die Sozialdemokratie wurden energisch von unseren Rednern zurückgewiesen. Die Gegner wurden kleinlaut, besonders die Nationalliberalen, denen ihre Annexionsbestrebungen von 1866 vorgehalten wurden. —

In Frankreich hat der Senat die Unvorsichtigkeit begangen, der Regierung des Herrn Bourgeois ein Mißtrauensvotum zu ertheilen. Wenn deutsche Zeitungen, die in der Ausräumung des kapitalistischen Augiasstalles ein Verbrechen gegen die heilige Weltordnung erblicken, nun schon den Fall des französischen Ministeriums in unmittelbare Nähe gerückt glauben, so befinden sie sich allem Anscheine nach in einem groben Irrthum. Sie vergessen erstens, daß der Senat in Frankreich Regierungen nicht zu stürzen vermag. Dazu hat er nicht das nöthige Ansehen. Ministerien können in Frankreich nur durch die Deputirtenkammer gestürzt werden, in der allerdings schon eine geringe Majorität, das heißt eine Majorität von nur wenigen Stimmen für die Regierung genügt, um die Regierung zur Demission zu zwingen.

Und zweitens übersehen die betreffenden Organe bürgerlicher Tugend, daß alle ehrlichen Menschen in Frankreich auf Seiten des Ministeriums Bourgeois stehen, und daß der Senat, indem er das Ministerium deshalb tadelte, weil es den Spitzbuben zu kräftig auf den Leib rücke, sich in den wohlverdienten Ruf gebracht hat, mit den Spitzbuben zu sympathisiren. Und das ist eine gewaltige Waffe für das Ministerium Bourgeois, das ohnehin nach einer guten Gelegenheit sucht, um mit dem Senat, der nur ein Korruptionsheerd und ein Hemmschuh des Fortschritts ist, endlich einmal gründlich aufzuräumen.

Es ist ja möglich, daß auch in der Deputirtenkammer sich demnächst — wenn auch nicht schon heute, wo eine große Debatte ist — eine Majorität von Spitzbuben und Spitzbubenfreunden findet, die das Ministerium Bourgeois zu Fall bringen; allein von diesem Fall würde es bald wieder aufstehen. Die Reaktion gegen die Panamisterei ist in Frankreich kräftiger als man erwartet hatte, und sie gewinnt täglich an Kraft.

Der „Figaro" hat einen vom 13. Juli 1895 angeblich vom jetzigen Unterrichtsminister Combes geschriebenen Brief veröffentlicht, in dem vom Direktor der Staatsbahnen eine Stelle gefordert und ein ziemlich unverhüllter positiver Erpressungsversuch gemacht wird. Ist der Brief echt, so muß Herr Combes natürlich über Bord fliegen. Allein das erschütterte doch nicht die Stellung des Ministeriums. Das Ergebniß der heutigen Debatte werden wir wohl noch in einem Telegramm mittheilen können. —

Die englischen Blaubücher sind doch etwas gesprächiger als unsere deutschen Weißbücher. Während unser Weißbuch über Transvaal buchstäblich nichts bringt, was nicht schon bekannt war, giebt das englische Blaubuch einige ganz interessante Aufschlüsse. Ein Telegramm aus London vom gestrigen Tage besagt:

Das heute veröffentlichte Blaubuch enthält noch folgende Schriftstücke: Eine Depesche Chamberlain's an Robinson vom 14. Januar enthält die Antwort auf eine Anfrage des Präsidenten Krüger über die Bestimmung des englischen fliegenden Geschwaders. Chamberlain ersucht Robinson, dem Präsidenten Krüger mitzutheilen, daß drei englische Kriegsschiffe den Befehl erhalten hätten, nach der Delagoa-Bai zu gehen, wo sich schon Schiffe anderer Länder befänden. Das fliegende Geschwader solle für alle Fälle bereit sein; die Regierung habe aber durchaus nicht die Absicht, dasselbe zur Zeit in die südafrikanischen Gewässer zu entsenden. Am 13. Januar telegraphirte Chamberlain an Robinson bezüglich der friedlichen Regelung der Transvaal-Angelegenheit. Solange die Beschwerden der Uitlanders bestehen bleiben, heißt es in der Depesche, werde die Gefahr innerer Unruhen bestehen. Möglicherweise sei Präsident Krüger überzeugt, daß er sich auf irgend eine auswärtige Macht stützen könne, um dem Verlangen nach Reformen zu widerstehen oder um Forderungen an England zu stellen. „Ich glaube Sie Angesichts dieser Möglichkeit benachrichtigen zu sollen, daß England sich um jeden Preis der Einmischung irgend einer fremden Macht in die Angelegenheiten der Transvaal-Republik widersetzen wird. Ich erinnere daran, daß die Annahme, Deutschland denke an eine solche Einmischung, in England einen einstimmigen, noch nie dagewesenen Ausdruck der öffentlichen Meinung hervorrief. Um für alle Fälle vorbereitet zu sein, hat die Regierung ein fliegendes Geschwader mit zwölf Torpedobooten in Dienst stellen lassen, außerdem liegt eine Anzahl anderer Schiffe bereit. Die Regierung hat gegenwärtig keinerlei Grund, einen Interessenkonflikt mit den auswärtigen Mächten vorauszusehen, ich glaube aber, Sie wissen lassen zu sollen, daß England keine Aenderung in seinen Beziehungen zur Transvaal-Republik dulden wird. England achtet loyal die den Verträgen unterliegende innere Unabhängigkeit Transvaals, wird aber seine Stellung als dominirende Macht in Südafrika und besonders die Bestimmungen in Artikel 4 der Konvention von 1884 aufrecht erhalten."

Der oben erwähnte Artikel 4 bestimmt, daß die Transvaal-Republik keine Verträge mit auswärtigen Mächten abschließen kann ohne die Zustimmung Englands. Das ist die sogenannte Suzeränität, welche die englische Regierung durch die Fassung des deutschen Kaisertelegramms verletzt glaubte — was der Anlaß zu dem großen Spektakel war.

Da die deutsche Regierung den Artikel 4 ausdrücklich anerkannt hat, so ist jeder Grund zu weiterem Geleise weggefallen. —

Chronik der Majestätsbeleidigungen. Ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung gegen den verantwortlichen Redakteur des „Stettiner Volksboten" ist eingestellt worden. Es handelte sich um eine Notiz, in welcher gegenüber der bürgerlichen Presse bemerkt war, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten, falls sie eine Einladung zu der Feier am 18. Januar erhalten würden, dieser nicht Folge leisten würden. — Nach der in der badischen Kammer abgegebenen Erklärung des Staatsministers Dr. Nokk sollen von dem Gnadenakte des 18. Januar auch solche Majestätsbeleidigungen getroffen werden, bei denen der eigentliche böse Vorsatz fehlt. Daß dieser Gnadenakt sich auch auf Straffälle bezieht, in denen vor dem 18. Januar Berufung gegen das schöffengerichtliche Urtheil eingelegt worden ist, versteht sich nach der „Straßb. Post" von selbst; denn man müsse doch vor der Begnadigung dem Verurtheilten noch die Möglichkeit des Erweises lassen, daß er überhaupt nicht schuldig ist. —

Deutsches Reich.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung den Antrag Mecklenburg-Schwerins, betreffend die Zollbegünstigungen bei der Einfuhr von Getreide und anderen Erzeugnissen des Landbaues, sowie die Vorlage, betreffend die Verleihung von Korporationsrechten an die mit dem Sitze in Düsseldorf neugebildete „Westdeutsche Handels- und Plantagen-Gesellschaft" den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Dem Ausschußbericht über den Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betreffend die Wahlen der Mitglieder der Bezirksvertretungen und der Kreisvertretungen wurde die Zustimmung ertheilt. —

— Ein kaiserlicher Glückwunsch. Die „Dresdener Nachrichten" und der „Frankfurter Generalanzeiger" brachten in den letzten Tagen die Nachricht, der Kaiser habe die konservative Parteileitung zur Ausscheidung Stöcker's beglückwünscht. Das „Volk" bemerkt hierzu, ihm sei diese Nachricht bereits vor acht Tagen als authentisch aus parlamentarischen Kreisen zugegangen.

— Wieder ein Kaltwasserstrahl gegen die Bimetallisten. Die „Berliner Neuesten Nachrichten" veröffentlichen in ihrer Nummer vom 10. d. Mts. eine die Haltung der Reichsregierung in der Währungsfrage betreffende Zuschrift des Herrn v. Kardorff, in welcher es heißt:

„Die Wiedereröffnung der indischen Münzstätten war von England noch in der Brüsseler Konferenz zugesagt . . ."

Hierzu bemerkt die „Nordd. Allgem. Ztg." offiziös: „Diese Angabe beruht auf einem Irrthum. Die Verhandlungen der Brüsseler Konferenz erreichten am 17. Dezember 1892 ihr Ende, zu einer Zeit, wo die indischen Münzstätten noch der freien Silberprägung für private Rechnung offen standen. Erst im Juni 1893 — also sechs Monate später — ist die Schließung der indischen Münzstätten erfolgt.

Auf der Brüsseler Konferenz selbst haben die englischen und indischen Delegirten wiederholt erklärt, daß ihre Regierung sich hinsichtlich der in Indien künftig zu befolgenden Münzpolitik die volle Aktionsfreiheit vorbehalte." —

— Der Gesetzentwurf über die Disziplinarverhältnisse der Privatdozenten stellt die letzteren gleich den Professoren unter das Disziplinargesetz für die nichtrichterlichen Beamten, also unter die provinziellen Disziplinarbehörden, und in höchster Instanz unter das Staatsministerium. Die Fakultäten sollen die Befugniß behalten, ihrerseits Verweise zu ertheilen und sie sollen vor der Einleitung jedes auf Entlassung eines Privatdozenten gerichteten Verfahrens gutachtlich gehört werden. —

— Staatlich patentirte agrarische Wissenschaft. In einer Notiz über Stöcker und Wagner offenbart die „Konserv. Korr." den Herzenswunsch der Agrarier nach einer staatlich patentirten Wissenschaft, die nichts weiter lehrt, als die Heiligkeit des Profits und die Nothwendigkeit, den Agrariern den Geldbeutel zu füllen. Sie thut das in folgender Form:

„Das Werk ist erst halb gethan, indem der Häuptling des Pastoren-Sozialismus politisch todt gemacht wurde. Es wäre zu wünschen, daß die Lehrstühle unserer Universitäten der wahren Wissenschaft wiedergegeben würden, sie dürfen nicht länger dem pseudowissenschaftlichen Professoren-Sozialismus offen stehen." —

— Soldatenmißhandlungen. Wegen Mißhandlung von Soldaten ist in Stettin der Unteroffizier Steglin von der 4. Kompagnie des Königsgrenadier-Regiments Nr. 2 durch kriegsgerichtliches Erkenntniß zu zwei Jahren Festung und zur Degradation verurtheilt worden. Nach dem, was aus der Verhandlung verlautbart, handelt es sich um zahlreiche Mißhandelungen, die zum theil eine Aufnahme der Mißhandelten in das Lazareth nothwendig machten, aber trotzdem nicht angezeigt wurden. Erst der Rekrut Brenner machte Anzeige, als er von Steglin beim Turnen mit dem Säbelgriff einen so schweren Stoß in das Kreuz erhielt, daß er zur Heilung einer achttägigen Lazarethbehandlung bedurfte.

Und das wird immer so bleiben, bis militärische Gerichtsverfahren nach modernen Grundsätzen geregelt ist. —

— Der Wichtigthuer Dr. Max Hirsch hat wieder einmal das Bedürfniß gehabt, mit seinen Generalräthen beim Reichskanzler und Herrn v. Bötticher zu antichambriren. Um ihn los zu werden, versprachen die beiden Herren, Hirsch's Bitte, seine Berufsvereine anzuerkennen, wohlwollend zu prüfen. —

Münster i. W., 10. Februar. Das Münster'sche „Tageblatt" meldet: Gestern Nachmittag wurde auf dem Hofe der Münzkaserne unter dem dort befindlichen Schuppen ein Appell abgehalten, der von 1½ Uhr bis 6½ Uhr dauerte. Von der Straße aus konnte man die Abhaltung desselben übersehen. Die Mannschaften traten im 3. Anzuge an und mußten den 4., 5. und 6. Anzug vorzeigen. Außerdem mußten Helm, Koppel und Bandelier vorgewiesen werden. Als das natürliche Licht nicht mehr genügte, mußte eine Lampe zu Hilfe genommen werden. Da um 6¾ Uhr der Stalldienst beginnt, der um 7¼ Uhr beendet sein soll, aber oft bis 8 Uhr währt, verblieb den Mannschaften nur eine Pause von ¼ Stunde. Dieser lange Dienst an einem Sonntagnachmittage ist mit dem neuerlichen Erlaß des Kaisers, die Sonntagsruhe der Truppen betreffend nicht in Einklang zu bringen. —

— Die „Berliner Neuesten Nachrichten" treten für die Knebelung der Presse in den Reichslanden ein, weil dadurch auch die protestlerischen, klerikalen und sozialdemokratischen Blätter niedergehalten werden. Das ist die richtige Höhe für bismarck-offiziöse Tintenkulis! —

— Gegen die Chikanirung der Konsumvereine (siehe den heutigen Leitartikel) regen sich besonders in Sachsen die Arbeiter allenthalben. Freitag, den 21. d. M., finden in Leipzig mehrere große öffentliche Versammlungen statt, in denen die Arbeiterschaft gegen diese geplante Knebelung der Konsumvereine protestiren wird. —

Dresden, 12. Februar. (Eig. Ber.) Bis zur Stunde sind sozialdemokratische Petitionen gegen die Wahlrechtsvorlage mit 140 000 Unterschriften eingelangt. Ihre Zahl dürfte sich auf 250 000 erhöhen. —

— Der anhaltische Landtag ist auf den 24. Februar einberufen.

— Aus Nürnberg wird berichtet, daß die Beschwerde von der Regierung abschlägig beschieden worden sei, die gegen die Schließung der dortigen Mitgliedschaft des Deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes erhoben war. Das mag dem „Geiste" des bayerischen Vereinsgesetzes entsprechen; daß die Schließung der Mitgliedschaft aber in sozialpolitischer Beziehung den schärfsten Tadel verdient, bedarf angesichts der scheußlichen Zustände, die jetzt durch die Bewegung in der Konfektionsindustrie Deutschlands ans Tageslicht gezogen sind, keines Beweises, denn Schutz vor der Ausbeutungswuth des anarchischen Kapitalismus und seiner Handlanger, des Zwischenmeisterthums, gewährt dem Proletariat neben den nothwendigen gesetzlichen Vorkehrungen einzig und allein seine Organisation. —

Oesterreich.

— Zündhölzchen-Monopol. Nächsten Sonntag findet in Wien eine Versammlung von Zündhölzchen-Fabrikanten statt, um zu der von der Regierung geplanten Zündhölzchen-Steuer Stellung zu nehmen. In den Kreisen der Zündhölzchen-Industriellen wird als die günstigste Art der Besteuerung die Monopolisirung der Produktion und des Vertriebes bezeichnet; die Regierung verhielt sich jedoch bisher gegenüber der Einführung eines Zündhölzchen-Monopols ablehnend. —

Italien.

Rom, 12. Februar. Die Kammern sind zum 5. März einberufen worden.

— Die Gerüchte von der Demission einiger Minister werden von der „Agenzia Stefani" als unbegründet bezeichnet. —

Portugal.

Lissabon, 12. Februar. Heute früh 4 Uhr verhaftete die hiesige Polizei einen Anarchisten als den Urheber des Attentates vor dem Hause des Arztes Joyce vom 4. d. M. Gleichzeitig stellte die Polizei fest, daß das Attentat von einem Komitee von 9 Anarchisten, welche bereits festgenommen sind, vorbereitet war.

Amerika.

— Der neue spanische Oberkommandant auf Kuba, General Weyler, nimmt geradeso wie der verflossene Martinez Campos den Mund gewaltig voll und will durch eine Aenderung im Systeme der Kriegsführung die Rebellen in kürzester Zeit vernichten. Abwarten! —

Lima, 12. Februar. (Reuter's Bureau.) Hier ist eine Ministerkrisis eingetreten.

Afrika.

Pretoria, 11. Februar. (Reuter's Bureau.) Der Prozeß gegen die Mitglieder des Reform-Komitees hat heute begonnen. Offiziere des australischen und anderer britischen Freiwilligen-Corps sagten als Zeugen aus, daß die Corps lediglich zum Schutze von Leben und Eigenthum gebildet sind. Die weitere Verhandlung wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Parlamentarisches.

Der Seniorenkonvent des Reichstages hat am Donnerstag unter dem Vorsitz des Präsidenten über die geschäftlichen Dispositionen der nächsten Wochen berathen. Die Besprechung hat zu dem Ergebniß geführt, daß bis Ende nächster Woche die zweite Berathung des Etats nach Möglichkeit gefördert werden, und dann eine Pause in den Plenarberathungen von 8—10 Tagen eintreten soll. Die Aussetzung der Plenarverhandlungen geschieht, um den Kommissionen Gelegenheit zu geben, für ihre Arbeiten mehr Zeit aufzuwenden. Namentlich die Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch hat den Wunsch, daß eine Zeit lang keine Plenarsitzungen stattfinden, damit sie ungestört arbeiten kann. Aber auch für die anderen Kommissionen — Börsenreform, Gerichtsverfassung, Margarine u. s. w. — wird es fördernd sein, wenn der ganze Tag für ihre Arbeiten zur Verfügung stehe. Die Thätigkeit des Plenums beginnt nach Ablauf der Pause mit der ersten Berathung der Zuckersteuernovelle, über welche die Ansichten in den agrarischen Kreisen des Reichstages so weit auseinandergehen, daß eine mehrtägige Generaldiskussion der Vorlage zu erwarten steht. Die Etatsberathung der nächsten Woche soll nur durch einen Schwerinstag (Initiativanträge aus dem Hause, vermuthlich Fortsetzung der Berathung des Antrages Auer und Genossen: Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht, sowie Antrag auf Aufhebung des Impfzwanges) unterbrochen werden.

Die Budgetkommission beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Donnerstag mit den Petitionen, welche in bezug auf das Dienstalterszulagen-System eingegangen sind. Der Berichterstatter Abg. Ennecerus besprach die allgemeinen Gesichtspunkte und stellte fest, daß das Alterdienstzulagen-System eingeführt und an den Grundlagen desselben daher nicht zu rütteln sei. Man müsse vielmehr bemüht sein, die durch die eingeführten Alterszulagen für einzelne Beamtenkategorien entstandenen Härten nach Möglichkeit zu beseitigen. Die Generaldiskussion, welche sich auf die Erörterung der allgemeinen Grundsätze beschränkte, führte aach einigen Zustimmungen zu den vom Referenten gemachten Aeußerungen, zur Besprechung der von Beamten der verschiedenen Ressorts der Reichsverwaltung eingegangenen Petitionen. Schon in der Generaldiskussion war der Abg. Singer auf die Beschwerden über die Reichspostverwaltung eingegangen. Hauptsächlich hatte sich der Redner dagegen ausgesprochen, daß in der Postverwaltung der Gebrauch herrscht, die vor dem 21. Lebensjahre im Postdienst zugebrachte Zeit bei der Anstellung nicht anzurechnen. Bei Einführung des Dienstalterszulagen-Systems war von der Postverwaltung die Einrichtung getroffen, daß von einer längeren diätarischen Dienstzeit bei definitiver Anstellung nur 5 Jahre nicht angerechnet werden sollen. Bei längerer diätarischer Beschäftigung soll also nur die mehr als fünf Jahre betragende Zeit in Anrechnung gebracht werden. Bei der Postverwaltung und, wie mitgetheilt wurde, auch bei den übrigen Reichsverwaltungen giebt es nun außer einer diätarischen auch noch eine Vorbereitungs- und Probedienstzeit, deren Wirkung darin gipfelt, daß die vor dem 21. Lebensjahr im Reichs- und speziell im Postdienst zugebrachte Zeit bei der Anstellung gar nicht zur Erscheinung kommt. Hierdurch werden natürlich die Beamten und namentlich die mit geringeren Gehältern arbeitenden Unterbeamten schwer geschädigt. Aus diesen Gründen sowie aus dem Umstande, daß die angeblich im Probe- oder Vorbereitungsdienst befindlichen Beamten sich in voller Verantwortlichkeit für ihre Dienstverrichtungen befinden, wendete sich der Abg. Singer gegen die Einrichtung der Vorbereitungs- und Probedienstzeit. Redner führte ferner aus, daß wenn die Post junge Leute von achtzehn Jahren beschäftige, die Verwaltung auch die Pflicht habe, diese Zeit bei der Anstellung mitzurechnen. Von seiten der Regierungsvertreter wurde die Auffassung Singer's bekämpft, indem darauf hingewiesen wurde, daß es allgemein üblich sei, Probe- und Vorbereitungs-Dienstzeit in Anspruch zu nehmen. Außer dieser Frage wurde vom Referenten die Anrechnung der Militärzeit zur Sprache gebracht. Auch diese Angelegenheit wurde vom Abg. Singer in bezug auf die Postverwaltung zur Diskussion gestellt. Namentlich wünscht der Redner die Ungleichheit zu beseitigen, welche zwischen denjenigen Militäranwärtern bestehen, welche vor dem Jahre 1892 angestellt und denjenigen Anwärtern, welche nach dem 1. Januar 1892 in den Postdienst eingetreten sind. Auch die Gehalts- und Aufrückungsverhältnisse der Telegraphengehilfinnen wünschte Abgeordneter Singer zur Sprache zu bringen. Durch einen Geschäftsordnungsantrag veranlaßt, beschloß die Kommission die Beschwerden und Anträge nach den einzelnen Ressorts zu erledigen. Demgemäß wurden eine Anzahl Petitionen von Beamten des Reichsamts des Innern, des Patentamts, des Versicherungsamts, des statistischen Amts, sowie des Reichsheeres und der Marine von der Kommission der Regierung als Material überwiesen.

Wegen der vorgerückten Zeit mußte die Berathung abgebrochen werden und sollen die Petitionen der Post- und Reichs-Eisenbahnbeamten in der nächsten Sitzung — Freitag Vormittag 10 Uhr — erledigt werden.

Die Wahlprüfungs-Kommission beschloß in ihrer Sitzung am Donnerstag Vormittag, die Wahl des Abgeordneten v. Reibnitz (freisinnig), Gumbinnen I, für giltig zu erklären. Herr v. Reibnitz war in der Stichwahl nur mit drei Stimmen Mehrheit gegen den Kandidaten der Konservativen und Bauernbündler gewählt. Ein von der unterlegenen Partei eingereichter Wahlprotest, der an vielen Stellen auf behördliche Hilfe bei der Beschaffung des Materials hinweist, rügte besonders auch, daß eine Anzahl russischer Unterthanen und Armengeld-Empfänger an der Wahl theilgenommen haben. Da diese Angaben sich bestätigten und diese Stimmen dem gewählten Abgeordneten abzuziehen sind, so wäre dessen Wahl gefährdet gewesen, wenn nicht die Freisinnigen durch einen Gegenprotest das Gefecht wieder zum Stehen gebracht hätten. Im Gegenprotest war nämlich unter Beweis gestellt, daß besonders einige Lehrer in der Schule für den konservativen Kandidaten agitirt und den Eltern durch die Schulkinder konservative Aufrufe und Stimmzettel mit der Aufforderung zugeschickt haben: nur konservativ zu wählen. Die Kommission hat derartigen Mißbrauch der Schule zu Agitationszwecken von jeher streng verurtheilt und auch in diesem Falle wieder die konservativen Stimmen der betreffenden Urnen kassirt. Dadurch hat sich das Stimmenverhältniß wieder zu gunsten des Herrn v. Reibnitz gestaltet und ist seine Wahl giltig.

Die Reichstags-Kommission zur Berathung des Gesetzentwurfs gegen den unlauteren Wettbewerb trat am Mittwoch Abend in die zweite Berathung der Vorlage ein. In der ersten Berathung war im § 1 entgegen dem Vorschlage der Regierung auf Antrag des Abg. Rören (Z.) eine Bestimmung aufgenommen worden, wonach gegen unrichtige Angaben über „geschäftliche Verhältnisse" auf Unterlassung und Schadenersatz geklagt werden kann. Während die Vorlage die Delikte im einzelnen aufführt, also eine Generalisirung vermeidet ist, die in erster Lesung angenommene Bestimmung so allgemein, auslegungsfähig und kautschuckartig, daß schwere Bedenken sogar auch vom Regierungstisch aus dagegen geltend gemacht wurden. Ein Antrag, die allgemeine Fassung „geschäftliche Verhältnisse" zu streichen, wurde nach langer Diskussion mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde eine namentlich für die Presse sehr wichtige Bestimmung dem § 1 hinzugefügt. Es lagen hierzu mehrere Anträge vor. Abg. Singer hatte beantragt: „Gegen Redakteure, Verleger, Drucker, sowie deren Angestellte kann ein Anspruch auf Unterlassung von Angaben und Schadenersatz nicht geltend gemacht werden, wenn die Veröffentlichung im Auftrage eines Dritten geschieht und dies aus der Form der Veröffentlichung selbst erkennbar ist." Dieser Antrag wurde abgelehnt, dagegen der folgende Antrag Bassermann angenommen: „Erfolgt die öffentliche Bekanntmachung in einer periodischen Druckschrift, so ist der Anspruch auf Ersatz des entstandenen Schadens gegen die für den Inhalt der Druckschrift verantwortlichen Personen nur zulässig, wenn der verantwortliche Redakteur die Unrichtigkeit der Angaben kannte, oder wenn derselbe einen Verfasser oder Einsender nicht nachweist, welcher sich im Bereich der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaates befindet." Zum § 5, der dem Bundesrath Vollmacht ertheilt, Vorschriften gegen Quantitätsverschleierungen zu ertheilen, wurde ein Antrag angenommen, der eine solche Vorschrift bezüglich des Bierhandels in Flaschen ausschließt. Im übrigen wurden die §§ 1—7 in der Fassung der ersten Lesung angenommen. In einer heute Abend stattfindenden weiteren Sitzung wird der Rest der Vorlage durchberathen werden.

Justiznovelle-Kommission. Dreimännerkollegium oder nicht? bildete in der Sitzung am Donnerstag die Hauptfrage in der Justiznovelle-Kommission. Bekanntlich gehört zu einer der bösesten Verschlechterungen, welche die Justiznovelle beabsichtigt, die Herabsetzung der Anzahl der Richter von 5 auf 3. Da zur Schuldfrage Zweidrittel-Mehrheit erforderlich ist, so bietet die Besetzung der Strafkammern mit 5 Richtern den Vortheil, daß 2 Stimmen genügen, um eine Verurtheilung abzuwenden. Etwas sehr euphemistisch nennt die Rechtssprache die Besetzung der Strafkammern mit 5 Richtern — statt mit 3 — eine „Garantie" für gute Rechtspflege. Die Regierung will diese „Garantie" abschaffen, weil — sie eine Art Berufung, und zwar auch für den Staatsanwalt, angeblich einführen will. Dem gesunden Menschenverstand wird es ein ewig unlösbares Räthsel bleiben, wie eine Verbesserung der Rechtspflege durch Abschaffung einer Garantie für gute Rechtspflege herbeigeführt werden kann. Indeß Juristen giebt es, die dennoch eine dahin gehende Behauptung aufstellen und, da die Regierung die Verschlechterung durchaus haben will, für dieselbe begeistert eintreten. Die Kommission hatte im vorigen Jahre wenigstens für die Instanz über Berufungen wegen Vergehen und Verbrechen die Fünfmännerzahl gerettet. Am Donnerstag versuchten in anerkennenswerther Weise die Zentrums-Abgeordneten Schmidt (Warburg), Broekmann und Schwarze den Angriff gegen die Garantie der Fünfe abzuwehren. Die freisinnigen Kommissionsmitglieder und unsere Genossen unterstützten ihr Vorgehen. Die Freisinnigen? Ach nein! Abg. Lenzmann erklärte im Gegentheil, da die Regierung nicht wolle, gebe er gern nach. Er sei nachgiebig bis zum Exzeß. Erkläre die Regierung, sie wolle nicht einmal den Kommissionsvorschlag vorigen Jahres annehmen, dann würde er auch da nachgeben. Diese Selbstentrechtung seitens eines freisinnig gescholtenen Volksvertreters veranlaßte den Abg. Munckel, seinem Fraktionsgenossen gehörig den Kopf zu waschen. Er wies in einer selbst für Herrn Lenzmann klaren Weise darauf hin, daß solch ein Kompromißgelüst kompromittirend ist und dahin führen muß, an Stelle der Berathung in der Kommission die Willkür der Regierung zu setzen. Auch einige andere Mitglieder der Kommission, selbst rechtsstehende, legten dem „freisinnigen" Lenzmann — dem „freiwilligen Regierungskommissar", wie er im allgemeinen im Reichstage genannt wird — klar, daß sein Standpunkt ein unhaltbarer sei, den allenfalls ein politischer Tintenkuli eines „Lokal-Anzeigers" oder eines ähnlichen von gleichen Rücksichten auf das „Geschäft" wie auf die „Regierung" geleiteten Blattes einnehmen könne, den aber nimmer ein ernst zu nehmender politischer Mann vertreten könne, es sei denn, seine politische Richtung wechsele nach der jeweiligen Anweisung seines Chefs oder der Regierung. Abg. Lenzmann erwiderte entrüstet, die erhobenen Vorwürfe träfen gegen ihn nicht zu, es fiele ihm nicht ein, gegen seine Ueberzeugung stimmen zu wollen. Aber ein Kompromiß sei nothwendig. Es gelang ihm nicht, die Ueberzeugung der übrigen Kommissionsmitglieder zu ändern. Die Anträge Schmidt u. Gen. fielen dann gegen 7, der Kommissionsvorschlag erster Lesung (Besetzung der Berufungskammer mit 5 Richtern) aber wurde mit 16 gegen 5 Stimmen gerettet. Die nächste Sitzung der Kommission findet am Freitag statt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 13. Febr., nachmittags 5 Uhr.

Zur Verlängerung des Vertrages mit dem Garnisonrepräsentanten, betreffend die Einquartirungsverhältnisse der nicht kasernirten Truppentheile, sowie die Quartiervergütigung für die zum Naturalquartier berechtigten Militärpersonen auf die Zeit vom 1. April 1896 bis 31. März 1899, ertheilt die Versammlung die Zustimmung.

Die Nachweisung der öffentlichen und privaten Gasflammen wird zur Kenntniß genommen, nachdem Stadtv. Scheiding auf die erfreuliche Zunahme der privaten Flammen hingewiesen hat, die hauptsächlich der im vorigen Jahre endlich durchgesetzten Ermäßigung des Gaspreises für gewerbliche und wirthschaftliche Zwecke zu verdanken sei.

Bei dem Bericht über den Stand der Kanalisationsarbeiten drängt Stadtv. Kyllmann auf die endliche Aufstellung eines Projekts für das Radialsystem XI (Norden). Stadtrath Marggraff hält die Frage noch nicht für spruchreif, auch ein städtisches allgemeines Interesse dort nicht für vorliegend.

Von den vier städtischen Grundstücken, welche durch Gemeindebeschluß s. Z. dem Kuratorium für das städtische Turnwesen — jetzt „Deputation für das städtische Turn- und Badewesen — zur Benutzung als Spiel- und Eisplätze überlassen worden sind, hat dasjenige in der Wiesenstraße 55/59 schon im vergangenen Sommer eine andere Bestimmung erhalten, da Theile desselben zum Bau des neuen „Asyls für Obdachlose" gebraucht wurden. Als Ersatz will der Magistrat angesichts des in dortiger Gegend vorliegenden Bedürfnisses das städtische Grundstück Pankstr. 11/12 und Wiesenstr. 49/54 zum 1. April 1896 pachtfrei machen und der Deputation zu gleichem Zwecke bis auf weiteres überweisen. Im Etat für 1896/97 sollen die für die Herrichtung des Grundstücks als Spielplatz nöthigen Mittel gefordert werden.

Stadtv. Mießner will die Platzfrage in einem Ausschuß erörtern. Der vorgeschlagene Platz sei über 11 000 Meter groß und bringe 2000 M. Miethe. Es gebe zahlreiche kleinere, gleich geeignete Plätze in nächster Nähe, z. B. Ecke der Pank- und Schulstraße.

Stadtv. Gerstenberg hält diesen Platz doch für zu entlegen. Auch sei es ja gar nicht erforderlich, den ganzen Platz zu planiren; 4—5000 Meter genügen vollkommen.

Es wird nach dem Antrage Mießner beschlossen.

Von einer besonderen Deputation für die Verwaltung der Rieselfelder will der Magistrat trotz des betreffenden Beschlusses der Versammlung aus dem letzten Dezember nichts wissen. Er fürchtet, daß bei einer Theilung der Kanalisationsdeputation in zwei Deputationen für die erste nur die Bearbeitung und Anweisung der Betriebsrechnungen übrig bleiben würde. Dem Zwecke jenes Beschlusses wird nach der Ansicht des Magistrats besser dadurch entsprochen, daß die Deputation um 1 Stadtrath und 2 Stadtverordnete vermehrt und gleichzeitig in „Deputation für die städtischen Kanalisationswerke und Rieselfelder" umgetauft wird. Von 1882—1885 habe ein besonderes Kuratorium für die Verwaltung der Rieselgüter bestanden; diese Einrichtung habe sich aber so wenig bewährt, daß sie am 1. Januar 1886 wieder aufgehoben wurde.

Die Magistratsvorlage wird mit der vom Stadtv. Frentzel vorgeschlagenen Modifikation angenommen, daß auch noch ein Bürgerdeputirter in die Deputation entsandt werden soll.

Der Heu- und Strohmarkt in der Wienerstraße wird von der Polizei als Hinderniß für den Verkehr nach und von der Gewerbe-Ausstellung in Treptow angesehen und soll schleunigst nach den Vorplätzen nördlich und südlich des alten Ostbahnhof-Gebäudes verlegt werden. Die Kosten für die Verlegung der Waage nebst Wellblechbude sind auf 1600 M. veranschlagt.

Nach kurzer Erörterung, in der mehrseitig beklagt wird, daß die Stadt sich der Ansicht der Polizei ohne weiteres zu fügen habe, wird die Vorlage angenommen.

Der Magistrat theilt zur Vorlage über den Verkauf der Restflächen der Grundstücke Spittelmarkt 8/10, Ecke der Oberwasser- und Kurstraße, mit, daß er sich bemüht habe, für diese Restflächen dem Beschluß der Versammlung gemäß 550 000 M. zu erzielen. Er sei nochmals mit dem Kaufmann Jacques Nathanson, dem Eigenthümer der angrenzenden Grundstücke zwischen Kur-, Kleine Kur- und Oberwasserstraße in Verhandlung getreten. Es sei ihm jedoch trotz aller Bemühungen nicht gelungen, ihn zu einem höheren Gebote als 520 000 M. (= 1405,40 M. für das Quadratmeter) zu bewegen. An dieses Gebot hat sich Herr Nathanson bis einschließlich 15. März 1896 gebunden. Der Magistrat hält diesen Preis für annehmbar und ersucht die Versammlung, unter Aufhebung ihres früheren Beschlusses sich mit Veräußerung für 520 000 M. einverstanden zu erklären.

Die Vorlage gelangt heute ohne Debatte zur Annahme.

Es kommt ein dringlicher Antrag ein, den Magistrat um Auskunft darüber zu ersuchen, als ihm bekannt ist, daß der geschäftsführende Ausschuß der Gewerbe-Ausstellung von den Ausstellern für das Gas 15 resp. 20 Pf. pro Kubikmeter verlangt, obgleich ihm von den städtischen Behörden ein Einheitspreis von 10 Pf. bewilligt worden ist, gleichgiltig, für welche Zwecke das Gas Verwendung findet.

Der Antragsteller Stadtv. Herbig begründet den Antrag, dessen Dringlichkeit nicht beanstandet wird, mit dem Hinweis darauf, daß die Versammlung seinerzeit die betreffende Bewilligung in dem Glauben habe eintreten lassen, daß der billige Preis den Ausstellern zugute käme.

Stadtrath Namslau: Der Magistrat hat auf die Untervertheilung des Gases und der Kosten der Gewerbe-Ausstellung keinen Einfluß. Feststeht, daß die nothwendige Rohrleitung 160 000 M. gekostet hat, die der Ausschuß auf die Gasabnehmer untervertheilen will. Da diese zu den Generalunkosten keinen Beitrag leisten wollten, könne man nur dem Arbeitsausschuß und den Ausstellern überlassen, wie sie sich einigen wollten.

Stadtv. Hugo Sachs theilt mit, daß von den 95 Interessenten nur zehn die Bedingungen des Ausschusses nicht unterschrieben hätten; alle übrigen hätten die Forderung des Ausschusses als berechtigt und billig anerkannt. Trotz der genannten höheren Preise müsse das Ausstellungsunternehmen noch immer etwa 40 000 M. für die Rohrlegung bezahlen.

Stadtv. Herbig vertritt die Auffassung, daß der geschäftsführende Ausschuß nicht korrekt verfahren ist; es liege eine Ungeheuerlichkeit vor, die in den Kreisen der Gasindustriellen sehr böses Blut mache. Die meisten Firmen hätten unterschrieben, weil sie mußten, weil man ihnen die Pistole auf die Brust gesetzt habe. Es sei doch wunderbar, daß der Vorredner, der im geschäftsführenden Ausschuß sitze, sich der Interessen desselben hier so warm annehme.

Stadtv. H. Sachs: Ich bin nicht Ausschußmitglied, sondern Ehrensyndikus des Vorstandes der Ausstellung. Ich konnte daher meiner Meinung hier ohne jede Rücksicht Ausdruck geben, hätte aber Anstand genommen, das zu thun, wenn ich direkter Gasinteressent wäre. (Heiterkeit.)

Stadtv. Dinse erklärt als Unbetheiligter, daß das Verfahren des Ausschusses inkorrekt, ungerecht und unschön sei. Die Versammlung habe allerdings den Konsumenten, die doch hohe Platzmiethe zahlen müssen, direkt den billigeren Preis zu gute kommen lassen wollen. Die Rohrlegung gehöre zu den Generalunkosten. Der Ausschuß treibe hier mit dem ihm von der Stadt überlassenen Gase wie mit einer Handelswaare Schacher.

Stadtv. Vogtherr: Die Beleuchtungsfrage scheint für den geschäftsführenden Ausschuß das Ei des Kolumbus zu sein. Hätte er uns seinerzeit diese seine Absicht ganz klar gestellt, so wäre der

Versammlungsbeschluß, wenn auch nicht anders ausgefallen, so doch vielleicht an einige Bedingungen geknüpft worden. Die Stadt giebt dem Ausschuß das Gas zum Einheitspreis, macht also koulanter Weise von dem leider noch bestehenden Preisunterschied keinen Gebrauch; der Ausschuß aber glaubt diese Koulanz nicht nöthig zu haben, sondern verfällt seinerseits in die schlechte Praxis den Ausstellern gegenüber zurück. Es kommen auch keineswegs blos die Gaskonsumenten auf der Ausstellung in betracht. Mit dem Stadtv. Dinse halte ich die Gasleitungskosten für Generalunkosten des Unternehmens. Der geschäftsführende Ausschuß ist ja lange Zeit der Meinung gewesen, daß mit Sonnenuntergang auch die Ausstellung untergehen sollte (Heiterkeit), und ist erst durch die lebhafte Agitation der Bevölkerung zu einer anderen Meinung gebracht worden; er hätte sich bei einigem Nachdenken schon früher sagen können, daß diese hinterwäldlerische Anschauung in Berlin auf die Dauer nicht durchzuführen ist. Hätte der Ausschuß das Gas zu dem niedrigeren Preise abgegeben und größere Kosten gehabt, so wäre der Erfolg höchstens der gewesen, daß man vielleicht am Schlusse nicht mit großen Ueberschüssen geprunkt hätte und mit glanzvollen und an gewissen Stellen willkommenen mildthätigen und patriotischen Stiftungen vorgegangen wäre, sondern es wäre dann die Vergünstigung dem Zweck der Ausstellung an sich zu gute gekommen, das Ausstellen wäre erleichtert, ein größerer Kreis von Ausstellern ermuntert worden. Darum bedauere ich gleichfalls, daß der Magistrat es abzulehnen scheint, auch nur einen moralischen Einfluß auf den Ausschuß auszuüben.

Nach einer kurzen Erwiderung des Stadtv. Hugo Sachs sprechen noch die Stadtvv. Bortmann im Sinne des Antrags, Schwalbe für den Standpunkt des Magistrats.

Ein Beschluß kann nicht gefaßt werden.

Schluß 7 Uhr.

Die Lohnbewegung in der Konfektionsindustrie.

Aufruf!

Beträchtliche Mittel sind aus allen Kreisen unserer Mitbürger den Streikenden zur Verfügung gestellt worden.

Aber zu einem siegreichen Durchführen des gewaltigen Kampfes, an dem jedermann interessirt ist, der ein Herz für die Noth und das Elend der Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen hat, fehlt noch viel. Es wird darum die dringende Bitte, nach Kräften zur Unterstützung der Kämpfenden beizutragen, wiederholt. Doppelt giebt, wer rasch giebt.

Auch die Expedition des „Vorwärts" hat sich bereit erklärt, die Beträge entgegenzunehmen und wird in diesem Blatte Rechnung legen.

Die Agitationskommission
der Schneider und Schneiderinnen Berlins
J. A.: J. Timm.

Berlin, 13. Februar. Die Betheiligung an dem Streik der Konfektionsschneider und -Näherinnen nimmt täglich an Ausdehnung zu. Am ersten Tage hatten sich nach einem allgemeinen Ueberschlag an 5000 Personen Streikkarten ausstellen lassen; heute ist die Zahl auf reichlich 10 000 gestiegen; ein weiteres Anwachsen wird eintreten, weil die Arbeiterinnen, welche ihre übernommenen Arbeiten ausgefertigt haben, keine neuen Sachen annehmen, sondern die Arbeit niederlegen. Die Zahl derjenigen, die nicht nur für die erste Woche, sondern überhaupt auf alle Unterstützung verzichtet haben, ist sehr groß; von diesen haben sich nur wenige der Streikkontrolle unterstellt, obwohl sie die Arbeit ruhen lassen. Es wäre erwünscht, wenn auch sie sich Streikkarten ausstellen ließen. Die Stimmung unter den Streikenden ist eine gute. An den Flugblattvertheilungen und den Kontrollen betheiligten sich alle Streikenden sehr lebhaft.

Die Konfektionäre bemühen sich, durch geringe Lohnzulagen die Zwischenmeister zum Weiterarbeiten zu bewegen. Die Arbeiterinnen lehnen solches Ansinnen durchweg ab, weil sie wissen, daß solche Zugeständnisse keinen Werth haben und ebenso schnell wieder zurückgezogen werden können. Nur die Fünfer-Kommission kann mit den gesammten Unternehmern verhandeln und abschließen, erst ihre Abmachungen bieten eine Garantie, daß etwas geschaffen wird, was dauernden Nutzen für die betheiligten Arbeiter hat.

Am Freitag Vormittag 9 Uhr kommt wieder ein neues Situations-Flugblatt in den einzelnen Kontrollokalen zur Vertheilung. Wir bitten die Streikenden, sich zahlreich zur Vertheilung einzufinden.

Am nächsten Sonntag, morgens 10½ Uhr, finden in Keller's Festsälen, im Feen-Palast und im Kösliner Hof drei große Versammlungen statt, in denen die Reichstags-Abgeordneten Bebel, Fischer und Wurm sprechen werden über: „Die Ausbeutung der Arbeiterinnen in der Konfektionsindustrie und der Reichstag."

In dem Geschäfte von B. Mauheimer haben die Arbeiterinnen in einer Betriebswerkstätte durch ihr entschlossenes und einiges Vorgehen eine wesentliche Lohnerhöhung durchgesetzt.

Die Organe aller Parteien beschäftigen sich mit den Verhandlungen des Reichstages über die nationalliberale Interpellation. Ohne Ausnahme konstatiren sie eine den Kämpfenden hervorragend günstige Stimmung in allen Kreisen der Bevölkerung und geben der Meinung Ausdruck, daß der Streik mit einem Siege der Arbeiter und Arbeiterinnen ausgehen werde.

Das Berliner Gewerbegericht wird, wie die „Voss. Ztg." meldet, morgen (Freitag) an den Anschlagsäulen eine Bekanntmachung erlassen, in der die Arbeitgeberschaft in der Konfektions-Industrie, die Zwischenmeister und die Arbeitnehmerschaft aufgefordert wird, durch Generalversammlungen Körperschaften zu ernennen, die befugt sein sollen, vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts bindende Beschlüsse bei den Verhandlungen zur Beendigung des Ausstandes der Schneider und Schneiderinnen zu fassen. Dazu ist zu bemerken, daß die Arbeitnehmerschaft in der Fünferkommission ihr beauftragtes und allgemein anerkanntes Organ bereits besitzt.

Die Zwischenmeister der Damenkonfektion hielten am Mittwoch Abend eine Versammlung ab, um zu dem Streik der Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Stellung zu präzisiren. Die sich sonst heftig bekämpfenden, Vereinigung, Innung und Verein Berliner Schneidermeister, sind, durch den Streik geeint, entschlossen, allen Angriffen der bösen Arbeitnehmer entgegenzutreten. Hauptwortführer war wiederum der durch seine antisemitische Abenteuer bekannte Herr Volkmann und ein Herr Ulrich. Die Zwischenmeister waren sehr entrüstet, daß die „vornehmen Leute" in der Sympathie-Versammlung im Berliner Konzerthause ihrer Abneigung gegen die Sweater so offen Ausdruck gegeben hatten und beklagten sich bitter über die Regierung, daß sie, anstatt den Mittelstand (das heißt die Zwischenmeister) zu schützen, dieselben auch „mit Schmutz bewirft". Es wurde allgemein der Wunsch laut, daß man die beiden Organisationen zu einer verschmelzen müsse, damit die Angriffe der Umstürzler von oben und von unten parirt werden könnten. Von einem Herrn Schrötter wurde der Antrag gestellt, daß die Meister mit den Streikenden gemeinsame Sache machen und die Arbeit gleichfalls niederlegen sollten. Gegen diesen Antrag wurde eingewendet, daß die Meister doch keine Arbeiter, sondern Arbeitgeber seien und als solche nur Interesse hätten, mit den Konfektionären zu verhandeln. Man beschloß dann, eine Kommission mit der Aufgabe zu betrauen, einen Lohntarif auszuarbeiten, der den Konfektionsgeschäften vorgelegt werden soll. Diese Kommission wird der am Freitag Vormittag stattfindenden Versammlung der Zwischenmeister bestimmte Vorschläge machen; man plant die Erhöhung der Lohnsätze um 33⅓—50 pCt. und will dann gnädig den Arbeiterinnen einen Theil davon abgeben. Die Versammlung verlief sehr stürmisch, mehrere jüdisch aussehende Leute wurden per Schub entfernt.

Die „Berliner Abendpost" meldet: Fragebogen an die von ihnen beschäftigten Zwischenmeister haben mehrere größere Konfektionsfirmen versandt, um zu ermitteln, welche Ausdehnung der Streik genommen hat und in welchem Maße Bügler und Stepper daran betheiligt sind.

Die Sympathie, welche den streikenden Konfektionsarbeitern und -Arbeiterinnen aus bürgerlichen Kreisen in so hohem Maße entgegengebracht wird, hat das Organ der Großkonfektionäre, den „Konfektionär" arg verschnupft. Derselbe richtet einen deutlichen Absagebrief an die bürgerlichen Kreise, welche mit den Arbeitern und Arbeiterinnen sympathisiren. Auch gegen die Zumuthung, daß sich die Konfektionäre dem Schiedsspruche des Gewerbegerichts unterwerfen sollen, wendet sich der „Konfektionär" in sehr derber Weise. Die Konfektion, so ruft er ingrimmig, brauche keine Bevormundung, namentlich nicht von einer Seite, die dazu gar nicht berufen erscheine und die besser vor eigener Thüre kehren sollte. Es gebe genug Weberelend im Eulengebirge zu lindern. Warum sich denn mit einem Male für das angebliche Elend in der Berliner Konfektion interessiren?

Gut gebrüllt, Löwe.

Aus den anderen Streikorten der Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen in Deutschland, so aus Stettin, Erfurt und Halle liegen Meldungen vor, daß die Stimmung der Ausständigen fortdauernd vorzüglich ist und daß sich immer mehr und mehr Arbeiterinnen der Bewegung anschließen. Es verlautet, daß allerorten die Solidarität der Proletarier die schwere Probe glänzend besteht und daß die Erkenntniß vom Werth der Organisation sich gerade durch diesen gewaltigen Lohnkampf in allen Kreisen der arbeitenden Bevölkerung verbreitet. Das wäre in der That eines der besten Ergebnisse, das die vereinte Anstrengung aller deutschen Konfektionsarbeiter zeitigen könnte. Nur eine organisirte und geeinte Arbeiterschaft kann eine Besserung ihrer Lage in der kapitalistischen Gesellschaft erringen. In Berlin hat die Organisation der Schneider und Schneiderinnen seit 3 Wochen um 4000 Mitglieder zugenommen.

Der Aufruf zur Unterstützung der Streikenden hat, wie die Quittungen der „Vorwärts"-Expedition beweisen, einen lebhaften Widerhall in allen Kreisen der Bevölkerung gefunden. Aber noch sind bei weitem nicht genügende Mittel aufgebracht worden und darum wendet sich heute von neuem die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins an die Oeffentlichkeit mit dem Ersuchen um Unterstützungen. Wir zweifeln nicht daran, daß sich das offensichtliche Interesse für diese große Arbeiterbewegung auch durch zahlreiche Geldspenden dokumentiren wird.

* * *

Für die streikenden Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen gingen bei unserer Expedition ein:

Büttner 1,—. Kommis P. J. 1,—. N. B. 6,50. Silberne Hochzeit, Ohmgasse 2, 4,20. J. W. 5,—. Von den Berliner Malern d. Lohnkommission 50,—. Rauchklub Sumatra und Congo II. 3,—. Bettführ 7,50. Schafsköppe vom Alexanderplatz 3,—. L. Viktoriastraße 10,—. Arbeitergesangverein Einig 10,—. Schw. 1,—. Osnabrücker Papierwaarenfabrik, Ritterstr. 90, 15,—. Die 9 Rothen v. d. Offenbacher Frauen-Kr.-Kasse. Verw. I 2,—. Werkstatt W., Ritterstr. 73, 4,—. Klosterkirche 3,—. M. G. 2,—. Amerikan. Sympathizers 15,—. Cand. phil. S. 10,—. Verein der Zinkgießer und Stürzer Berlins u. Umgegend 50,—. Pirch 2,—. A. Holz 6,—. Genossen der L.'schen Apotheke 1,50. Fachverein der Bäcker Berlins und Umgegend 20,—. Personal der Broncewaaren-Fabrik von W. Dette u. Comp., Grimmstraße, 13,55. Scholz 3,—. Schiffer O. A. 5,—. Dr. L. 10,—. Gesammelt in einer bürgerlichen Familie 321,—. Weißenfelser Genossen 10,—. Zentralverband der Brauer und Berufsgenossen Hannover 150,—. R. Sanftenbach 1,—. Hans und Gertrud 5,—.

Summa 751,25 M. Bereits quittirt 1960,75 M.; in Summa 2712,— M.

Weitere Beiträge werden entgegengenommen.

Die Expedition.

Partei-Nachrichten.

Zum Kampf ums Recht in Sachsen. In einer Schilderung der Protestversammlung in Stötteritz sagt die bürgerliche „Leipziger Gerichtszeitung": „Das waren keine Arbeiterbataillone mehr, das waren Regimenter und Divisionen, die zur Heerschau angerückt waren. Eine Heerschau der Sozialdemokraten in gleicher Stärke hat Leipzig noch nicht gesehen! — Täusche man sich nicht! Das waren keine „unreifen Burschen", das waren politisch denkende Männer, die für die Erhaltung ihrer politischen Rechte demonstrirten!"

Die „Dresdner Nachrichten" erklären, daß der König in der Frage der Wahlrechtsänderung niemals das Urtheil eines Leipziger Professors eingeholt habe. Ein solches Urtheil könne daher auch nicht in ablehnendem Sinne abgegeben sein.

In Netzschkau i. V. hat die Militärbehörde den Soldaten den Besuch aller drei Säle verboten, die es dort giebt. Grund: die Wirthe hatten ihre Säle auch unserer Partei nicht verweigert. Die Kontrollversammlungen, die man erst nach Mylau verlegen wollte, werden nun in der Turnhalle Netzschkau's abgehalten. In Netzschkau liegt übrigens gar kein Militär, das Verbot trifft also nur Urlauber.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Redakteur Gewehr in Elberfeld hat am 11. Februar in dem dortigen Gefängniß eine viermonatliche Strafe angetreten, die ihm wegen Beleidigung des preußischen Offizierstandes auferlegt ist.

— Der Polizeikommissar Urbach in Styrum bei Düsseldorf hatte eine Versammlung aufgelöst, wo Genosse Rohrlack aus Berlin über den Breslauer Parteitag berichten wollte. Auf die eingelegte Beschwerde erwiderte der Landrath, daß die Auflösung zu unrecht geschehen sei und er den Beamten davon benachrichtigen werde.

Gewerkschaftliches.

Streik der Zimmerer in Berlin. Bis zum 13. Februar, abends 7 Uhr, haben 129 Arbeitgeber mit zusammen 1750 beschäftigten Zimmerern die Forderung, neunstündige Arbeitszeit und 55 Pf. Lohn bewilligt. Der Geist der Streikenden ist ein guter, umsomehr, da sich die ganzen Vororte solidarisch mit uns erklärt haben und allenthalben die von uns gestellten Forderungen zu den ihrigen gemacht haben. Dies ist eine Unterstützung, die Bedeutung hat.

Von allen vernünftig Denkenden ist angenommen worden, daß einer so bescheidenen Forderung keine große Schwierigkeiten gemacht werden, was im allgemeinen auch zutrifft. Die Innung denkt darüber allerdings anders. In ihrer letzten Versammlung nahmen die Herren folgende Resolution an: Die heute im Architektenhause tagende außerordentliche Versammlung der Innung, Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister Berlins erklärt sich einstimmig ganz entschieden gegen die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit, und überläßt es jedem Arbeitgeber, die Lohnverhältnisse mit seinen Gesellen zu regeln. Für diesen Akt werden die Herren ihre guten Gründe haben. Es ist ein neuer Beweis, was von dieser Seite zu erwarten ist; selbst die winzigste Forderung erscheint jenen Herren ungeheuerlich. Erfreulicherweise sind unter den Meistern, welche bewilligt haben, zirka 35 Innungsmeister; also nicht alle Mitglieder der Innung sind so arbeiterfeindlich wie ihre Wortführer. Hoffentlich gelingt es uns bald, die Herren zu überzeugen, daß wir unsere Forderungen nicht aus Uebermuth, sondern der Nothwendigkeit entspringend gestellt haben. Darum auf, Kameraden, ein ganzer Sieg soll es werden; wer nicht für uns ist, der ist gegen uns. Ein jeder Arbeitgeber hat zu erklären, daß er unsere Forderung anerkennt, widrigenfalls die Arbeit niedergelegt werden muß. Jeder streikende Zimmerer muß sich sofort eine Streikkarte, und jeder, der zu den anerkannten Forderungen in Arbeit getreten ist, eine Arbeitsberechtigungskarte beschaffen. Dieses ist unbedingt nöthig, da seitens der Kommission eine Kontrolle ausgeübt werden muß.

Die Ausstellung der Karten geschieht im Streiklokal Neue Friedrichstr. 44, täglich von 9—12 und 2—8 Uhr.

Zu gleicher Zeit ersuchen wir die arbeitenden Kameraden, tüchtig für die pekuniäre Unterstützung der Streikenden einzutreten.

Die Lohnkommission
der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Bei dem Streik in Kottbus, dessen gestern kurz Erwähnung geschah, handelt es sich um Textilarbeiter der Firma Hirsch u. Graßmann. Sie traten am Dienstag in den Ausstand, weil ihnen die Forderungen: Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit auf elf Stunden, nicht bewilligt wurden. Zur Zeit beträgt dort die Arbeitszeit zwölf Stunden. Jedoch wird oft die halbe Nacht hindurch gearbeitet. Es ist schon vorgekommen, daß ein Arbeiter 30 Stunden hintereinander gearbeitet hat. Da es trotz dieser langen Arbeitszeit keine Frühstücks- und Vesperpause giebt, so verlangen die Arbeiter anstatt der bisher bestehenden einstündigen Mittagspause eine solche von 1½ Stunden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch andere Fabriken mit in den Ausstand gezogen werden. Wir ersuchen alle Textilarbeiter Deutschlands, ihre Pflicht den Kottbuser Kollegen gegenüber zu erfüllen.

Der Zentralvorstand des Verbandes deutscher Textilarbeiter.
J. A.: Karl Hübsch.

Die Tapezirer Stettins stehen in einer Bewegung um Beseitigung des Akkordsystems und Einführung eines Minimallohntarifs. Am Sonnabend soll der Streik begonnen haben.

Versammlungen.

Lohnbewegung der Holzarbeiter Berlins. Eine von gegen 1000 Vertrauensmännern besuchte Versammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, welche dichtgedrängt nach Hinwegräumung von Tischen und Stühlen den großen und kleinen Saal bei Cohn füllte, nahm den Bericht der Streikleitung über die Verhandlungen mit dem Vorstand der Innung entgegen. Der Vorsitzende Glocke betonte, daß in diesen Verhandlungen, die mehrere Stunden in Anspruch genommen, die Vertreter des Verbandes nach allen Seiten den Standpunkt der Kollegen gewahrt hätten und nach eingehender Erörterung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Tischlergewerbe die Vertreter der Innung einstimmig beschlossen, einer zum Donnerstag einzuberufenden Tischlermeister-Versammlung zu empfehlen, folgende Bestimmungen anzuerkennen: Einführung der neunstündigen Arbeitszeit (Montag und Sonnabend 8 Stunden) und eine Minimallohn-Abschlagzahlung per Woche von 21 M. für den schwächeren Mittelarbeiter. Die Versammlung beschloß hierauf, die Beschlüsse der Tischlermeister-Versammlung abzuwarten und nächsten Montag in einer Vertrauensmänner-Versammlung endgiltig Beschluß zu fassen, wann die Forderungen den Meistern vorgelegt werden sollen. Ferner wurde beschlossen, daß bei eintretendem Streik diejenigen Kollegen, welche die Forderungen bewilligt bekommen und weiter arbeiten, pro Woche 1 M. Beitrag zu zahlen haben. Nach Erledigung verschiedener auf den Streik bezüglicher Fragen erfolgte der Schluß der Versammlung.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 13. Februar. (W. H.) Anläßlich der heutigen Debatte über den Ausgleich mit Ungarn entstanden im niederösterreichischen Landtage wiederum große Tumulte. Die antisemitischen Abgeordneten griffen die ungarische Monarchie, die Liberalen und die Großgrundbesitzer äußerst scharf an. Sie wurden wiederholt zur Ordnung gerufen. Die Sitzung mußte vorübergehend wegen allgemeiner Unruhen geschlossen werden. Von den Gallerien wurde das Publikum gewiesen.

Paris, 13. Februar. (W. T. B.) Die Kammer nahm in der Südbahn-Angelegenheit mit 326 gegen 46 Stimmen eine von Bourgeois verlangte Tagesordnung an, durch welche dem Kabinet das Vertrauen ausgesprochen wird. Eine vom Zentrum verlangte Tagesordnung wurde mit 341 gegen 222 Stimmen abgelehnt.

Paris, 13. Februar. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Es herrscht große Erregung bei überaus großem Andrang. Pams (radikal) bringt eine Interpellation ein über die jüngsten Zwischenfälle betreffs der Untersuchung in der Südbahn-Angelegenheit. Redner bemängelt es, daß der Senat Angaben ohne Beweis angenommen habe und gegen das Kabinet oppositionell aufgetreten sei. (Protestrufe im Zentrum, Beifall auf der äußersten Linken, Tumult.) Pams greift in seiner weiteren Rede den Senat wiederholt an. Brisson versucht den Redner zu unterbrechen, ist aber durch den Lärm auf der äußersten Linken nicht vernehmbar. Zum Schluß frägt Pams, ob das Kabinet entschlossen sei, das Werk der Gerechtigkeit weiter zu führen. Der Justizminister erwidert, die Kammer habe dem Kabinet den Auftrag gegeben, Aufhellung in die Südbahn-Angelegenheit zu bringen, welche der Senat zu verhindern versucht habe. Der Justizminister Ricard rechtfertigt hierauf den Wechsel des Untersuchungsrichters. Er, Ricard, ließ einen Wechsel eintreten, um die Untersuchung zu beschleunigen. Es sei unrichtig, daß der erste Richter in einem an ihn gerichteten Briefe dagegen Verwahrung eingelegt habe. Der Minister erklärt, die volle Verantwortlichkeit für seine Handlungsweise übernehmen zu wollen, er werde fortfahren, die Wahrheit ans Licht zu bringen; es verstehe sich von selbst, daß seine Befehle zur Ausführung gelangen. (Lebhafter Beifall auf der Linken. Einige Stimmen fordern den öffentlichen Anschlag der Rede. Die Bewegung hält an.)

London, 13. Februar. (W. T. B.) Das „Reuter'sche Bureau" meldet aus Brisbane: Ein Passagierdampfer kenterte heute auf dem angeschwollenen Brisbaneflusse; von 80 auf dem Dampfer befindlichen Personen sind nur 40 gerettet worden.

London, 13. Februar. (W. H.) Die letzthin in Konstantinopel vorgenommenen Verhaftungen hängen, auf der hiesigen Botschaft eingegangenen Depeschen zufolge, mit der Entdeckung eines gegen den Sultan gerichteten Anschlages zusammen. Der Sultan sollte nämlich bei einer Fahrt nach der Moschee des Propheten auf ein türkisches Schiff gebracht werden, dessen Kommandeur Mitglied der Verschwörung war. Der Sultan sollte solange festgehalten werden, bis er Reformzugeständnisse gemacht oder seine Abdankung erklärt hätte. Die Verschwörer wollten seinen Bruder Reschad zum Sultan ausrufen. Wie es heißt, ist der Sultan im Besitze allen Materials über die Verschwörung. Die Anstifter, der Redakteur des Marinejournals und zwei höhere Marineoffiziere, sind ins Ausland geflüchtet. Im Yildiz-Kiosk herrscht wieder große Aufregung deswegen.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobsen, Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Vorwärts Buchdruckerei in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 38. Freitag, den 14. Februar 1896. 13. Jahrg.

Reichstag.

39. Sitzung vom 13. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Fürst zu Hohenlohe, v. Marschall, Graf Posadowsky.

Die zweite Berathung des Reichshaushalts-Etats für 1896/97 wird fortgesetzt beim Etat des Auswärtigen Amts.

Beim Gehalt des Staatssekretärs bemerkt der Berichterstatter Prinz **v. Arenberg**, daß aus dem Etat des Auswärtigen Amts diesmal alle Ausgaben ausgeschieden sind, welche sich auf die Kolonien beziehen.

Abg. **Hammacher** (natl.): Die Budgetkommission hat die politische Lage Deutschlands diesmal im Zusammenhange mit den Nachrichten behandelt, daß die verbündeten Regierungen die Absicht verfolgen, die deutsche Flotte in großartigem Stile zu vermehren. Nicht um diesen Gegenstand jetzt zu approfundiren — das geschieht zweckmäßiger bei Berathung des Marine-Etats — sondern damit schon heute die Vertreter der politischen Parteien Anlaß nehmen würden, ihre Haltung in dieser Frage darzulegen, halte ich mich für verpflichtet auszuführen, welche Stellung meine politischen Freunde zu der Frage der Flottenvermehrung einnehmen. Wir begrüßen die Erklärung des Herrn Staatssekretärs Freiherrn v. Marschall, daß die verbündeten Regierungen nicht beabsichtigen, dem Reichstage eine Vorlage zu machen, welche auf eine Vermehrung der Flotte über die im Marine-Etat ausgeworfene Position hinausgeht. Mit besonderer Genugthuung hat es uns erfüllt, daß Herr v. Marschall erklärt, daß die verbündeten Regierungen sich nicht identifiziren mit jenen uferlosen Plänen, die in letzter Zeit in der Presse besprochen und befürwortet sind; derartige Vorlagen würden in dem hohen Hause den lebhaftesten Widerspruch finden (Sehr richtig!) und die Thätigkeit lähmen, welche unbedingt erforderlich ist, diese Fragen einer glücklichen Lösung entgegenzuführen. Wenn Herr v. Marschall erklärt hat, daß die Regierung, ohne eine Aenderung in unserer auswärtigen Politik eintreten zu lassen, sich ernstlich mit der Prüfung der Frage beschäftigt hat, ob die gegenwärtige Rüstung zur See ausreicht zur Wahrung der deutschen Interessen, so erkennen meine politischen Freunde darin nur den Ausdruck des historischen Verantwortlichkeits-Bewußtseins, welches der deutschen Regierung immer eigen war. Nicht blos bei der Regierung, sondern auch in den Kreisen ernst nachdenkender politischer Männer verdient es eine sehr reifliche Erwägung, ob unsere Flotte in ihrem gegenwärtigen Zustand ausreicht, die deutschen überseeischen Interessen genügend zu schützen, ob auch insbesondere die Nothwendigkeit vorliegt, die Zahl unserer Kreuzer zu vermehren. Welches aber auch immer das Ergebniß der Erwägungen der Regierungen und des Bundesraths sein möge — gelangt eine darauf bezügliche Vorlage an den Reichstag, so werden wir ebenso wie früher nicht allein mit dem nöthigen lebhaften Patriotismus, sondern auch mit der nüchternen Erwägung sie einer Prüfung unterziehen, ob sie in den geforderten Mitteln gerechtfertigt ist. Damit ist diese Frage für uns zur Zeit parlamentarisch erledigt.

Das gestern dem Reichstage über die neueren Vorgänge in Südafrika vorgelegte Weißbuch enthält nur in einem Punkte etwas neues und eine Aufklärung von einer gewissen Bedeutung. Durch englische Blätter wurde die Nachricht verbreitet, daß Deutschland bereits, um dem Präsidenten Krüger und der südafrikanischen Republik in ihrem Kampfe gegen die „Rhodesia“ zu Hilfe zu kommen, Verhandlungen mit Portugal wegen Entsendung von Truppen nach der Delagoa-Bai angeknüpft habe. Diese Nachricht entspricht nach dem Weißbuch der Wahrheit nicht. Es bestand die Absicht, einen Theil der Mannschaft des „Seeadley“ in der Delagoa-Bai zu landen, und dann, auf den Wunsch des Konsuls von Herff, nach Johannesburg zu schicken, um das deutsche Konsulat und die deutschen Interessen zu schützen. Herr v. Hürff hatte die Regierung über eine bevorstehende revolutionäre Bewegung in Johannesburg unterrichtet, und es war deshalb Pflicht der deutschen Regierung, den Weg zu beschreiten, den sie beschritten hat. Durch die glückliche Niederschlagung der in die südafrikanische Republik eingedrungenen Freibeuterbande ist glücklicherweise die Veranlassung entfallen, an eine Landung von Truppen in der Delagoa-Bai zu denken. Sie werden alle aus dem Weißbuch die Ueberzeugung gewonnen haben, daß unser Auswärtiges Amt mit Entschiedenheit und Energie, aber auch mit Umsicht und in streng abgegrenzten Formen die Rechte Deutschlands in der gefährdeten südafrikanischen Republik zu wahren verstanden hat. (Beifall.) Ich glaube, der Reichstag schuldet dafür dem Auswärtigen Amt einen lebhaften und aufrichtigen Dank. (Wiederholter Beifall.) Wir alle, glaube ich, dürfen mit Stolz in der Ennunziation des deutschen Kaisers einen Akt des deutschen Selbstbewußtseins, einen Ausdruck der Gefühle des deutschen Volkes erkennen. (Beifall.) Die englische Bevölkerung bezw. die englische Presse haben sich sogar zu Feindseligkeiten gegen den deutschen Kaiser und die deutsche Nation veranlaßt gesehen. Wir beklagen das aufs tiefste und weisen es mit der größten Entrüstung als unberechtigt zurück. Wir alle haben das Gefühl, daß die Erweiterung der Kluft, welche jetzt zwischen der englischen und der deutschen Nation zu bestehen scheint, auch für uns etwas Ernstes und Bedenkliches ist. Möge es der deutschen Diplomatie gelingen, jene Kluft allmälig auszufüllen.

Staatssekretär **v. Marschall**: Bevor ich die Anfrage über unser Verhältniß zu England beantworte, muß ich einen kurzen Rückblick auf die Entwickelung unserer Beziehungen zu Transvaal werfen. Die rechtliche Stellung dieser Republik ist festgelegt in der Konvention derselben mit England von 1884. Darin ist der Republik für ihre inneren Angelegenheiten völlige Selbständigkeit gewährt, dagegen hat sich England bezüglich der auswärtigen Angelegenheiten, obgleich auch hier gegen den früheren Zustand eine erhebliche Erweiterung der Befugnisse der Republik eingetreten ist, eine Kontrolle insofern vorbehalten, als nach Artikel 4 der Konvention Verträge und Vereinbarungen mit anderen Staaten mit Ausnahme des Oranje-Freistaats der Genehmigung der Königin unterliegen. An diese Konvention knüpfen sich zeitlich und auch ursächlich die Beziehungen an, die wir seitdem mit der südafrikanischen Republik unterhalten haben. Bereits im Sommer 1884 trat die Republik mit uns in Verhandlungen, die am 22. Januar 1885 zum Abschluß eines Handelsvertrages führten. Dieser Vertrag hat nach Artikel 4 der Konvention die Genehmigung der englischen Regierung erhalten; er blieb also eine unanfechtbare Grundlage für unsere Beziehungen. In diesem Vertrage ist uns die Freiheit der Niederlassung, die Handelsfreiheit, die Freiheit des Gewerbebetriebes in der Republik gewährt, gleichzeitig auch die Meistbegünstigung. Wir haben danach in allen diesen Beziehungen auch nicht hinter England zurückzutreten. (Hört!) Stehen wir also vor der Frage, was haben die Deutschen eigentlich in der Republik zu suchen, so dürfen wir in voller Ruhe antworten: wir wollen dort die Rechte ausüben, welche die Republik mit Genehmigung Großbritanniens uns vertragsmäßig eingeräumt hat. Wir wollen nicht, daß dort staatsrechtliche und faktische Veränderungen eintreten, welche unsere Rechte erschweren oder illusorisch machen können. (Beifall.) Was in den letzten zehn Jahren zur gedeihlichen Entwickelung in dieser Beziehung gethan ist, hat sich alles am hellen lichten Tage vollzogen; wir haben dabei nichts zu verschweigen und zu beschönigen und nichts zu rechtfertigen. Wir haben vor Jahren eine Dampferlinie nach der Delagoa-Bai errichtet und eine Bahn von der portugiesischen Landesgrenze nach Pretoria gebaut. Deutsche Reichsangehörige haben sich dort niedergelassen und sind an Unternehmungen dort betheiligt. Diese legitimen Interessen wollen wir pflegen und fördern im freundlichen Wettkampf mit anderen Nationen. Dieser Pflicht kann und wird das Deutsche Reich sich nicht entziehen. (Beifall.) Wir wollen den status quo aufrecht erhalten bezüglich der Delagoa-Bai und bezüglich des Besitzstandes unserer Eisenbahn, und wir wünschen die Erhaltung der Selbständigkeit der südafrikanischen Republik, wie sie vertragsmäßig gewährleistet ist. In diesem durchaus konservativen Programm stehen wir weder mit England noch mit irgend einer anderen Macht in Widerspruch; wohl aber treten wir in einen starken Gegensatz zu jenen Bestrebungen, welche in Südafrika ganze Arbeit machen wollen, welche aufräumen wollen mit den selbständigen Staatsgebilden und dem Besitzstand anderer europäischer Mächte, welche ganz Südafrika verändern und zu einem einheitlichen Wirthschaftsgebiet machen wollen. Durch den Sieg dieser Bestrebungen würden wir allerdings eine schwere Schädigung unserer Interessen erfahren, und wir haben auch Kolonialbesitz in Südafrika, also auch politische und nicht ausschließlich wirthschaftliche Interessen. Man hat uns vorgehalten, wir buhlten um die Gunst der Buren — es ist in diesem Zusammenhang auch das Wort kokettiren gefallen und wollten uns in ihre Angelegenheiten mischen. Sympathien der Völker lassen sich nicht reguliren und kontrolliren; die beiderseitigen Vorwürfe schließen sich aus und ich wüßte kein sichereres Mittel, soweit ich die Buren kenne, mit dem wir bei ihnen alle Sympathie für Deutschland von Grund aus zerstören und ausrotten könnten, als eine Haltung unsererseits, die den Verdacht erregte, daß wir uns in ihre Angelegenheiten mischen wollen und daß wir ein moralisches und rechtliches Protektorat erstreben. (Beifall.) Wir haben bei uns im Innern so manche Schwierigkeiten (Heiterkeit; Rufe: sehr gut!) zu überwinden, so daß ich nicht wüßte, woher uns die Lust kommen sollte, auch noch die Verantwortung für die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zu übernehmen. (Heiterkeit.)

Objektiv betrachtet war der Einfall Dr. Jameson's ein völkerrechtswidriger Akt (Sehr richtig!), der auch unsere Interessen bedrohte und damit für uns das Recht und die Pflicht schuf, einzugreifen. Wenn behauptet wird, daß Präsident Krüger unsere Intervention angerufen habe, so ist das ein Irrthum, mir ist nichts davon bekannt geworden. Sofort nach Eingang der betreffenden Nachricht habe ich auf Anweisung des Herrn Reichskanzlers mich an die englische Regierung mit der Anfrage gewendet, welche Maßnahmen dieselbe zu ergreifen gedenke, um die Gefahren zu beschwören, die durch den Einfall Jameson's entstanden waren. Mit dieser Anfrage haben wir einmal unsere Interessen gewahrt und gleichzeitig der Sonderstellung Englands Rechnung getragen. Die englische Regierung hat uns mit Bereitwilligkeit mitgetheilt, welche Maßregeln sie schon vorher getroffen hatte, um, so weit sie es konnte, Dr. Jameson zu rückwärtiger Bewegung zu veranlassen; ich muß in vollem Maße anerkennen, daß die englische Regierung mit aller Energie und Umsicht alle Schritte gethan hat, um dieses Ziel zu erreichen, und daß, wenn trotzdem Blutvergießen eintrat, die englische Regierung keinerlei Verantwortung hatte. Es konnte darüber kein Zweifel bestehen, daß der Einfall des Dr. Jameson in Verbindung stand mit der Bewegung der sogenannten Nationalpartei in Johannesburg, daß jener Einfall das Signal sein sollte zur revolutionären Bewegung in dieser Stadt. Wäre der Schlag gelungen, so standen zunächst annarchistische Zustände zu befürchten, und für die Deutschen war die Gefahr um so größer, als in Johannesberg Elemente von ganz verschiedener Art vorhanden sind und die deutschen Reichsangehörigen in entschiedener Gegnerschaft zu jener Nationalpartei standen. Es hätten sich dort Dinge ereignen können, die uns der vorwurfsvollen Frage ausgesetzt hätten: wie war es möglich, daß bei der relativ kurzen Entfernung — 20 Stunden Eisenbahnfahrt — ein deutsches Kriegsschiff landete, ohne daß auch nur der Versuch gemacht wurde, den bedrängten Deutschen in Pretoria zu Hilfe zu kommen? (Sehr richtig!) Aus diesen Erwägungen heraus habe ich nach der Weisung des Herrn Reichskanzlers dem Antrage des Konsuls v. Herff stattgegeben und ihn ermächtigt, im Nothfalle zum Schutz des Konsulats und der Deutschen, die darin Zuflucht suchten, das Landungskorps des Schiffes „Seeadler“ heranzuziehen. Es handelt sich um 50 Mann, die ausreichend waren, um das Konsulat mit den Deutschen zu schützen, aber in keiner Weise ausreichend für andere Zwecke. Ich habe gleichzeitig an die portugiesische Regierung die Bitte gerichtet, die Landung des Korps zu genehmigen, weil diese Genehmigung zur Landung und zum Durchmarsch unumgänglich war. Bevor die Antwort darauf eintraf, war die Gefahr für die Deutschen beseitigt und damit die Sache erledigt. Das ist die einfache Thatsache. Wir haben bei den Verhandlungen, die sich an die Festnahme des Dr. Jameson knüpften, eine absolute Zurückhaltung beobachtet. Wir thun in diesem Augenblick dasselbe angesichts der Erwägungen, mit denen sich die Regierung in Pretoria beschäftigt nach der Richtung, ob mit Rücksicht auf das rapide Anwachsen von Johannesburg eine Erweiterung der Rechte der Uitlanders möglich sei. Aus dem Weißbuch haben Sie entnommen, was wir verhandelt haben. Man pflegt solchen Publikationen den Vorwurf zu machen, daß sie sich über das bereits Bekannte in größter Breite ergehen, dagegen eigentlich die interessantesten Dinge verschweigen. Ich will nicht sagen, daß dieser Vorwurf im allgemeinen unbegründet sei (Heiterkeit), ich kann Ihnen nur amtlich versichern, daß es in diesem Falle nicht zutrifft, daß das Weißbuch vollständig die Verhandlungen enthält, die wir insbesondere mit der englischen Regierung gehabt haben. (Zustimmung.)

Unsere Beziehungen zu der englischen Regierung haben keinen Augenblick aufgehört, gute, normale und freundliche zu sein. (Beifall.) In England hat aus Anlaß der jüngsten Vorgänge eine hochgradige Erregung gegen Deutschland Platz gegriffen, die in Wort, Schrift und Bild einen sehr scharfen Ausdruck gefunden hat. Ich unterlasse den aussichtslosen Versuch, gegen Stimmungen mit Argumenten zu kämpfen und ich will kein Wort sprechen, welches Oel ins Feuer gießen könnte; ich beschränke mich darauf, die Thatsachen, wie sie sich zugetragen haben, gegenüberzustellen den Vermuthungen, welche aus den Ereignissen des Tages hervorgewachsen sind. Es ist nicht deutsche Art, fremdes Recht anzutasten. Davon haben wir stets Beweise gegeben, daß wir fremde Interessen und fremdes Recht achten und wir sind gern bereit, mit allen anderen Nationen in den besten Beziehungen zu stehen. Allerdings setzen wir voraus, daß diese Achtung gegründet ist voll und ganz auf unbedingte Gegenseitigkeit (Sehr richtig!) und daß die Empfindlichkeit des einen Theiles, mag sie noch so berechtigt sein, Hand in Hand geht mit der gehörigen Rücksicht auf die Empfindlichkeit des anderen. (Beifall.) Die öffentliche Meinung in England pflegt das, was sie will, mit großem Freimuth zum Ausdruck zu bringen, ohne ängstlich darüber zu grübeln, was das für einen Eindruck auf das Ausland macht. Das ist ihr Recht, aber dann sei man auch nicht allzu empfindlich, wenn wir einmal das gleiche thun, und wenn wir in dieser Frage, die unsere Interessen berührt und die öffentliche Meinung Deutschlands aufs tiefste bewegt, dann auch mit gleichem Freimuth sagen, was wir denken und fühlen. (Beifall.) Die Freiheit beanspruchen wir, daß, wenn unser Interesse bedroht wird durch offenkundiges Unrecht, wir es als solches bezeichnen und unsere Genugthuung, daß das Unrecht unterlegen und Recht doch Recht geblieben ist, in einer Form zum Ausdruck bringen, wie es dem Empfinden der ganzen Nation entspricht. (Wiederholter lebhaftester Beifall.)

Abg. **Lieber** (Z.): Mit meinen politischen Freunden bin ich sowohl durch das vorgelegte Weißbuch als insbesondere durch die eben gehörten Darlegungen des Herrn Staatssekretärs in vollem Maße befriedigt. Wir wünschen die Erhaltung und Wiederherstellung guter Beziehungen zu England, aber niemals auf Kosten des Rechtes und der Großmachtstellung des Deutschen Reiches. (Beifall.) Wir legen Werth darauf, daß es auch im Auslande über allen Zweifel klar sei, daß in auswärtigen Angelegenheiten das Zentrum im Reichstage und im Reiche keine Ausnahmestellung gegenüber den nationalgesinnten Parteien Deutschlands einnimmt, daß wir mit vollem Vertrauen hinter dem gegenwärtigen Leiter der auswärtigen Angelegenheiten stehen. Wir hoffen, daß die Erkenntniß dieser Thatsachen das ihrige dazu beitragen werde, um jenes schöne Wort zur vollen Wahrheit zu machen, mit welchem der deutsche Kaiser vor den versammelten Vertretern der verbündeten Regierungen und des deutschen Volkes und unter lebhafter Zustimmung derselben das Jubelfest des Deutschen Reiches eingeweiht haben: Das Deutsche Reich wird nach wie vor eine Stütze des Friedens bleiben. (Beifall.)

Abg. **v. Manteuffel** (k.): Meine Freunde beabsichtigen ebensowenig wie das Zentrum die Diskussion dadurch zu verlängern, daß wir die Stellungnahme zu der Flottenvergrößerung hier vortragen. Ich beziehe mich auf das, was Herr v. Massow in der Kommission gesagt hat. Wenn ich mit wenigen Worten auf die Aeußerungen des Staatssekretärs eingehe, so will ich hervorheben, daß uns die Ausführungen desselben und das Weißbuch nach jeder Richtung hin befriedigt haben. (Beifall.) Die Ausführungen haben in dem einen Punkte, der mit der Transvaal-Angelegenheit nichts zu thun hat, lebhaften Widerhall gefunden, nämlich als er sagte, daß wir im Innern Schwierigkeiten genug hätten und nicht gewillt seien uns in die Verhältnisse anderer Länder einzumischen. (Beifall.) Wir hoffen, daß die Regierung damit in erster Linie die agrarischen Schwierigkeiten meint. (Heiterkeit links.) Wir hoffen, daß die Regierung in erster Linie diesen Mißständen abhelfen wird. (Heiterkeit. Zuruf: Fertig!) Nein, noch nicht! (Große Heiterkeit.) Nur in dem äußersten Fall kann eine Körperschaft wie der Reichstag sich in die Verhältnisse der äußeren Politik mischen. Deshalb hätte es meinem Wunsche und dem meiner politischen Freunde mehr entsprochen, wenn von einem einzigen Mitgliede des Reichstages eine Erklärung abgegeben worden wäre (Sehr richtig! rechts), z. B. wie die Erklärung des Herrn Lieber. (Zustimmung.) Das ist nicht beliebt worden, deshalb müssen auch die anderen Parteien sprechen. Wir können dem Staatssekretär nur danken, daß er in voller Ruhe und Sachlichkeit innerhalb der gezogenen Grenzen den Standpunkt aufrecht erhalten hat, den er aufrecht erhalten mußte, daß er der Ehre Deutschlands nichts vergeben und das Recht nicht verletzt hat. (Beifall rechts.)

Abg. **v. Kardorff** (Rp.): Ich bin in manchen Punkten mit der Regierung nicht einverstanden, z. B. in bezug auf die Währungsfrage. (Großes Gelächter links.) Deshalb bin ich um so mehr erfreut, daß ich vollständig einverstanden sein kann mit der Haltung des Fürsten Reichskanzler namentlich auch in dieser Transvaal-Angelegenheit.

Abg. **Richter** (frs. Vp.): Der Lauf der Verhandlung hat dargethan, wie nöthig die Erörterung der auswärtigen Politik ist. Man soll es nicht bei Akklamationen bewenden lassen, sondern die Sachen eingehender erörtern. In dem Weißbuch liegt schwarz auf weiß fixirt das Programm der Regierung vor, welches durch die heutigen Erklärungen eine Erweiterung erfahren hat. Mit diesem Programm können wir uns durchaus einverstanden erklären, es zerstört jede Meinung, als wenn eine Angliederung in irgend einer Form in Transvaal beabsichtigt wäre, als ob irgend welche Protektoratsgelüste bestehen. Das wäre geeignet, die Sympathien für Deutschland in Transvaal zu zerstören. Nach diesem Programm haben wir in Transvaal zu wahren die materiellen Interessen Deutschlands, die dortigen Bahnanlagen und Handelsbeziehungen. Wir haben also dort dieselben Interessen zu wahren, wie die anderen Völker, vielleicht vielfach noch in größerem Umfange. Was die Vorkommnisse der letzten Zeit betrifft, so ist es eine gute Folge der Vorlage eines Weißbuchs, daß es ein Märchen ist, als ob die Transvaalregierung die Intervention der deutschen und der französischen Regierung angerufen hätte. Der Staatssekretär hat hervorgehoben, daß die englische Regierung mit aller Energie und Umsicht den Freibeuterzug zu vereiteln bemüht war. In dem Blaubuch treten diese Aeußerungen schärfer hervor, als es bisher der Fall war. Aber die Frage bleibt offen, warum hat sie nicht überhaupt zu verhindern vermocht, daß ein Zug unternommen wurde. Die englische Regierung hat besondere Rechte, aber auch besondere Pflichten Transvaal gegenüber. Wenn ein Staat beschränkt ist in dem Abschluß von Allianceverträgen, so hat die andere Regierung die Pflicht, diesen Staat zu schützen gegen Angriffe, namentlich wenn sie aus ihrem eigenen Gebiete hervorgehen. (Sehr richtig! rechts.) Der Abg. Hammacher hat erwähnt die Eventualität der Landung einer deutschen Matrosen-Abtheilung. Ich stimme mit ihm überein darin, daß die Eventualität nicht eingetreten ist. Es hat keinen Zweck, darüber zu sprechen, ob die Verwickelung dadurch nicht größer geworden wäre als sie war. Der Ausdruck der Sympathie weiter Kreise des deutschen Volkes war in dem Telegramm des Kaisers enthalten; es war der Ausdruck der einfachen menschlichen Theilnahme. Das Telegramm ist nicht überall so ausgelegt worden, wie es beabsichtigt war. Die Worte eines Souverains finden mehr Beachtung, und der Souverain ist nicht wie ein Minister in der Lage, einen Kommentar zu geben. Daher waren die Kundgebungen eines Souverains bisher sehr selten; aber ich wünsche nicht, daß diese Kundgebungen allzu häufig werden. Die Königin von England hat dem Präsidenten Krüger auch ein Glückwunschschreiben gesendet; er ist auch im englischen Parlament seiner Mäßigung wegen gelobt worden. Er ist das bestgelobte Staatsoberhaupt. (Heiterkeit.) Man muß ihm das gönnen, denn kaum ein Staatsoberhaupt ist vor eine so schwierige Aufgabe gestellt worden als er. Die fremden Einwohner des Staates, die durch den Goldhunger herangezogen sind, haben keine Neigung, die dauernden Interessen des Staates zu vertreten. Daß unsere Beziehungen zu England im allgemeinen während dieser Vorgänge und Erörterungen normale und freundliche geblieben sind, ist erfreulich. Ich meine auch, daß die Erregung in England, die mir unverständlich war und der eine ähnliche Erregung in Deutschland nicht gegen-

über gestanden hat, in Abnahme begriffen ist. Allerdings haben einige englische Staatssekretäre durch ihre Reden kein Verdienst um die Verminderung dieser Erregung. (Sehr wahr! bei allen Parteien.) Es ist ja nicht das erste Mal, daß unsere Beziehungen zu England durch vorübergehende Mißstimmungen gestört würden. Fürst Bismarck verwies 1878 bei der Orient-Interpellation darauf, daß Interessengegensätze zwischen England und Deutschland nicht beständen, höchstens vorübergehende Rivalitäten. Die Kolonialpolitik hat mehr Berührungspunkte gebracht, als früher vorhanden waren; allein namentlich durch die Thätigkeit des Herrn v. Marschall ist es gelungen, durch Verträge die Streitigkeiten auf ein Minimum zu reduziren. Jedenfalls sind alle Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Deutschland in Afrika von minimalem Interesse gegenüber den großen Interessen in Europa. (Zustimmung.) Wenn ein Zerwürfniß entstehen sollte, so würde England bald wahrnehmen, wie seine Interessen gefährdet sind, nicht von seiten Deutschlands, sondern von seiten Rußlands in Indien und am Bosporus und von seiten Frankreichs in Egypten und am Mittelmeer. Darum meine ich, trotz aller solcher afrikanischen Kontroversen liegt in der Uebereinstimmung zwischen England und Deutschland eine Bürgschaft für den Weltfrieden. Ein Zerwürfniß mit England würde die Gefährdung des Weltfriedens und eine Gefährdung der vitalsten Interessen Englands und Deutschlands mit sich bringen. (Sehr richtig! links.)

Herr Arendt, der ja als Bimetallist beinahe ebenso groß ist wie Herr v. Kardorff, spricht von einem deutschen Weltreich, bestehend aus 80 Millionen Deutschen in Deutschland selbst, in Oesterreich, in der Schweiz, in Amerika u. s. w. Für dieses deutsche Weltreich verlangt Herr Arendt eine starke deutsche Politik; jeder Deutsche im Auslande sollte den Kopf hoch tragen und sich bewußt sein des „civis romanus sum", daß er Kaiser und Reich hinter sich habe. Das römische Reich hat ein klägliches Ende genommen; die zivilisirten Völker lassen sich auch nicht alles gefallen, wie die Barbaren im Alterthum. Wenn hier ein Großprotzenthum auftreten würde, so würde bald eine Schädigung der deutschen Interessen eintreten, die nicht aufgewogen würde durch einzelne Erfolge einer schneidigen Politik. Die Deutschen in Oesterreich und in der Schweiz würden die ersten sein, gegen eine Einmischung in ihre Verhältnisse sich zu verwahren. Ich rechne es dem Fürsten Bismarck als hohes Verdienst an, daß er sich niemals in die inneren Angelegenheiten von Oesterreich und Rußland im Interesse der dortigen Deutschen eingemischt hat. Herr v. Bennigsen hat sich vor einigen Tagen dafür ausgesprochen, daß der Bismarckische Geist die politischen Entschließungen unserer Nation leiten und beeinflussen solle. Die auswärtige Politik des Fürsten Bismarck haben wir niemals bekämpft. Diese Vorsicht in der auswärtigen Politik haben wir für eine durchaus berechtigte gehalten und es war mir von hohem Interesse, daß unmittelbar nach dieser Rede des Herrn v. Bennigsen die „Hamburger Nachrichten" die Rede nicht verneinten, aber sie legten die Linie der Politik des Fürsten Bismarck in einer eigenartigen Weise fest. Er bezeichnet es als Hauptaufgabe der deutschen Politik, den Frieden zu sichern und die innere Entwickelung vor Störungen zu bewahren. Auswärtige Unternehmungen, wie sie Frankreich unternommen, um den nationalen Ehrgeiz oder die Eroberungsgelüste zu befriedigen, widersprechen den deutschen Interessen. Deutschland habe genug mit sich zu thun und müsse deshalb vor der Versuchung bewahrt werden, sich einzumischen, sobald in Europa oder sonst wo irgend etwas los ist. (Zustimmung links.) Man müsse immer erst abwarten, was die zunächstbetheiligten Mächte thun; das Vordrängen in solchen Fragen erzeugt stets Nachtheile. Der Artikel schließt damit, daß die Befolgung der Bismarck'schen Politik eine große Enthaltsamkeit in auswärtigen Angelegenheiten bedeuten würde. Von chauvinistischer Seite wird der Versuch gemacht, die auf einem festen Geleise sich bewegende Politik zur Entgleisung zu bringen; diejenigen, die das versuchen, sind die treuesten Anhänger des Fürsten Bismarck, das sind dieselben Leute, die immer verlangen, daß etwas geschehen muß, die eine Gewaltpolitik empfehlen, die sich gegen den Reichstag selbst, gegen das Wahlrecht und das Volk kehrt und schließlich zum Staatsstreich ausartet. Diese Ausführungen richten sich nicht gegen die Regierung, sondern gegen die Vertreter der chauvinistischen Strömungen.

Ich bedauere, die Mittheilungen über den Flottenplan kann ich nicht hinausschieben bis zum Marine-Etat. Diese Mittheilungen geben Wasser auf die Mühle der kolonialen Enthusiasten; man sieht darin eine Ermuthigung für die große Weltpolitik. Diese Bewegung selbst, der Aufruf zur Sammlung freiwilliger Flottenbeiträge ist in Lächerlichkeit verlaufen. (Heiterkeit.) Eine solche Vermehrung der Flotte halten wir durchaus nicht für nothwendig. Alle diese Pläne stehen im Widerspruch mit der Rede des Reichskanzlers vom vorigen Jahre, in welcher gesprochen wurde von der Erhaltung des Vorhandenen und dem Ersatz der abgehenden Schiffe; auf grund dieser beruhigenden Erklärung sind 40 Millionen Mark für neue Schiffe bewilligt worden. Wir haben seit 1888 300 Millionen für Heer und Flotte extra ausgegeben. Die Kreuzer sind zurückgestellt, weil der Bau der Panzer und der „Hohenzollern" als besonders dringend bezeichnet wurde. Was von dem damaligen Marineplan ausgeführt worden ist, hat mehr gekostet als der ganze Plan kosten sollte. Solche Marineforderungen kommen gerade in einem Augenblick, wo die anderen Forderungen des Reichs- und Staatslebens ebenfalls herantreten. 2 Milliarden Schulden haben wir bereits gemacht, wir sind zu einem Budget für Militär, Marine und Pension gekommen von 600 Millionen im Ordinarium und wir können diese Last nur tragen dadurch, daß die indirekten Steuern um 450 Millionen Mark zugenommen haben. Solche neuen Forderungen kommen, wo für die Kasernen in Preußen allein in den nächsten Jahren 180 Millionen, für die Uebungsplätze, für die Verstärkungen der Festungen Dutzende von Millionen erforderlich sind. Der ganze Plan der Besoldungsverbesserungen der Beamten ruht seit 1890; den Soldaten kann kein warmes Abendbrot gewährt werden; die dringendsten Reformen in der Postverwaltung werden abgewiesen. In Preußen stockt jede Reform des Eisenbahntarifwesens; es fehlt an Geld für die neuen Richterstellen, die Reform der Medizinalpolizei unterbleibt; den Städten entzieht man die Schulbeiträge im Betrage von 3 Millionen Mark, um die Lehrer auf dem Lande besser zu stellen. Alle Mittel sind erforderlich, um diese Bedürfnisse zu befriedigen.

Was die überseeischen Beziehungen dem Handel und der Industrie bringen können, wird aufgewogen durch die Schädigung, welche die zahlreichen Beunruhigungen des wirthschaftlichen Lebens mit sich bringen. Gerade diejenigen begeistern sich für die Weltpolitik, welche die engherzigste Wirthschaftspolitik vertheidigen, die nicht die internationalen Beziehungen fördert (Sehr richtig! links.) und durch Vertheuerung der Lebensmittel die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt schädigt; diese Freunde der Weltpolitik verlangen die Aufkündigung der Meistbegünstigungsverträge. (Sehr richtig! links.) Was soll man zu solchem Widerspruche sagen! Die Abstandnahme von diesen engherzigen wirthschaftlichen Plänen würde die Entwickelung Deutschlands mehr fördern als der Bau von Kreuzern u. s. w. Es hat Zeiten gegeben, wo gegen die Flotte eine Abneigung in den höheren Kreisen herrschte. Da mußte das Parlament der Flotte ihre Bedeutung verschaffen. Das ist jetzt nicht nöthig, jetzt ist die Aufgabe, alle Richtungen des Staatslebens gleichmäßig zu berücksichtigen, damit nicht nicht durch die besondere Vorliebe jeweiliger Machthaber ein Zweig des Staatslebens besonders gepflegt wird. Diese Bedenken müssen uns zu einer um so strengeren Prüfung des Etats veranlassen. (Beifall links.)

Abg. **Bebel** (Soz.): Die Herren v. Manteuffel und v. Kardorff haben es für das beste gehalten, wenn der gesammte Reichstag nach der Erklärung des Abg. Lieber sein Einverständniß mit der auswärtigen Politik der Regierung ausgesprochen hätte. Sehr selten kommt der deutsche Reichstag in die Lage, sich über die auswärtige Politik auszulassen und ich hoffe, das man das heutige Beispiel beherzigt, es für Pflicht und Ehre des Reichstages erachten wird, sich auch um die auswärtigen Angelegenheiten zu kümmern. Der Erklärung des Herrn Lieber hätten wir uns nicht anschließen können, denn wir können unser unbedingtes Vertrauen nicht bekunden. Es bezieht sich das nicht auf Transvaal allein, sondern auch auf unsere auswärtige Politik im allgemeinen. Wenn der Staatssekretär in der Budgetkommission am 7. Februar erklärt hat, daß die Forderungen nach neuen Kreuzern, nach einer Veränderung des Flottenplanes keineswegs auf einer Aenderung unserer überseeischen und auswärtigen Politik beruhe, so kann ich diese Auffassung nicht theilen. Es sind nicht allein in der Transvaalfrage, sondern auch in anderen Fragen der auswärtigen Politik für die Weltmachtstellung Deutschlands und sein Verhältniß zu seinen Verbündeten Ereignisse eingetreten, die zu erörtern Pflicht des Reichstages ist. In der Transvaal-Angelegenheit hat sich die Reichsregierung durchaus korrekt verhalten, nicht blos gegenüber den Versuchen des Cecil Rhodes und seiner Anhänger unter Führung des Dr. Jameson, in Transvaal einen völkerrechtswidrigen Einfall zu machen, sondern mit Rücksicht auf die Eventualität, gefährdete Reichsangehörige durch deutsche Truppen zu schützen. Die geringe Anzahl der Mannschaften beweist, daß hier von einer aggressiven Politik in bezug auf die Unterstützung der Transvaalregierung keine Rede sein kann. Aber ich wundere mich nicht, daß das englische Blaubuch eine solche Erklärung des englischen Konsuls in Pretoria aufweist, da ja in den Akten auch ein Telegramm enthalten ist, ausgehend von den Deutschen in Transvaal, worin sie direkt an den deutschen Kaiser sich wenden. Es ist begreiflich, daß der englische Konsul zu dem Glauben gekommen sei, das sei nicht von den Deutschen, sondern von der Transvaal-Regierung ausgegangen. Aber auf der andern Seite ließ sich die Aufregung durch die in dem Weißbuch geschilderten Ereignisse nicht erklären, eine Aufregung, die auch besonders für die materiellen Interessen Deutschlands von verhängnißvollen Nachtheilen begleitet war. Die Ursache ist gegeben durch das bekannte kaiserliche Telegramm vom 2. Januar an den Präsidenten Krüger. Wer ohne Kenntniß der Verhältnisse dieses Telegramm las, mußte glauben, daß nicht eine Flibustierschaar, sondern ein Nachbarstaat über Transvaal hergefallen sei und daß der deutsche Kaiser dem letzteren jetzt gratulire, daß diese Nachbarmacht ohne Hilfe einer auswärtigen Macht niedergeschlagen sei. (Zuruf rechts.) Ja: bums! (Heiterkeit.) Mit dieser Charakterisirung ist auch deutlich gesagt, worauf es in diesem Telegramm ankommt. Die Transvaal-Republik war von den Plänen des Rhodes und des Jameson längst unterrichtet. Nach dem langen Telegramm des Weißbuches war die deutsche Regierung in dem ruhigen Bewußtsein, daß, wenn Dr. Jameson und Konsorten in der That versuchen würden, in den nächsten Tagen in Transvaal einzubrechen, die Transvaal-Regierung vollständig stark und kräftig genug sei, um den Einfall niederzuschlagen und auch das später bekannt gewordene Wort des Präsidenten Krüger, daß er nur gewartet habe, bis die Schildkröte ihren Kopf vorstecke, um ihn ihr abzuschneiden, beweist, daß man sich seiner Stärke wohl bewußt war. Wie dann ganz wider allen völkerrechtlichen Brauch und jeden diplomatischen Usus von deutscher Seite und zwar von einer Stelle, die man sonst nicht in völkerrechtlichen Verhandlungen in den Vordergrund zu stellen pflegt, ein Telegramm wie das mitgetheilte zur Absendung kommen konnte, ist mir heute noch unverständlich. Ich würde es begreifen können, wenn ein solches Telegramm ganz auf eigene Faust von der höchsten Stelle ausgegangen wäre. Der Staatssekretär hat aber ausdrücklich erklärt, daß das nicht der Fall wäre; er übernehme die volle Verantwortlichkeit; ja, dann aber hat man sich doch über das Maß der Verantwortung, welche er mit der Absendung des Telegramms übernahm, schwer getäuscht. Daß dieses Telegramm nothwendig diese Wirkung erzielen mußte, die es in England erzielt hat, ist für keinen zweifelhaft, der einigermaßen die Beziehungen auswärtiger Staaten kennt. (Widerspruch rechts.)

Als ich das Telegramm las, habe ich mir gesagt, das ist doch unverständlich, so was hätte ich nicht für möglich gehalten, und die Wirkung wird die denkbar schlimmste sein. Was würde man in Deutschland gesagt haben, wenn Deutschland an der Stelle Englands gewesen wäre und wenn von einer fremden Macht oder dem Souverän eines fremden Staates ein Telegramm ähnlichen Inhalts mitgetheilt worden wäre, das einen indirekten Vorwurf und Angriff auf die deutsche Regierung enthalten hätte? (Lebhafter Widerspruch rechts.) Jawohl, diese Auffassung ist allgemein verbreitet gewesen. (Erneuter Widerspruch.) Das Telegramm würde unter gleichen Verhältnissen, wenn Frankreich oder Rußland in Frage käme, nicht geschickt werden. Das beweist, daß man glaubte, sich England gegenüber etwas herausnehmen zu dürfen (Lebhafter Widerspruch), was man Frankreich oder Rußland gegenüber nicht gethan hätte. (Große Unruhe.) Die Richtigkeit dieser Auffassung ist bestätigt durch den Eindruck, den die Angelegenheit in England und in der ganzen Welt gemacht hat. Die Engländer sind doch keine Barbaren, sie sind in Fragen der auswärtigen Politik unendlich versirter als wir Deutsche. Dort haben sich ganz bestimmte Gebräuche in bezug auf den internationalen Verkehr herausgebildet und bei aller Freimüthigkeit der englischen Presse würde man niemals zu solchen Aeußerungen und Angriffen gegen Deutschland und die höchste Stelle in Deutschland geschritten sein, wenn nicht in dem Telegramm ein Akt der Feindseligkeit gegen England selbst gefunden wäre. (Widerspruch.) Wenn es Gebrauch werden sollte, daß in solchen auswärtigen Beziehungen über die Köpfe der auswärtigen Leiter hinweg in voller Selbständigkeit solche Meinungsäußerungen und Kundgebungen stattfinden, dann sind wir keinen Tag sicher, daß wir nicht eines Morgens mal vor einer Katastrophe, einem Kriege stehen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist mehr im nationalen Interesse des Vaterlandes gehandelt, hier an dieser Stelle, wo unser Wort überall gehört wird, offen und rückhaltslos uns auszusprechen, als es von seiten der Mehrheitsparteien geschehen ist, die über diese Sache sich hinwegzuschlängeln versucht haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ich würde die Sache milder beurtheilen, wenn nicht unsere Politik in Ostasien innerhalb 24 Stunden auch eine plötzliche Wandelung erfahren hätte. Weder England noch Deutschland können sich ohne Gefährdung ihrer beiderseitigen Interessen auf die Dauer ernsthaft verfeinden. Ich kann der deutschen Presse nur rathen, sich künftig dieselbe Mäßigung in dieser Frage aufzuerlegen, wie es der Staatssekretär gethan hat.

Auf die Dauer können die Dinge in Transvaal nicht so bleiben, wie sie sind; eine Handvoll Leute, welche die Minderheit sind, können den Anforderungen der Uitlanders keinen Widerstand leisten. Abenteurer sind unter den Leuten, welche nach Transvaal gekommen sind; ich weiß nicht, ob Sie unseren Kollegen Krupp, der dort ein großes Werk hat, dazu rechnen wollen. Der ganze Brief- und Depeschenwechsel zwischen Deutschland und England trägt eine große Kühle zur Schau, die doch wohl nicht blos auf die Verhältnisse in Transvaal sich bezieht. Wenn man die Vorgänge der letzten Zeit in betracht zieht, dann wird man das verstehen und auch die Aufregung begreifen, welche das Telegramm hervorgebracht hat. Als Japan in China Sieg auf Sieg erfocht, da sprachen die deutschen Blätter davon, daß Japan das ostasiatische Preußen sei. Man hoffte von seinen Siegen die Eröffnung Chinas für den deutschen Export. Der Jubel war in Deutschland groß. Der Friede von Schimonoseki brachte für Japan nur das, was jeder andere Staat auch für sich in Anspruch genommen hätte. Da kommt plötzlich die Nachricht, daß die deutsche Politik sich von ihrem bisherigen Bundesgenossen getrennt und auf die Seite Frankreichs und Rußlands getreten sei. Das war ein Frontwechsel, der auch unsere Organe in dem Auslande überraschte. Das Generalkonsulat in London hatte zu einem Diner auch die japanische Gesandtschaft eingeladen, das Diner mußte wegen dieses Wechsels der Politik abgesagt werden. (Zuruf rechts: Klatscherei!) Diese Klatschereien finden bei Ihnen (nach rechts deutend) den allermeisten Eingang; ich erinnere Sie nur an die Affaire von Kotze. (Sehr richtig! links.) Man hatte gehofft, daß wenigstens besondere Vortheile für Deutschland erzielt seien, aber nichts war erreicht worden, im Gegentheil, durch die russisch-chinesischen Abmachungen wurden die deutschen Interessen direkt benachtheiligt. Die Bundesgenossen hat man zurückgestoßen und hat höchstens einen Scheinfreund gewonnen. Die deutschen Kapitalisten klammerten sich an die Hoffnung, daß bei der großen Anleihe, die China in Europa für die Zahlung seiner Kriegsentschädigung zu machen gezwungen sein würde, irgend eine Betheiligung möglich und ein größerer Gewinn einzuheimsen sein würde. Diese Hoffnung war vergebens. Es wurde sogar bekannt, daß die chinesisch-russischen Anleihen hinter dem Rücken Deutschlands abgeschlossen seien und daß durch Rußland es fertig gebracht wurde, die Gründung einer russisch-chinesischen Bank in China durchzusetzen und daß ein geheimer Vertrag zwischen Rußland und China abgeschlossen ist, der sich naturgemäß gegen Deutschland richten muß. Deutschland hat in diesem Fall seine eigenen Bundesgenossen Oesterreich und Italien und seinen wenigstens bis dahin alten Bundesgenossen England im Stich gelassen, um auf die Seite seiner natürlichen Feinde Rußland und Frankreich zu treten.

Auch in der Türkei hat die deutsche Politik die russischen Interessen mehr berücksichtigt, als nöthig war. Dadurch mußte in England Mißtrauen entstehen. Gegenüber der seit zweihundert Jahren klar und deutlich verfolgten russischen Politik leben wir in der That von der Hand in den Mund; wir befinden uns bis zu einem gewissen Grade im Schlepptau von Rußland, das allerverkehrteste und verhängnißvollste, was uns passiren kann. Fürst Bismarck hat alles aufgeboten, um das Verhältniß zu Rußland freundlich zu gestalten. Als er aber einsah, daß dies nicht möglich war, da machte er sofort reinen Tisch und sorgte vor allem dafür, daß die russischen Papiere aus Deutschland verdrängt wurden und nach Frankreich wanderten. Aber Frankreich ist jetzt auch mißtrauisch geworden gegen die russischen Papiere. Man machte wieder den Versuch, die Papiere den dummen Deutschen aufzudrängen. Herr Witte war hier anwesend und hat verhandelt, er sollte sich hier von einer Krankheit erholen. Die Eingeweihten haben darüber gelacht. Berlin ist überhaupt kein Kurort für kranke Leute. So ausgezeichnete Patrioten wie die Herren Hansemann und Bleichröder haben fleißig mit Herrn Witte verkehrt, vielleicht haben Sie auch mit dem Auswärtigen Amt in Beziehungen gestanden und haben gefragt: was sagt Ihr dazu, wenn wir jetzt geneigt sind, den Russen einmal aus der Verlegenheit zu helfen? Es scheint, daß diese Frage, wenn nicht mit einem direkten Ja, doch mindestens mit einem günstigen Kopfnicken beantwortet ist; denn seitdem ist das Geschäft so weit gediehen, daß, wie ich höre, im Laufe der nächsten Woche an der hiesigen Börse 200 Millionen staatlich garantirter russischer Eisenbahnanleihe ausgegeben werden sollen. (Lachen rechts.)

Dieser Umschwung zeigt, daß sich Ihre Ueberzeugungen in demselben Maße ändern wie die Ueberzeugungen am Regierungstische. Die 200 Millionen machen nach meiner Meinung auch das Kraut nicht fett, aber es wird mehr folgen. Man wird in dieser Zulassung der 200 Millionen eine moralische Unterstützung des deutschen Auswärtigen Amtes sehen; die Franzosen werden mit wahrer Begierde die Gelegenheit wahrnehmen und einen großen Theil ihrer russischen Staats- und Schuldpapiere auf den deutschen Markt werfen. Das ist nicht viel, aber die Beseitigung des Widerspruchs wird zur Vermehrung des Absatzes an russischen Papieren in Deutschland führen. Je mehr das Geld in russischen Papieren angelegt wird, desto mehr schwindet die Hoffnung, daß wir unsere Reichs- und Staatsanleihen konvertiren können. (Zuruf bei den Nationalliberalen: Das ist ja die reinste Kannegießerei!) Rußland hat sich durch die deutsche Hilfe eine Stellung errungen, wie niemals früher. Es hat auch in Bulgarien die Oberhand gewonnen (Zurufe rechts: Boris! Heiterkeit), ohne auch nur einen Mann zu opfern. Mit einer gewissen Schadenfreude spricht man von einer Isolirung Englands; aber Deutschland hat sich durch seine Politik auch isolirt.

Es war bezeichnend, daß am 18. Januar, ehe die bekannte Rede gehalten wurde, in der „Zukunft" ein Artikel erschien, welcher vor dem Weltkaiserthum warnte. Der Vorredner hat nachgewiesen, welche großen Opfer das Volk für Heer und Marine bereits gebracht hat. Wir können nicht eine Seemacht wie England haben, ja wir können nicht einmal Rußland gleichkommen. Will man solche Ausgaben machen, dann muß man die Mittel nehmen von den reichen Leuten durch eine Vermögens-, Erbschafts- und Einkommensteuer, nicht aus den Taschen der arbeitenden Klassen, welche jetzt neun Zehntel der Lasten zu tragen haben. Führen wir eine Politik, daß wir zur entscheidenden Stunde auch gute und leistungsfähige Freunde haben. Oesterreich und Italien sind nicht leistungsfähig, aber England. England und Deutschland vereinigt, sind eine Macht, gegen die niemand ankommen kann. Wir können mit der englischen Industrie konkurriren, das muß man in England fühlen, aber das reicht nicht aus, uns auf die Dauer mit England zu entfremden. Aber eine starke Strömung in der Bourgeoisie ist vorhanden, die systematisch auf eine Entfremdung zwischen Deutschland und England hinarbeitet, die verkehrteste Politik, die man sich denken kann. Ich habe es für nothwendig gehalten, dies auszusprechen. Es ist ein großer Vorzug, daß wir überhaupt einmal zum Austausch unserer Meinungen auf diesem Gebiete kommen, daß das Ausland sieht, nicht nur wie die herrschenden Klassen in Deutschland denken, sondern auch diejenigen Klassen, die im entscheidenden Moment ihre Haut zu Markte tragen müssen, die deutschen Arbeiter. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Haußmann** (südd. Vp.): Ich halte es doch für nothwendig, daß der Reichstag auch in auswärtigen Angelegenheiten Stellung nimmt. Der Standpunkt des Auswärtigen Amtes in der ostasiatischen Politik ist nicht so unangreifbar wie in der Transvaalfrage. Durch die Vorlage des Weißbuchs hat das Auswärtige Amt die Zustimmung des ganzen Parlaments sich errungen; denn auch der Vorredner hat ausgeführt, daß er die Politik als eine durchaus korrekte anerkennt. Ich kann mir, wenn ich die Mittheilungen des Weißbuches vergleiche mit den Mittheilungen, welche gleichzeitig die englische Regierung

gegeben hat, das außerordentliche Maß der Aufregung jenseits des Kanals nur durch das Mißverständniß erklären, daß die Intervention Deutschlands angerufen sei. Man kann der englischen Regierung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie vielleicht zu unvorsichtig gewesen ist. In das Weißbuch ist das Telegramm nicht aufgenommen, welches das Hauptaktenstück ist, für welches der Staatssekretär die Verantwortung übernommen hat. Es wäre beruhigend für alle politischen Kreise, wenn der Staatssekretär erklären wollte, daß er bereits vor der Absendung des Telegramms Kenntniß von demselben genommen hatte. Ich bin nicht der Ansicht des Vorredners, daß aus diesem Telegramm hervorgeht, daß man sich England gegenüber etwas herausnehmen zu können glaubte. Diese einseitige Beurtheilung Bebel's ist nicht berechtigt. Das Telegramm ist, was die menschliche Gesinnung anlangt, nicht anfechtbar. Die Freude darüber, daß der Kleine nicht unterdrückt wird von dem größeren, ist berechtigt. England hat kein Recht dagegen Widerspruch zu erheben, daß solche Telegramme von Deutschland abgesandt werden. Die Erregung in England ist übertrieben. Ein faktischer Werth für die Kundgebung lag nicht vor, nachdem der Angriff siegreich zurückgeschlagen war. Das Auswärtige Amt hätte sich sagen können und vielleicht sagen sollen, daß die Engländer nicht gerade erfreut gewesen sind über die Prügel, die ihre Landsleute erhalten haben. Es war mir sehr erwünscht, daß der Kollege Richter die Kundgebung verlesen hat, welche von dem Fürsten Bismarck selbst inspirirt gewesen ist, denn sie enthält ein Programm für die auswärtige Politik, das auch von der Opposition akzeptirt werden kann. (Zustimmung links.) Wir können die Regierung sogar bitten, daß sie auch den Schein vermeiden wolle, als ob sie eine Einmischung in fremde Angelegenheiten suche. Die Regierung hat mitgetheilt, daß unsere auswärtigen Beziehungen gute seien. Die englischen Staatsmänner sehen ja auch die Transvaalfrage als erledigt an. Ich glaube, die Verschärfung ist eingetreten durch den scharfen Ton der jetzt in England an das Ruder gelangten konservativen Partei. Wir sind nicht auf England angewiesen, oder um es anders auszudrücken, wir sind kein Haar mehr auf England angewiesen als England auf Deutschland.

Wer hätte die größte Freude daran, wenn England und Deutschland sich überwerfen würden? Frankreich und Rußland, gegen welche sich unsere Rüstungen wenden. Ich glaube, es fällt jeder Grund weg, aus dieser vorübergehenden Mißstimmung einen Grund herzuleiten für eine große Flottenvermehrung. Man spricht von einer organischen Weiterbildung der Flotte. Wie kann man das aufrecht erhalten gegenüber der vorjährigen Rede des Reichskanzlers. Die Regierung ist in keiner bequemen Lage, sie ist in eine Konfliktslage gedrückt, sie hat sich zu einer halben Flottenvermehrung bequemt. Früher ist von diesem Bedürfniß nichts gesagt worden, man muß es also nicht als dringend empfunden haben. Was den Schutz der Deutschen im Auslande betrifft, so möchte die Regierung sich einen Bericht des Grafen Hatzfeldt erbitten, ob die in England wohnenden Deutschen den Wunsch haben, sich durch neue Kreuzer schützen zu lassen. Sie werden einstimmig sagen: Ihr könnt uns nicht besser schützen, als wenn Ihr möglichst freundschaftliche Beziehungen zu England aufrecht erhaltet. Wenn die Marineforderungen hervortreten, werden dieselben Kämpfe eintreten, wie bei den Militärforderungen. Die Mittelparteien würden ein gutes Werk thun, wenn sie diesen ganzen Plan als einen vorübergehenden Traum behandelten. Das Zentrum wird sich auch verdient machen, wenn es keinerlei Zweifel aufkommen läßt, daß es für diese Pläne weder jetzt noch in den nächsten Jahren zu haben ist. Je größer die Flottenforderungen, um so geringer das Geschick der auswärtigen Verwaltung.

Abg. **Liebermann von Sonnenberg:** Und Bebel sprach! und man glaubt den auswärtigen Minister von Utopien reden zu hören. Aber Herr Bebel ist nicht der geeignete Interpret der Gefühle des deutschen Volkes; er hat sich mit Eifer alles nationale Denken und Fühlen abgewöhnt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Quatsch!) Ich kann nur mit Liebknecht sagen: Der Name Vaterland hat keinen Zauber in Ihrem Munde. (Heiterkeit links.) In unserem Munde hat der Name Vaterland einen Klang von hohem Zauber. Es mag demjenigen, der sich für einen großen Politiker hält, Genugthuung bereiten, seine rettenden Pläne hier vorzutragen. Aber es würde der auswärtigen Verwaltung nicht gefallen, diese Reden anzuhören, welche wir schon haben anhören müssen. (Heiterkeit.) Wir hätten uns damit begnügt, wenn das Einverständniß mit dem Verhalten der Regierung ausgedrückt worden wäre. Die Flottenpläne lassen uns kühl; wir werden innerhalb der finanziellen Leistungsfähigkeit immer bereit sein, dasjenige zu erbringen, was nothwendig ist zur Wahrung der Ehre und Macht Deutschlands und zum Schutze seiner Interessen. Darüber hinaus wird die Regierung auch nicht gehen wollen. Wir theilen die Anerkennung für die Politik in der Transvaalfrage. Die Erregung der öffentlichen Meinung in England würde vielleicht nicht so umfassend gewesen sein, wenn man sich nicht in England daran gewöhnt hätte, in Kolonialfragen bei uns ein ungemessenes Maß von Nachgiebigkeit zu finden. (Zustimmung rechts.) Man fand plötzlich Selbstbewußtsein und Stärke. (Zustimmung rechts.) Es sind noch anderwärts deutsche Interessen zu vertreten, wir wollen hoffen, daß die Regierung auch für die Interessen der griechischen und portugiesischen Gläubiger in Deutschland eintreten wird. (Heiterkeit links.) Das Telegramm war ein Ausdruck der Gesinnung des ganzen Volkes. Wenn Herr Richter nicht wünscht, daß solche Kundgebungen des Oberhauptes Brauch werden, so sage ich: wir wünschen nicht, daß das Oberhaupt für solche Kundgebungen gebunden wäre an die Zustimmung des Herrn Richter und seiner Freunde. (Zustimmung rechts.) Es ist kein Chauvinismus, es kam nur zum Ausdruck die Einheitlichkeit Deutschlands; es kamen zur Geltung die Worte, die damals die heimkehrenden Sieger vom Sockel der Germania begrüßten: Nun ist die Kette wieder voll, weh, wer daran rühren soll! Es heißt jetzt wieder: Ein Haus, ein Volk, ein Herr!

Damit schließt die Diskussion. Der Berichterstatter Prinz **Arenberg** geht noch kurz auf die Verhandlungen der Kommission über das Telegramm an den Präsidenten Krüger ein.

Darauf wird das Gehalt des Staatssekretärs genehmigt und um 5 Uhr die weitere Berathung bis auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Lokales.

In der Urania, Wrangelstr. 10, wollen einige Arbeiter der Metallknopf-Fabrik von Leopold Stern, Köpnickerstr. 113, am 7. März einen Maskenball veranstalten. — Die Krankenkasse Berliner Bierfahrer und Berufsgenossen hält am 25. Februar in den Konkordia-Sälen, Andreasstr. 64, einen Maskenball ab. Zu Versammlungen für Arbeiter werden beide Lokale nicht gegeben.

In Deutsch-Wilmersdorf nahm der Arbeiterverein in seiner letzten Sitzung zu den bevorstehenden Gemeinderathswahlen Stellung. Da unsere Parteigenossen am Orte keinen Kandidaten zur Verfügung haben, der Hausbesitzer ist, wurde beschlossen, sich nicht an der Wahl zu betheiligen. Es empfiehlt sich für die Wilmersdorfer Parteigenossen, diesen Beschluß zu befolgen.

„Der Gerichtsassessor sucht ein Zimmer." Die Kunst der Staatsanwaltschaft im Lande der Frommen und Freien, Preßprozesse gegen die Sozialdemokraten zu konstruiren, entfaltet sich immer wunderbarer. Es wird der Leserschaft unseres Blattes noch erinnerlich sein, daß vor einiger Zeit — irren wir nicht, geschah es in Mainz — ein sozialdemokratischer Redakteur wegen Sittlichkeitsvergehens unter Anklage gestellt wurde, weil er in einer Zusammenstellung von Anzeigen schlüpfrigen Inhalts, welche er aus ordnungsparteilichen Blättern zusammenlas, der bürgerlichen, für Ordnung, Religion und Sitte kämpfenden Presse einen Spiegel ihrer eigenen Unsittlichkeit vorgehalten hatte. Der Gerichtshof war damals verständig genug, auf Freisprechung zu erkennen; der Staatsanwalt, der die bürgerlichen Blätter unbehelligt gelassen hatte, erkannte zwar ausdrücklich an, daß der Anzeigentheil der sozialdemokratischen Presse einen entschieden sittlicheren Inhalt trage, als der bürgerlicher Blätter, beantragte aber bei alledem eine empfindliche Geldstrafe.

Eine Anklage, welche den soeben erwähnten Fall weit hinter sich läßt, ist jetzt gegen den „Vorwärts" eingeleitet worden. In Nr. 267 vom 14. November v. J. brachten wir im lokalen Theil folgende Notiz:

„Der Gerichtsassessor sucht ein Zimmer. In dem Charlottenstraße 28 erscheinenden „Zimmeranzeiger der Berliner Wohnungszeitung" Nr. 30 findet sich folgende Anzeige, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt: „Möblirtes Zimmer, am liebsten bei einer . . . . . von einem Gerichtsassessor auf sofort ges. Gefl. Off. unt. S. G. 818 a. d. Geschäftsst. d. Bl." Den Gerichtsassessor möchten wir einmal in einem Kuppeleiprozesse agiren sehen."

Wegen dieser Notiz, welche für jeden der objektiv lesen kann, nichts anderes besagt, als eine strenge Verurtheilung der in der Annonce schamlos zu tage tretenden Absicht, hat sich unser Kollege Kunert demnächst vor der Strafkammer, in Gesellschaft mit der verantwortlichen Redakteurin der „Wohnungs-Zeitung" zu verantworten. Wir sind vieles gewöhnt, aber diese Anklage hat uns — und hoffentlich nicht blos uns — doch überrascht.

Zur Verhaftungsaffäre in der Admiralstraße haben wir noch zu melden, daß unser Parteigenosse Ewald, der sich ebenfalls unter den Sistirten befand, bedenklich rheumatisch erkrankt war und daher einen Arzt verlangte. Ewald befolgte den Rath des Kommissars Schöne, sich an den Aufseher zu wenden, doch wurde ihm die erbetene ärztliche Hilfe im Polizeigefängniß nicht zu theil. — Die Vernehmungen am Dienstag Abend zogen sich zum theil erheblich in die Länge. Ein Parteigenosse berichtet, daß er erst nachts halb 12 Uhr entlassen wurde; um diese Zeit hatten noch drei der sozialdemokratischen Verbrecher ihrer Entlassung zu harren.

Kunst und Konfektion. Die Direktion des Parodie-Theaters, welche am Sonnabend, den 15. Februar 1896, ihre Vorstellungen wieder mit den Parodien auf 1. König Heinrich; 2. Gräfin Ilse; 3. Zschens, das Waldmädchen, beginnt, hat sich entschlossen, 5 pCt. seiner täglichen Brutto-Einnahme der Streikunterstützungs-Kasse der Konfektionsarbeiter zu überweisen. Vielleicht folgen die übrigen Theater der Reichshauptstadt diesem guten Beispiel.

Die deutsche Gesellschaft für volksthümliche Naturkunde hat am Mittwoch im Bürgersaale des Rathhauses den zweiten der von ihr angekündigten Vorträge halten lassen. Herr Professor Dr. Wahnschaffe sprach vor einem zahlreichen und aufmerksamen Publikum über das Thema „Unsere Heimath zur Eiszeit." Nachdem der Vortragende die früheren Theorien über die erratischen Blöcke, die ja auch in der Mark noch recht häufig anzutreffen sind, gestreift hatte, suchte er den Zuhörern die Entstehung der Gletscher in den Alpen zu demonstriren, um dann auf das eigentliche Thema zu sprechen zu kommen. Unseres Erachtens setzte Herr Wahnschaffe bei seinem Publikum zu umfangreiche Vorkenntnisse auf dem Gebiete der Geologie voraus, als daß sein Vortrag auf jeden der Zuhörer so verständlich wirken konnte, wie dies zu wünschen gewesen wäre. Wir hatten als Einleitung eine in kräftigen Zügen gehaltene Skizzirung der Geschichte unserer Erde erwartet; statt dessen kam der Vortragende gleich mit einer Reihe von Details, deren Kenntniß unseres Erachtens nur bei dem Theil der Zuhörer, für den die schon gehaltenen und noch geplanten Vorträge eigentlich nicht bestimmt sind, vorausgesetzt werden sollte. Es würde uns freuen, wenn die Gesellschaft für volksthümliche Naturkunde, deren gute Absichten von uns am allerwenigsten unterschätzt werden sollen, bei ferneren Vorträgen bedenken wollte, daß das Stiefkind des Militärstaates, die Volksschule, den künftigen Staatsbürger wohl mit Bibelsprüchen vollpfropfen durfte, aber auf dem Gebiete der Naturkunde nicht einmal den allerbescheidensten Ansprüchen gerecht zu werden vermochte.

Das Projekt der elektrischen Ringbahn zwischen Berlin und den südlichen Vororten scheint jetzt endlich seiner Verwirklichung entgegenzugehen. Nachdem nun auch die Gemeindevertretung von Tempelhof beschlossen hat, mit den Unternehmern den Vertrag abzuschließen, steht damit von sämmtlichen betheiligten Vorortgemeinden nur noch Schöneberg aus. Doch sind auch hier die Verhandlungen bereits soweit gediehen, daß der Vertragsabschluß in kürzester Zeit erfolgen wird.

Eine Familien-Katastrophe, der 4 Personen zum Opfer gefallen sind, hat sich am Mittwoch Abend in dem Hause Schmidstraße 39 zugetragen. Hier wohnte, wie berichtet wird, seit dem 1. Oktober v. J. der Fabrikant Moritz Löwenberg, geboren 5. August 1852 zu Stegers, Kreis Schlochau, mit seiner aus Frau und sechs Kindern bestehenden Familie. Er betrieb eine Fabrik für Brenn-Necessaires, Brenn-Frisirlampen 2c. in der Neanderstraße 36, ein Geschäft, das gut ging, so daß der Mann seine Familie ganz anständig zu ernähren vermochte. L. war aber stark nervös, fußleidend und hatte sich in letzter Zeit eine Blutvergiftung am Arm zugezogen. Hierzu kam, daß dem Fabrikanten ein Auftrag, für welchen er bereits große Posten Rohmaterialien angekauft und zugeschnitten hatte, annullirt wurde, wodurch ihm ein großer pekuniärer Verlust entstand. Dies alles mag auf den kränklichen Mann schwer gelastet haben, so daß er für die Zukunft der Seinigen besorgt, schon mehrere Tage mit dem Plan eines gemeinschaftlichen Selbstmordes sich trug. Am Mittwoch ordnete L. seine geschäftlichen Angelegenheiten, bezahlte noch die rückständige Miethe und begab sich am Nachmittag gegen 3 Uhr in seine Wohnung, wo er mit seiner Frau Henriette, geborene Salomon, längere Zeit im Hinterzimmer der aus drei Stuben bestehenden Wohnung allein blieb. Gegen 8 Uhr abends wurden die drei jüngsten Kinder, der am 16. März 1894 zu Berlin geborene Karl, die am 29. August 1890 ebenfalls hier geborene Margarethe und der 7jährige Erich ebenfalls in das hintere Zimmer von der Mutter hineingeholt. „Auf dem Tisch stand", so erzählt der kleine Erich, der einzige Augenzeuge der Katastrophe, eine Flasche, in welcher sich, wie Vater sagte, Liqueur befand. Erst trank Vater, der sich zu Bett gelegt hatte, ein ganzes Glas davon aus, dann gab Mama Karl und Grethe davon zu trinken. — Erich selbst biß, wie er weiter aussagt, die Zähne zusammen, trank jedoch, als er sah, daß die Mutter ein Glas der Flüssigkeit zu sich nahm, ebenfalls einen Schluck. Dem ältesten Knaben, dem 13jährigen Walter, der sich mit den beiden übrigen Geschwistern Irma und Paul im Alter von 12 und 9 Jahren im Nebenzimmer befand, war das Verhalten der Eltern aufgefallen, und da er die Mutter stöhnen hörte, so eilte er, da das Dienstmädchen fortgeschickt werden war, zu dem Hausverwalter Lehmann. Inzwischen hatte Erich, der nach dem Trank die Besinnung verloren und nach einigen Minuten wieder zu sich gekommen war, die Thür wieder aufgeriegelt, so daß der Verwalter und andere Hausbewohner in das Berliner Zimmer, in welchem die grausige That geschehen, eindringen konnten. Den Eintretenden bot sich ein schrecklicher Anblick dar. Löwenberg lag ausgekleidet im Bett, die 44jährige Gattin in ihren Kleidern neben dem Sopha auf der Erde, während die beiden Kleinen, Karl und Grethe aufeinander auf dem Sopha lagen. Die Züge sämmtlicher Leichen waren auf das Entsetzlichste verzerrt. Der sofort hinzugezogene Arzt, Herr Dr. Laskau konnte nur den Tod der vier Personen konstatiren, während der 7jährige Erich, dem der Magen sofort ausgepumpt wurde, gerettet werden konnte. Zwar erkrankte der Knabe in der heutigen Nacht noch einmal schwer, so daß ärztliche Hilfe abermals geholt werden mußte, doch befindet sich Erich jetzt außer jeder Gefahr. Bei Frau Löwenberg wurden im Portemonnaie 30 M. baares Geld, sowie ein Brief vorgefunden. — Die Leichen wurden im Laufe des heutigen Vormittags nach der Morgue geschafft.

Das traurige Schicksal des Fabrikanten ruft in der ganzen Gegend allgemeine Theilnahme hervor, da L. sehr beliebt war, sowohl durch seine Reellität, wie auch durch sein freundliches Wesen. Das Dienstmädchen hatte L. kurz vor der That zu seiner in der Sebastianstraße wohnenden betagten Mutter mit der Weisung geschickt, nicht vor 10 Uhr zurückzukehren. Die Flasche mit dem Gift, in welcher noch eine geringe Quantität vorhanden, wurde beschlagnahmt behufs Feststellung der Art des Giftes.

Katastrophen wie diese zeigen in letzter Zeit unheimlich häufig den Interessenten der heutigen Ordnung an, daß die zur Zeit noch bestehende Gesellschaftsordnung in raschem Verfall begriffen ist. Rathlos stehen die herrschenden derartigen Vorkommnissen gegenüber.

Aus der Kaserne. Durch Urtheil des Kriegsgerichts sind jetzt in Potsdam eine größere Anzahl Mannschaften vom Regiment der Gardes du Corps, Leib-Garde-Husarenregiment und 3. Garde-Ulanenregiment bestraft worden. Dieselben hatten eines Sonntags im Hansen'schen Tanzlokale vor der Langen Brücke unter sich eine sogenannte „Koleurschlägerei" angefangen, die schließlich derartig ausartete, daß verschiedene Gegenstände in dem Lokal demolirt wurden und das Blut in Strömen floß. Da man mehrfach den einschreitenden Unteroffizieren du jour den Gehorsam verweigerte, mußten diese schließlich die Schloßwache requiriren, welche die Soldaten auseinandertrieb und einige davon festnahm. Die Rädelsführer haben nun erhebliche Festungsstrafen erhalten, u. a. ein Gardes du Corps, der, nachdem er einen Unteroffizier beleidigt, unter Zurücklassung seiner Mütze entfloh, zehn Monate Festung. Am Dienstag wurde bereits ein Husar nach Spandau transportirt. Ein Ulan, der gegen einen Unteroffizier du jour thätlich vorgegangen war, konnte anfänglich nicht ermittelt werden, da seine Kameraden ihn nicht verriethen. Erst als ein anderer Ulan fälschlich in Verdacht gerieth und deshalb in Untersuchungsarrest genommen werden sollte, nannte er den richtigen Thäter. Die weniger bei der Schlägerei Betheiligten haben Arreststrafen erhalten.

Ueber den vor kurzem verhafteten Feldwebel Hoffmann aus der Goltzstraße erfahren wir einige nähere Details. H. war kommandirt zur Pionier-Inspektion in der Kurfürstenstraße 63 und diente bereits im 11. Jahre. Ihm war die Verwaltung der sog. Tagegelderkasse anvertraut, an welcher er Fälschungen und Unterschlagungen seit 2 Jahren in Höhe von über 2000 M. verübte. Daß dabei Hoffmann in sehr geschickter Weise operirte, zeigte ein Fall, der einen hiesigen General beinahe in fatale Situation gebracht hätte. In den Kassabüchern stand ein von diesem entnommener Vorschuß in beträchlicher Höhe als „Vorschuß für Inspektionsreise". Da dieser Vorschuß etwas unverhältnißmäßig lange offen stand, unternahm es ein höherer Offizier, den Herrn General „so hintenherum" daran zu mahnen. Dabei stellte sich heraus, daß zu jener Zeit weder eine Reise gemacht, noch ein Vorschuß entnommen war. Es fand sich jedoch bei den Belegen eine sehr geschickte Quittungsfälschung mit dem Namen des Generals. Man ging natürlich der Sache sofort auf den Grund und dabei stellte sich die Unterschlagung und Fälschung heraus. Es war dies der Vorfall, der zur Verhaftung führte. Das Geld hat Hoffmann, trotzdem er verheirathet und Vater von 2 Kindern ist, in der Gesellschaft niedrigster Dirnen vergeudet. Es ist ferner festgestellt, daß er wiederholt mit gezogenem Degen in Schankwirthschaften trat und dort Soldaten Front machen ließ, selbst Gänsemärsche mit anderen Chargirten sollen in der Goltzstraße nichts neues gewesen sein, wobei an den Enden der gezogenen Degen allerhand Lebensmittel aufgespießt waren. Zur Zeit ist Hoffmann in das Garnisonlazareth übergeführt, da er sich durch seine Ausschweifungen gefährliche Krankheiten zugezogen hat.

Die Brände in Moabit dauern fort. Im Laufe des Mittwochs sind dort etwa ein halbes Dutzend Dachstuhlbrände vorgekommen, außerdem hat die bereits ganz abgearbeitete Feuerwehr noch an einigen anderen Stellen der Stadt thätig sein müssen. Nachdem Grüner Weg 111 ein Feuer gelöscht war, brach, wie bereits gemeldet, gegen 12 Uhr mittags ein gewaltiger Dachstuhlbrand in der Rathenowerstraße, Ecke Quitzowstraße, aus, der großen Schaden verursachte. Gleichzeitig brannte es im Hause Rathenowerstraße, Ecke Kruppstraße und am Johannestisch Nr. 4. Gegen vier Uhr stand der Dachstuhl Paulstr. 5 in Flammen, dann, wenige Minuten später, wurde die Feuerwehr abermals nach der Kruppstraße gerufen, wo der Dachstuhl brannte. Um 5 Uhr kam die Meldung, daß der Dachstuhl Thurmstr. 49 brenne und dann, daß in der Kaiserin Augusta-Allee in den Berliner Asphaltwerken Feuer ausgebrochen sei. Hier brannte das Dach des zweistöckigen Fabrikgebäudes. Die Charlottenburger Feuerwehr gab hier Wasser, weshalb die Berliner Wehr bald wieder abrückte. Gegen 8 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Magdeburger Platz gerufen, so daß es kaum möglich ist, über alle Brände eingehender zu berichten.

Der Polizeipräsident setzt, wie an den Anschlagsäulen bekannt gegeben wird, gleich dem Grundbesitzerverein 300 M. auf die Entdeckung des Thäters aus.

Ein Brandstifter, auf dessen Konto auch ein Theil der Moabiter Brände entfällt, ist am Donnerstag in Charlottenburg dingfest gemacht worden. In dem Hause Kantstraße 56a hatte ein Bettler um Unterstützung angesprochen, als gleich darauf auf dem Boden Feuer ausbrach. Die erregt hinzueilenden Hausbewohner trafen dort einen Bettler an, der in einer Bodenkammer Papier anzündete, während eine zweite Abtheilung des Bodens schon in Flammen stand. Der auf frischer That ertappte Mann hat bei der Polizei nicht nur eingeräumt, diesen Brand angelegt zu haben, sondern auch zugestanden, der vorsätzliche Urheber eines kurz vorher in dem Hause Wilmersdorferstr. 112 entstandenen Feuers gewesen zu sein. Später hat er seine Aussage noch dahin erweitert, daß er auch bei den Moabiter Dachstuhlbränden betheiligt gewesen sei. Er giebt sich für einen Schlosser Horn aus; doch erscheint noch fraglich, ob dieser Name der richtige ist.

Verhaftet wurde der frühere Husarenoffizier von Wedel, der in letzter Zeit mit den fünf Garnisons verschiedene Zehntausende verjuxt hat. Als das Geld dem Edelsten und Besten schließlich knapp wurde, entnahm er Schmuckgegenstände auf Pump und versetzte sie. Wegen dieser Handlungen hat die Polizei den schneidigen Lebemann dieser Tage im „Kaiserhotel" verhaftet.

Selbstmord hat am Mittwoch die 34jährige Frau des Maurerpoliers A. Kl. am Weideuweg Nr. 2 begangen. Als der Mann abends gegen 7 Uhr von der Arbeit nach Hause kam, fand er seine Frau als Leiche auf. Sie hatte sich in der Küche am Fensterkreuz erhängt.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich am gestrigen Nachmittag in der Bock'schen Hutfabrik in der Greifswalderstraße 35. Dortselbst kam der Arbeiter Walter mit der rechten Hand in das Getriebe einer Welle. Ihm wurde, obwohl es gelang, die Maschinen zum augenblicklichen Stillstand zu bringen, der ganze Arm fast völlig zermalmt. Der Unglückliche wurde nach dem Krankenhause Friedrichshain gebracht.

Einen Auflauf verursachte am Donnerstag früh um 6½ Uhr ein Unfall, der an der Ecke der Dresdener- und der Buckowerstraße einem Postwagen zustieß. Der Packetwagen Nr. 165, der

eine schwere Ladung vom Amte in der Oranienburgerstraße nach Rixdorf bringen wollte, kippte infolge des Bruches der hinteren Axe um. Der Kutscher sprang vom Bock herab, der Schaffner aus dem Wagen heraus; beide kamen ohne Schaden davon. Die Ladung wurde im Verlauf einer halben Stunde in einen aus dem Depot in der Köpnickerstraße herbeigeholten Reservewagen umgepackt.

Wegen schlechten Geschäftsganges hat sich am Mittwoch Mittag der Zigarrenhändler Josef Büttner durch einen Revolverschuß das Leben genommen. Büttner, ein alleinstehender Mann von 63 Jahren, wohnte seit dem 14. d. M. als Aftermiether in dem Hause Wißmannstr. 21 zu Rixdorf und betrieb sein Geschäft in einem Laden des Hauses Kl. Hamburgerstr. 2. Bis vor drei Monaten hatte er ein Geschäft in der Chausseestraße neben den Germaniasälen gehabt und dabei nach seiner Angabe 3000 M. zugesetzt. Auch das neue Geschäft in der Hamburgerstraße ging nicht, so daß zu den Geschäftsschulden, die der Mann schon hatte, bald noch Miethsschulden hinzukamen.

Ein Schwindler, der sich betrügerisch in den Besitz von Fahrrädern setzte, die er sofort bei Trödlern 2c. verpfändete, ist heute zur Haft gebracht worden. Er nennt sich Hagemann; es besteht aber begründeter Zweifel, ob er auch wirklich so heißt. Der Eigenthümer eines in der Reinickendorfer Straße versetzten Rades konnte noch nicht ermittelt werden. Personen, die zur Sache Angaben machen wollen, können sich in den Vormittagsstunden zwischen 9—12 Uhr im Polizei-Präsidialgebäude, Zimmer Nr. 320 II. melden.

Ein abscheulicher Lustmord ist am Mittwoch Nachmittag bei den Köllnischen Wiesen auf der Grenze zwischen Berlin und Rixdorf am Maybachufer hinter der Thielenbrücke verübt worden. Gegen 2 Uhr nachmittags bemerkten mehrere Knaben, daß ein Mann, der von der neuen Wiener Brücke her kam, sich an den 10jährigen Schüler der 151. Gemeindeschule Hugo Burr, den Sohn eines Arbeiters aus der Wienerstr. 57a, heranmachte. Ein 7jähriger Bruder des Hugo sah, wie der Mann diesem die Hand reichte und hörte, daß er ihm sagte: „Hier hast Du Geld, Du kannst für mich einen Gang machen". Dann ging der Mann mit dem Knaben nach dem Maybachufer zu. Einige der Gespielen folgten bis an die Thielenbrücke und kehrten hier um. Nur der Knabe Marsanke aus der Forsterstraße und der andere Burr gingen noch weiter mit. Am Maybachufer blieb auch der letztere stehen, folgte aber dann wieder, als er die beiden aus den Augen verloren hatte, um seinen Bruder zu suchen. Nachdem er auf wiederholtes Rufen keine Antwort erhalten hatte, kehrte er um und ging zu den Gespielen zurück. Niemand kümmerte sich weiter um Hugo Burr. Als dieser auch am Donnerstag Morgen noch nicht nach Hause gekommen war, zeigte der Vater sein Verschwinden auf dem Bureau des 87. Polizeireviers in der Liegnitzerstraße an. Am Donnerstag Nachmittag, während man noch nach dem Knaben suchte, kamen gegen 3 Uhr auf dasselbe Bureau zwei junge Leute mit der Meldung, auf einem abgezäunten Platze hinter der Thielenbrücke, auf dem Schnee abgeladen wird, liege unter einem Wagen die Leiche eines Knaben mit durchschnittenem Halse. Polizeilieutenant Metz begab sich sofort dorthin und fand die Meldung bestätigt. Die Leiche wurde als die des Hugo Burr erkannt. Neben ihr lag ein Markstück, jedenfalls das Geld, das der Mann dem Knaben beim Anlocken und Verschleppen gegeben hatte, ein Schustermesser mit schwarzem Griff, und ein Stück Wurst. Die Leiche wurde gestern Abend nach Rixdorf in die Obduktionshalle gebracht. Eine genauere ärztliche Besichtigung hat noch nicht stattgefunden, doch erscheint es nach der ganzen Sachlage zweifellos, daß ein Lustmord vorliegt. Der Mörder war ein mittelgroßer Mann mit schwarzem Schnurrbart. Er trug einen fadenscheinigen braunen Winterüberzieher und eine graue Hose. Von einigen Holzplätzen aus, die dem mit einem etwa einem Meter hohen Zaune umgebenen Schneeplatze gegenüber liegen, haben Leute die beiden Personen, den Mörder und sein Opfer, unter dem Wagen liegen sehen, sie aber für Vogelsteller gehalten, die sich dort in der Gegend häufig aufhalten, und deshalb sich nicht weiter um sie gekümmert. Die Polizeiorgane Berlins und der Vororte sind sofort in Kenntniß gesetzt worden.

Besondere Spezialisten der Diebeskunst treiben gegenwärtig im Süden der Stadt in der Hasenhaide ihr Geschäft. In der Nacht zum Sonntag wurden zwei Männer angehalten, die einen Sack trugen; sie ließen denselben fallen und entkamen. Der Sack enthielt mehrere gestohlene Pferdegeschirre, die von benachbarten Pferdebesitzern herrührten; es meldeten sich infolge Bekanntwerdens dieses Diebstahls noch mehrere in gleicher Weise Bestohlene, deren Eigenthum jedoch nicht ermittelt werden konnte. — In den Abendstunden sind wiederholt die Ladenkassen kleiner Geschäfte geplündert worden; man vermuthet Schuljungen als die Diebe.

In der Steiger'schen Mordsache hielt der Untersuchungsrichter beim Landgericht zu Potsdam am Dienstag einen Lokaltermin ab. Die Anklage gegen Hoffmann und Grabowsky, welche der That verdächtig sind, dürfte auf Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge lauten.

Zur Haft gebracht wurde, wie die „Voss. Ztg." meldet, wieder der Krankenwärter Ernst Hoppe, der theils unter eigenem Namen, theils unter dem Namen „Koeppen" im vergangenen Jahre fortgesetzt Berichte über von ihm erdichtete Unglücksfälle an in Weißensee, Rixdorf und Charlottenburg erscheinende Zeitungen lieferte und sich bezahlen ließ. Wegen derartiger Betrügereien in Berlin wurde H. bereits im vergangenen Jahr zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Zu dem Unglücksfall in der Georgenkirchstraße 27, über den wir vorgestern berichtet haben, wird uns noch mitgetheilt, daß es nicht Frau Jankowski, sondern die im Erdgeschoß des Hauses wohnende Frau Boginska war, welche zuerst das Unglück gewahr geworden ist.

Wetter-Prognose für Freitag, den 14. Februar 1896.
Etwas kälteres, vielfach heiteres, zeitweise wolkiges Wetter mit mäßigen nordwestlichen Winden, keine oder unerhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Kunst und Wissenschaft.

Leopold Jacoby. Wir werden ersucht, folgende Zuschrift zu veröffentlichen:

Mit dem Tode Leopold Jacoby's ist dessen literarischer Nachlaß, wie auch die Aufgabe einer Darstellung seines Lebens und Schaffens auf mich übergegangen. Ich richte daher an alle, die den Dichter persönlich kannten oder zu irgend einer Zeit mit ihm korrespondirten, die Bitte, mir auf sein Leben oder seine politischen, künstlerischen und philosophischen Anschauungen bezügliche Mittheilungen freundlich zur Verfügung stellen zu wollen. Von ganz besonderem Werthe sind mir Mittheilungen über die erste Lebensperiode Leopold Jacoby's (die Studienzeit in Marburg und Berlin, die Thätigkeit als Parlamentsstenograph bis zur Uebersiedelung nach Commacchio und Triest 1877). Auch bitte ich im Interesse der Sache die Redaktionen aller Blätter, die nach dem am 20. Dezember 1895 erfolgten Tode des Dichters Nekrologe brachten, mir je zwei der betreffenden Nummern gefl. zur Verfügung stellen zu wollen.

Etwa eingesandte Originalbriefe werde ich auf Wunsch der Besitzer derselben nach genommener Abschrift sofort ihnen wieder zuschicken.

Im voraus allen, die mich auf die eine oder andere Art bei der Lösung meiner Aufgabe unterstützen, herzlichen Dank.
Emil Hauth, Schriftsteller. Zürich-Riesbach, Holbeinstr. 31.
Die Parteipresse wird um Abdruck ersucht.

Der Nordpol entdeckt? Aus Petersburg bringt Wolff's Telegraphen-Bureau eine bestimmt gehaltene Meldung, die, wenn sie sich bestätigen sollte, das Jahr 1896 zu einem der ruhmvollsten in der Geschichte der Entdeckungsreisen machen würde. Die Depesche lautet:

Nach einem Telegramm aus Irkutsk hat der Lieferant des Nordpolfahrers Nansen, Kaufmann Kaichnarew, den Präfekten in Kolymsk (Nordsibirien) wissen lassen, daß Nansen den Pol erreicht, Land entdeckt habe und zurückkehre.

Unter dem Kolymsk, das diese hocherfreuliche, leider so knappe Meldung nennt, dürfte Nischne Kolymsk (Nieder-K.) zu verstehen sein, ein Ort von etwa 400 Bewohnern unweit der Mündung der Kolyma in das nördliche Eismeer (etwa 69 Gr. n. Br., 162 Gr. östl. L.). Es giebt noch ein Sredne Kolymsk (Mittel-K.), eine Stadt und Festung am Mittellaufe der Kolyma. Da die Meldung nicht erwähnt, daß die Rückkehr Nansen's bereits erfolgt sei, so darf man aus ihr nur schließen, daß auf irgend eine Weise (Brieftauben, Flaschenpost, Ballon) eine Nachricht von der Expedition an die Küste Ostsibiriens gelangt sei. — Die letzte Nachricht von Nansen selbst, die nach Europa gelangt ist, datirt vom 3. August 1893; er segelte an diesem Tage aus der Jugorstraße, um längs der Küste Sibirien bis zur Mündung des Olenek im Westen der neusibirischen Inseln vorzudringen und sich dann nordwärts zu wenden. Die Meeresströmung, die einst die Hose des Matrosen der „Jeannette" an die Ostküste Grönlands trieb, sollte den „Fram" eben dahin führen. Die jetzige Meldung kommt also von einer Seite, die gerade entgegengesetzt ist der Richtung, in der Nansen seine Rückkehr erwartete. Die „N. A. Z." erinnert daran, daß die im Spätherbst vergangenen Jahres aus Grönland eingelaufene Meldung, daß man in einem im Westen Grönlands im Eis eingeschlossenen Schiffe den „Fram" zu erkennen glaube, mit sehr triftigen Gründen bezweifelt wurde.

Adolf Menzel ist von der Royal Academy of Arts in London zum auswärtigen Ehrenmitgliede ernannt worden.

Schiller-Theater. Fedor von Zobeltitz, Schauspiel „Ohne Geläut", welches seinerzeit am Lessing-Theater mit starkem Erfolge zur Aufführung kam, wurde von der Direktion des Schiller-Theaters erworben und geht an dieser Bühne Anfang nächster Woche in Szene. Die Hauptrollen werden von Fräulein Pauly und den Herren Patry, Bach und Pategg dargestellt. — Im Bürgersaale des Rathhauses findet Sonntag, den 16. d. M., auf vielfaches Verlangen „Franz Schubert-Abend" statt. Den Vortrag über den großen Tondichter hält Prof. Karl Krebs von der königlichen Hochschule für Musik. Ferner wirken an dem Abend mit die Damen Eugenie Reinhold und Johanna Süßna und die Herren Franz Harres und Julius Zarneckow. Die nächsten Dichterabende werden Paul Heyse und Franz Grillparzer gewidmet sein.

Vermischtes.

Aus Guayaquil wird vom Mittwoch berichtet: Durch eine heftige Feuersbrunst wurden hier vier Gebäudeblocks zerstört. Unter den niedergebrannten Bauten befinden sich das Konsulat von Peru und die Augustinerkirche. Der Schaden wird auf 4 000 000 Pesos geschätzt.

Briefkasten der Redaktion.

F. R. 100. Jo, z. B. im Zirkus Schumann.

Fachverein der Stellmacher
Berlins und der Umgegend.
Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10 Uhr, Rosenthalerstr. 57
Versammlung.
Vortrag des Herrn **J. Wollheim**, Chemiker, über: „Luft und Wasser." — Gewerkschaftliches. — Aufnahme neuer Mitglieder. — Laut Beschluß der letzten Versammlung werden die Versammlungen von jetzt an pünktlich eröffnet. 159/10 **Der Vorstand.**

Sonnabend, den 14. März, in **Leydecker's Festsälen,** Sophienstr. 34:
Grosser Wiener Maskenball
unter Mitwirkung des Gesangvereins **„Maienzweig"** (Stellmacher).
Billets à 50 Pf. sind im Verkehrslokal Elsasserstraße 9 und bei den Komiteemitgliedern zu haben. Um zahlreiche Betheiligung ersucht D. O.

Achtung! Schöneberg. Achtung!
Sonnabend, den 15. Februar, abends 7½ Uhr,
findet **bestimmt** eine
Große öffentliche Volks-Versammlung
für Männer und Frauen
in einem Saale der **Schloßbrauerei** statt.
Thema: Unsere örtlichen Verhältnisse mit Bezug auf die Gemeindewahlen. Um zahlreichen Besuch bittet **Der Einberufer.**

Glühwein-Extrakt,
hochfein, à Literflasche **1,30** M., 5 Literflaschen **6** M. inkl.
Punsch-Extrakt, Grog-Extrakt, à Ltrfl. **1,60** M., 5 Ltrfl. **7,50** M.
Ananas-Punsch, Burgunder-Punsch, à Literfl. **3,50** M.
Cognac fine Champagne, Orig.-Fl. ¾ Ltr. inkl. **3,50, 4,50, 5,50** M.
Echt Jamaica-Rum und Verschnitt, à Literfl. **2,10, 2,50, 3,10** M.
Rum No. 3, Imitation, à Literfl. **1,10** M., 5 Literfl. **5** M. inkl. [4187L*
Medicin. Ungarwein, ½ Ausbruch, beste Qualität, Ltrfl. **2,10,** 5 Fl. **9 25.**
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, ganz vorzügl., Ltrfl. **1,30** M.
Eugen Neumann & Co.
6a Belle-Alliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81.
3 Oranienstr. 3. 29 Genthinerstr. 29. Niederlage: **Potsdam. Waisenstr. 27**

Sophastoff-Reste
zu Bezügen ausreichend in **Phantasie, Rips, Damast, Crêpe, Gobelin, Moquette** und **Plüsch** sowie **Satteltaschen** spottbillig.
J. Adler
Teppich-Fabrik, M
Spandauerstraße 30
gegenüber dem Rathhause.

Berliner Ressource,
57. Kommandantenstr. 57.
Sonntag, den 29. März u. Sonnabend, den 11. April, sind frei geworden. 2669b

Restaurant Ph. Thomas,
Rixdorf, Bergstr. 162, fr. Schimkäse. Sonnabend, den 15. d. M., frische Blut- und Leberwurst, Thüringer und Zwiebelleberwurst. 2667b

Restaurant zu verm. Näheres beim Verwalter Graudenzerstr. 11. 2672b

Pat. Hand-Nähmaschine, gut nähend, verk. bill. Schulstr. 11, H. 2. Eing. 1 Tr. r.

Pianino, Bechstein, wenig gebraucht, sof. zu verkaufen Dittrich, Französischestr. 9. Event. Theilzahlung.

Thiele-Rolle, Mehl- u. Vorkost, Einrichtung u. Möbel fortzugsh. verkauft Alte Jakobstr. 120a, Butterhandlung.

Schlafsopha, Bettstelle, Matratzen, Kleiderspind, Wäschespind, Spiegelspind, Spiegel, Ausziehtisch, Stühle billig Reichenbergerstr. 160, v. I, Behring. *

Putbuserstraße 26 *
gesunde, kleine **Wohnungen** per sofort, auch zum 1. April 1896 bill. zu verm.

Möbl. Zimmer o. Schlafst. z. 15. Febr. oder 1. März z. v. b. Löchel, Grimmstraße 35, v. 3 Tr. l. 2662b

Arbeitsmarkt.
Achtung Metallarbeiter!
Der Streik bei der Patent-Hufeisen-Stollenfabrik von Leonhardt & Cie., Saarbrückerstr. 30, dauert unverändert fort. Zuzug ist fernzuhalten. 122/3

Nietmaschine. Mädchen, die Kartons nieten können, verl. Gutmann u. Meyer, Mendelssohnstr. 2.

Farbigmacher werden verl. 2665b
Hugo Naucke u. Ko.

Ein Silberarbeiter auf Messerschalen wird gesucht Sebastianstr. 84.

Farbigmacher verl. Kottbuserstr. 17, H.

Tüchtige Schraubendreher verlangt **Rühle,** Kopischstr. 1. 2670b

Polit. Vergolder verl. Wasserthorstr. 29.

Glasschleifer v. Heckert, Prinzenstr. 32. *

Modistin, auch für Kinderkleider, empf. sich in und außer dem Hause
2661b Hammer, Admiralstr. 25.

Barockvergolder auf Leisten verl. Kottbuser-Ufer 32. 2645b

Einem Theil der heutigen Auflage unseres Blattes liegt ein Prospekt der Firma **L. Hirschweh, Landsbergerstraße 21,** bei.

Buchhandlung des „Vorwärts"
Berlin SW., Beuthstrasse 2.
Zweierlei Recht.
Die Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechts vor dem Reichstag.
Preis 10 Pfennige. Porto 3 Pfennige.
Für Vereine und Gewerkschaften
haben wir, um weiteste Verbreitung zu ermöglichen, eine
Agitationsausgabe zur Massenverbreitung
herstellen lassen.
Preis pro 1000 Exemplare 20 M.

4398L*
Zur März- und Maifeier
empfehle den verehrl. Arbeiter-Gesangvereinen meinen reichhaltigen Verlag von **Männer- und gemischten Chören** mit und ohne Orchester. Die besten Dichtungen in vorzüglicher Betonung und gewaltiger, zündender Wirkung. Kataloge franko. Ansichtsendung bereitwilligst. Billigste Preise.
J. Günther, Musik-Verlag und -Handlung, Dresden, Ziegelstrasse 24.

Die Mehl- u. Colonialwaaren-Handlung
H. Bartsch, Hauptgeschäft: **Manteuffel-Straße Nr. 89.**
2. Gesch.: Markth. Eisenbahn- u. Pücklerstr., St. 213/214.
3. Gesch.: Markthalle Buckowerstr. u. Luisen-Ufer, St. 229,
offerirt heute:

Bestes Weizenmehl	1 Pfd.	18	Pf.,	5 Pfd.	60	Pf.,	1/16	75 Pf.
Kaiserauszug mit Weizenmehl	„	15	„	„	70	„	„	88 „
Kaiserauszug, rein	„	16	„	„	75	„	„	95 „
Wiener Mehl, aus den renommirt. ungarischen Mühlen bezogen	„	19	„	„	90	„	„	1,13 „
Roggenmehl I, zur Suppe	„	14	„	„	65	„	„	75 „
do. II, Brotmehl	„	13	„	„	60	„	„	70 „
Hafermehl	„	25	„	„	1,20	„		
Gerstenmehl, feinstes	„	15	„	„	70	„		
Erbsenmehl	„	20	„	„	95	„		
Bohnenmehl	„	24	„	„	1,15	„		

Die Mehle werden sauber gesiebt und passend gemischt, wodurch die Backfähigkeit eine außerordentlich große wird.
Die Waare in jeder Quantität sende auch mit Gespann frei Haus und liegt jeder Sendung eine frankirte Bestellkarte bei.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey,** Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 38. Freitag, den 14. Februar 1896. 13. Jahrg.

Zur Lage der Landarbeiter.

Die Landarbeiterfrage beschäftigt die deutschen Großgrundbesitzer in steigendem Maße. Es ist ihnen ein großes Aergerniß, daß die Landarbeiter nicht mehr wie früher die willigen, sich alles gefallen lassenden „Knechte“ sind, sondern trotz der herrlichen Gesinde-Ordnungen gegen das Recht auf Prügel protestiren, indem sie den Staub der heimathlichen Scholle von den Füßen schütteln und nur dort Arbeit nehmen, wo sie auch genügend bezahlt und menschlich behandelt werden.

Daher allgemeines Jammern über die „Landflucht“ der Arbeiter nicht nur nach den Städten, sondern von den besonders mit Knutengeist gesegneten ostelbischen Gefilden nach Gegenden, in denen die Selbstherrlichkeit der adligen und bürgerlichen Agrarier schon menschlicheren Gepflogenheiten hat Platz machen müssen. Wir haben bereits in Nr. 299 des „Vorwärts“ vom 22. Dezember 1895 darauf hingewiesen, wie in Nr. 87 der „Deutschen Landwirthschaftlichen Presse“ vom 30. Oktober 1895 ein Rittergutsbesitzer Dr. W. L. in Posen vorgeschlagen hatte, chinesische Arbeiter in Deutschland einzuführen, und zwar mit der Begründung, durch diese Kuli-Einfuhr „die heimischen Landarbeiter zu überzeugen, daß wir (die Rittergutsbesitzer) nicht von ihrer Laune abhängig sind und nach Wunsch Ersatz finden können“. Dr. W. L. war dabei so freundlich, die Beihilfe des Staats zur Anwerbung solcher chinesischer Arbeiter in Anspruch nehmen zu wollen, und erklärte, er fordere diese Kuli-Einfuhr aus „moralischen Gründen, die in der unzweifelhaften Rückwirkung auf unsere heimischen Landarbeiter liegen.“

Dieser Vorschlag ging verschiedenen Gutsbesitzern und Gutsverwaltern doch zu weit; sie wiesen ihn zurück, nicht ohne mehr oder minder offen ihre Angst vor der Sozialdemokratie, die solche Vorschläge bei den Wahlen ausnutzen würde, zu verrathen.

Neuerdings (in Nr. 4 der „Deutschen Landwirthschaftlichen Presse“ vom 15. Januar 1896) wendet sich ein Herr Pr. in Pommern ebenfalls gegen den Vorschlag des Posenschen Rittergutsbesitzers, besonders aus „praktischen“ Gründen. Dabei macht er Mittheilungen und Vorschläge, die ein scharfes Streiflicht auf die ländlichen Verhältnisse werfen und für unsere Landagitation beachtenswerth sind.

Die Kulis hält er für die dauernde Landarbeit körperlich zu schwach und die „moralische Rückwirkung auf die heimischen Landarbeiter“ faßt er in einer dem Dr. W. L. entgegengesetzten Weise auf. Er erklärt, daß die „Sachsengängerei das patriarchalische Verhältniß“ zerstöre. „Alte eingesessene tüchtige Instfamilien machen Wanderfamilien Platz, deren Interesse nicht mehr dem Lande angehört, sondern die ihren Sinn längst der Stadt zugewandt haben, welchem Drange sie auch bei erster bester Gelegenheit nachgeben und dorthin abwandern.“ Die Einführung von Kulis würde „eine Landflucht unserer heimischen Arbeiter zur Folge haben“.

Dr. W. L. hatte geschrieben, er wünsche die Kulis nur so lange, „bis unsere heimischen Arbeiter zu besserem Verstande gekommen sind“.

Herr Pr. in Pommern zeigt dagegen, daß dies gar nicht mehr nothwendig sei, da sie bereits zu besserem Verstande gekommen seien. Er sagt:

„Ich kann aus Zuckerrübenbau-Gegenden Westpreußens, wo das Arbeiten mit Sachsengängern zu Hause ist, die Thatsache mittheilen, daß bei der letzten Reichstagswahl verhältnißmäßig viele Stimmen in Arbeiterkreisen (von Instleuten) für den Sozialdemokraten abgegeben sind zum großen Erstaunen der Besitzer und wo man es gar nicht erwartet hat. Das ist ein Zeichen der Zeit, welches man nicht unbeachtet vorübergehen lassen darf. Zu solchem „Verstande“ kommen die Landarbeiter und keinem anderen. Durch Konkurrenz von Chinesen als Arbeiter würden sie hartnäckig werden und nur darauf warten, sich als Kerntruppe in die Reihen der Sozialdemokratie eingliedern zu lassen. Der von der Scholle einmal losgelöste Landarbeiter, ebenso die „Wanderfamilie“, unterscheiden sich in ihrer Denkungsart kaum noch in etwas vom Industriearbeiter.“

Dieses Zugeständniß verdient festgenagelt und den Landarbeitern zur Kenntniß gebracht zu werden.

Nur die Furcht vor der Sozialdemokratie ist es, welche die profitsüchtigen Großgrundbesitzer abhält, Kulis einzuführen! Ohne die Sozialdemokratie würden die Landarbeiter also dieser schmählichen Konkurrenz unterworfen und dem unlautersten Wettbewerb preisgegeben sein!

Wahrlich — die Landarbeiter haben also alle Ursache, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, und sie werden dies auch, wie dies ja Herr Pr. zugiebt. Eine feine Ironie des Schicksals ist dabei, daß nicht die Stützen von Thron und Altar es sind, welche den Kampf für „die heiligsten Güter der Nation“ gegen „Asiatenhorden“ führen, sondern wir Sozialdemokraten!

Knacksuß, wie wird Dir?!

Herr Pr. hat aber auch „positive“ Mittel, um den armen — Gutsbesitzern zu helfen. Er will „den Wanderzug vom Lande eindämmen“, die Sachsengängerei beseitigen, und zwar dadurch, daß er die Losung ertheilt: „Gebt euren Arbeitern ein Stück Land zur eigenen Bewirthschaftung!“

Die Maske der Menschenfreundlichkeit wird also ganz ruhig abgenommen; nicht um des Arbeiters willen sollen diese einen Landbesitz erhalten, sondern um einen seßhaften Stamm von Leuten für den Gutsbesitzer zu schaffen! Die Bewirthschaftung des eigenen Landes soll der Arbeiter der Frau und den Kindern überlassen, „ab und zu soll er auch einen Tag bewilligt“ erhalten, aber er muß täglich zur Arbeit auf dem Gutshofe erscheinen.

Also der Hörige in moderner Form! Die Gespannarbeit auf dem Arbeiterland (3—6 Morgen) soll der Gutsbesitzer gegen Entgelt ausführen, für das Land hat der Instmann die ortsübliche Pacht zu bezahlen — kurz, die kapitalistische Abhängigkeit in schärfster Art. Denn sobald der Arbeiter durch Ueberarbeit das Stückchen Land kultivirt, sich auch, wie Herr Pr. es wünscht, auf die Viehzucht geworfen hat, ist er mit tausend Fäden, die zu stärksten Ketten werden, an seine Scholle gefesselt — und die Höhe des Lohnes, des Pachtgeldes, des Entgelts für Gespannleistung, der Strafen, die Länge der Arbeitszeit, die Kürze der Pausen u. s. w. bestimmt in unumschränkter Vollmacht der Herr Gutsbesitzer!

Das irische Knechtungssystem in Deutschland!

Herr Pr. schildert auch sein Ideal von Landarbeiter! Ihm ist einer bekannt, der viel Pachtacker besitzt und während der Sommermonate bereits um 3—4 Uhr morgens auf seinem Lande thätig ist (Abmähen von Korn, Reinigen der Kartoffeln) und vom Frühstück an auf den Hof zu seinem Herrn in Arbeit geht!

Armer deutscher Kuli! Wie sollst du abgerackert werden, damit der „Herr“ recht viel verdient! Und damit dieser ja nicht etwa Schaden leide, wenn der Arbeiter, ermüdet von der Arbeit auf seiner Scholle, zum gnädigen Herrn kommt, schlägt der schlaue Pommer vor, die „Zahlung des Baarlohnes zweckmäßig durch Umwandlung in Akkordlohn besonders während der Getreide-Ernte ersetzen zu lassen“. Jede Ermüdung wirkt also als Lohnverminderung! Der „Herr“ erleidet nicht den geringsten Schaden!

Der pommersche Arbeiterfreund denkt aber auch daran, wie man den Arbeiter, der zum 1. Oktober weggehen will, weil er sieht, wie er nun doppelt und dreifach ausgebeutet wird, aufs neue fesseln kann. In den Pachtvertrag soll die Bestimmung kommen, „damit im Falle der Kündigung unreell denkenden Arbeitern die Gelegenheit entzogen wird, die Pachtwirthschaft zu devastiren, und sich so auf Kosten des Besitzers zu bereichern, daß der abziehende Instmann keine Naturalien, außer den ihm eigenthümlich gehörenden mitnehmen darf und daß er am Kündigungstermin, am 1. Juli, — also vor der Ernte — die ganze Pachtung in die Hände des Herrn zurückgiebt!“ Was ferner der Instmann im ersten Jahre als Vorschuß vom Besitzer an Saatgut, Deputat, erhalten hat, soll er „sachgemäß“ beim Abzuge wieder herausgeben, für geleistete Handarbeit, künstlichen Dünger soll er „entschädigt“ werden.

Eine „unreellere“ Art des Vorgehens gegen den besitzlosen Landarbeiter seitens des Besitzenden ist wohl kaum noch möglich! Man bedenke nur, daß letzterer es völlig in seiner Hand hat, die Entschädigungen u. s. w. festzusetzen!

Herr Pr. empfiehlt sein Ausbeutungssystem den Gutsbesitzern auf das dringendste; er meint, das alte patriarchalische Instverhältniß sei dahin, es müßten neue Formen gefunden werden, bei denen „der ganze Stand der Landarbeiter als gleichberechtigtes Glied der Gesellschaft eingereiht wird“.

Stimmt ganz genau! Die neue Form der Sklaverei für den Arbeiter ist die kapitalistische, die jenen dem Buchstaben der Gesetze nach zwar als gleichen Stand bezeichnet, ihn aber in die der alten Hörigkeit völlig gleichwerthige Abhängigkeit als Lohnsklaven und Pachtsklaven bringt, so daß er nach wie vor ein gefügiges Ausbeutungsobjekt der Besitzenden bleibt!

Das System des Herrn Pr. ist ganz schlau ausgeklügelt, wenn auch nicht ganz neu. Aber seine Rechnung hat einen Fehler — er hat die Sozialdemokratie vergessen. Sie wird dafür sorgen, daß die Landarbeiter zu dem von Herrn Pr. und seinen Profitgenossen so gefürchteten „Verstande“ kommen und die Kerntruppe im sozialen Befreiungskampfe werden! Auch die Vorschläge des Herrn Pr. sollen dazu beitragen, die Landarbeiter so „verständig“ zu machen. Wir wollen für ihre Verbreitung in Landarbeiterkreisen eifrig Sorge tragen. —

Soziale Rechtspflege.

Gewerbegericht. Das Aussetzen der Arbeit ist einer der vielen Uebelstände, mit denen vornehmlich die Arbeiter auf Schwindelbauten zu rechnen haben. Sowie dem an sich zahlungsunfähigen „Unternehmer“ vom Geldgeber, der Bank 2c. nicht getraut wird, sowie er seinen Verpflichtungen gegenüber dritten nicht nachkommt oder sonst etwas nicht klappt, bleibt der Bau liegen und die Arbeiter werden vertröstet, daß es bald wieder „weitergehen werde“. Wenn dieselben nun in der Annahme, es werde nach ein paar Tagen alles wieder „im Loth“ sein, ruhig warten, wird ihre Geduld häufig hart auf die Probe gestellt, und schließlich wenden sie sich an das Gewerbegericht mit Entschädigungsansprüchen. Mit einem derartigen Falle hatte sich dieser Tage die Kammer III zu beschäftigen. Der „Bauherr“ Reimann hatte es sich gefallen lassen müssen, daß seine Gläubiger unter den Handwerkern, die bei dem in Frage stehenden Bau betheiligt waren, ihm die geschäftliche Leitung des Baues aus der Hand nahmen. Einem Fabrikbesitzer Drawe als ihrem Vertreter wurden die Baugelder zedirt. Reimann hatte sich jedoch hierauf nicht mehr um den Bau gekümmert, die Bank verweigerte weitere Zahlungen und der Bau mußte „liegen bleiben“. Den Klägern wurde gesagt, sie müßten vorläufig aussetzen, die Sache werde sich schon regeln. Die Regelung ließ aber lange auf sich warten, und die Kläger beschritten den Klageweg, indem sie die Wartezeit entschädigt verlangten. Das Gericht indessen wies die Klage mit der Begründung ab, daß die Kläger sich ohne Vorbehalt hätten vertrösten lassen, sei so gut wie ein direktes Einverständniß mit dem Aussetzen.

Von der Erfüllung eines Akkordvertrages entbinde nicht der Ausschluß der Kündigungsfrist. Diesen Einwand erhob der Inhaber einer Metallwaarenfabrik gegen die Lohnrestforderung zweier Mechaniker. Das Gericht verurtheilte jedoch die Beklagte zur Zahlung des geforderten Restlohns, indem es den Standpunkt einnahm, die Arbeitsniederlegung vor Fertigstellung des übernommenen Akkords sei dann nicht als Vertragsbruch aufzufassen, wenn die gesetzliche Kündigungsfrist allgemein ausgeschlossen sei.

Um die Bezahlung sogenannten Ausschusses drehte sich ein Rechtsstreit, den der Former Z. gegen die Firma Rössemann u. Kühnemann führte. Es war ihm die Bezahlung mehrerer Pulsometer verweigert worden, die er nunmehr im Wege der Klage zu erkämpfen suchte, unter der Begründung, daß er am Mißlingen der Arbeit keine Schuld trage. Von den drei vernommenen Zeugen, worunter sich der Werkmeister befand, wurde bekundet, daß sich beim Gußausschuß nicht näher bestimmen lasse, ob ein Arbeitsfehler begangen sei. Auch im vorliegenden Falle ließ sich der Beweis nicht erbringen, trotzdem wurde der Kläger abgewiesen. Maßgebend für das Urtheil war die Feststellung, daß jeder „Akkordzettel“ die Sätze enthalte: „Der Former übernimmt die Garantie für guten Guß“, und: „Ausschußstücke werden vom Former ohne Vergütigung ersetzt“.

Gerichts-Zeitung.

Ein Proletarier-Weihnachten. Eine traurige Weihnachtsgeschichte wurde gestern von einer wegen Diebstahls angeklagten Arbeiterfrau unter Thränen dem Schöffengerichte mitgetheilt und die Erzählung machte in ihrer Einfachheit sichtlichen Eindruck auf den Gerichtshof. Frau R. ist die bis jetzt völlig unbescholtene Frau eines Formers. In ihrer Häuslichkeit sah es zur Weihnachtszeit recht traurig aus: der Mann ohne dauernde Arbeit, von den sieben Kindern das jüngste krank, Noth und Elend ein ständiger Gast -- was Wunder, daß das schöne Lied von der „fröhlichen“ Weihnachtszeit in diesen Räumen keinen Wiederhall fand. Es war am Abende vor Weihnachten, als die Frau bekümmerten und wehmüthigen Herzens durch die hell erleuchteten Straßen schlich. Der Strahlenglanz, welcher von den prächtig ausgestatteten Schaufenstern aus den Bürgersteig beleuchtete, verdüsterte ihr Herz immer mehr, denn sie dachte daran, daß bei all dem Glanze um sie her es ihr noch nicht möglich gewesen sei, auch nur einem ihrer Kinder eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Halb im Traum war sie vor dem großen Wertheim'schen Verkaufsladen in der Oranienstraße angelangt, lange betrachtete sie die in den Schaufenstern in buntem Durcheinander ausgelegten Kostbarkeiten, dann trat sie plötzlich mit kühnem Entschluß in den Laden. Da fluthete die kauflustige Menge hin und her und niemand achtete des blassen Weibes, welches mit einem Korbe am Arm sich ziellos von dem Menschenstrome treiben ließ. Als sie nach einiger Zeit das Geschäft wieder verlassen wollte, wurde sie angehalten, da bemerkt worden war, daß sie mehrere ungekaufte Gegenstände in ihrem Korb hatte verschwinden lassen. Es fand sich in dem Korbe denn auch wirklich ein kleines Spielwaaren-Lager, bestehend aus Blechtrompeten, einem Gummiball, allerlei Schmucksachen u. dergl. vor. Die Frau hatte der Versuchung nicht widerstehen können, auf dem Wege des Diebstahls einige Christgeschenke für ihre Kinder sich zu verschaffen. Sie gestand ihr Vergehen ohne weiteres zu und versicherte dem Gerichtshofe, daß sie selbst nicht wisse, wie sie dazu gekommen sei. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die ganze Sachlage selbst das niedrigste Strafmaß von einem Tage Gefängniß, auf welches der Gerichtshof auch erkannte. Der Vorsitzende erklärte, daß er sich nach den Verhältnissen der Angeklagten erkundigen und — falls ihre Angaben sich bestätigen sollten — ein Gnadengesuch befürworten wolle.

Soziale Uebersicht.

Konzentration des Kapitals. Die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schückert u. Comp. in Nürnberg hat in ihrer Generalversammlung vor einigen Tagen beschlossen, das Aktienkapital auf 18 Millionen Mark zu erhöhen. Die Zahl der Aktiengesellschaften in Nürnberg betrug 1890 18, gegenwärtig 26.

„Gegen die Errichtung weiterer Gewerbegerichte in Württemberg“ betitelt sich ein Leitartikel des nationalliberalen „Schwäbischen Merkurs“, worin nachzuweisen versucht wird, daß, dank der unermüdlichen Agitation der sozialdemokratischen Partei, so viele Gewerbegerichte „unnöthigerweise“ errichtet wurden, daß ein Bedürfniß für weitere Gewerbegerichte dermalen nicht anzuerkennen sei und daß der Nutzen der Gerichte zu den Kosten und „Umständlichkeiten“ ihrer Organisation und ihrer Unterhaltung nicht entfernt im Verhältniß stände. Weiter habe sich in Württemberg die „Ueberflüssigkeit“ einer Reihe von Gewerbegerichten ergeben. —

Aus diesem unvernünftigen Gerede geht lediglich hervor, daß die Gewerbegerichte den zum „Schwäbischen Merkur“ in Beziehung stehenden nationalliberalen Fabrikanten Württembergs ein Dorn im Auge sind. Die Arbeiter wissen, welch großen Nutzen sie von den Gewerbegerichten haben. Und darauf, nicht auf das, was die nationalliberalen Volksausbeuter meinen, kommt es an.

Gewerkschaftliches.

Der Streik der an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter Berlins dauert fort, da die Unternehmer, mit welchen auf deren Wunsch Verhandlungen gepflogen wurden, nur 9½stündige Arbeitszeit an Stelle des geforderten Neunstundentages und sonst überhaupt nichts bewilligen wollten. Die von diesen Unternehmern beschäftigte Arbeiterzahl beträgt ca. 900.

Bewilligt haben bis jetzt 16 Unternehmer mit ca. 120 Arbeitern.

Das Streikkomitee hat auf Ersuchen des Gewerbegerichts sich bereit erklärt, vor dem Einigungsamt in Verhandlungen mit den Unternehmern einzutreten.

In Leipzig haben die Stuckateure (Ansetzer) der Firma Sturm u. Fischer, Braustraße, wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt.

Zwei große Bergarbeiter-Versammlungen im Grubenbezirk Karwin, dem Schauplatz des seinerzeit viel besprochenen schrecklichen Grubenunglücks, beschlossen, daß nach ordnungsmäßiger 14tägiger Kündigung am 24. Februar auf allen Gruben jenes Bezirks die Arbeit eingestellt werden soll, wenn die vorgekommene Maßregelung von Bergleuten bis dahin nicht rückgängig gemacht ist.

In Pforzheim sind die Arbeiter der Ww. Storz'schen Schuhfabrik in den Streik getreten.

Die Wiener Schmiedemeister haben den Beschluß, ihre Gesellen auszusperren, verwirklicht, obgleich dieser Beschluß von der Behörde für ungesetzlich erklärt worden ist. Bis zum Dienstag waren infolge dieser brutalen Maßregel über 400 Schmiedegesellen arbeitslos. In einer Versammlung am Dienstag faßten die Meister über die Forderungen der Gesellen folgende Beschlüsse: Der geforderte zehnstündige Arbeitszeit — von 7 Uhr früh bis einschließlich 12 Uhr mittags und von 1 Uhr nachmittags bis 6 Uhr abends — sei durchführbar, doch könne auf eine halbstündige Frühstückspause am Vormittag nicht eingegangen werden. Dagegen sei den Gehilfen soviel Zeit einzuräumen, als sie zum Frühstück benöthigen. Die Forderung, jenen Gesellen, die an Sonntagen am Vormittag zum Zwecke der Verrichtung dringender Arbeiten von 8 bis 11 Uhr Inspektion halten, als Entschädigung einen Gulden zu bezahlen, sei insofern „unannehmbar“, als es jedem einzelnen Meister überlassen bleiben müsse, nach dieser Richtung mit jedem einzelnen Gesellen ein „freies Uebereinkommen“ zu treffen. Die Nachmittage am Fasching-Dienstag, am Char-Sonnabend und am heiligen Abend freizugeben und zu bezahlen, sei diskutabel, aber hinsichtlich des ganzen Tages am 1. Mai und am Sonnabend vor Pfingsten sei es unmöglich, diese Tage freizugeben. Hingegen könne das Verlangen, nur am Sonnabend Abend das Dienstverhältniß zu kündigen und zu lösen, als akzeptabel bezeichnet werden. Der Forderung, daß die Werkzeuge für den Beschlag dem Gesellen vom Meister beizustellen seien und der Geselle dafür nicht haftbar sein soll, könne nur dahin Rechnung getragen werden, daß der Geselle nur bedingt haftbar gemacht werden soll. Was die Abschaffung von Kost und Logis bei dem Meister anlange, so seien die Herren gern bereit, diese Forderung zu bewilligen, ja noch weiter zu gehen, jenen Gesellen, die auf ein Bett beim Meister reflektiren, soweit eines frei ist, auf Widerruf ein solches gratis zur Verfügung zu stellen. Dem Verlangen, die Lehrjungen am Vormittag und am Nachmittag je einmal um Eßwaaren zu senden, könne nicht stattgegeben werden, da nach einer Rücksprache mit dem Gewerbe-Inspektor der Lehrjunge zur Erlernung des Geschäftes und nicht zum Herumschicken da sei. Dagegen werde den Lehrjungen das einmalige Verlassen der Werkstätte am Vor- und Nachmittag gestattet. Hinsichtlich der Forderung der Gesellen nach Einführung eines Minimal-Wochenlohnes von 11 fl. für Jungschmiede, 13 fl. für Beschlagschmiede, 15 fl. für Feuerburschen und 16 fl. für Altgesellen, sowie der Uebergabe der Stellenvermittelung an die Gesellen wurde nur die Debatte eröffnet, aber kein Beschluß gefaßt, der erst in einer späteren Sitzung erfolgen wird. Doch wurde hinsichtlich des Minimallohnes, der jetzt bei Jungschmieden 8 fl. per Woche beträgt, betont, daß dies für ausgelernte junge und schwächliche Leute genug sei und diese sich nicht mehr verdienen. Ueberdies gebe es keine Normal-Arbeitsleistung, mithin könne auch ein Normalarbeitslohn nicht eingeführt werden. Betreffs der Arbeitsvermittelung wurde darauf hingewiesen, daß sich dieselbe einst in den Händen der Meister und der Gesellen gemeinsam befand und sich hierbei solche haltlosen Zustände herausgebildet hatten, daß die Gesellen es vorzogen, sich von derselben zurückzuziehen. Der Bericht über den „Streik der Meister“ lautete dahin, daß in allen neunzehn Be-

zirken mehr als 200 Meister „die Arbeit eingestellt" und etwa 400 Gesellen entlassen haben. Hierbei wurde betont, daß nur noch die größeren Werkstätten, die zehn bis zwölf Gesellen beschäftigen, arbeiten lassen, weil sie fürchten, ihren Kundenkreis zu verlieren. Dies sei jedoch nicht zu befürchten, da alle Schmiedemeister feierlichst gelobt haben, sich den Kundenkreis gegenseitig zu garantiren und von keiner fremden Kundschaft eine Arbeit anzunehmen. Endlich wurde beschlossen, an den Magistrat und an die Statthalterei eine Eingabe zu richten, um diesen Behörden die nöthige Klarheit über die „Nothwendigkeit" des Meisterstreiks zu verschaffen und den Akt der Selbsthilfe zu rechtfertigen. Zum Obmann des „Streikkomitees" wurde der Schmiedemeister Jakob Jellinek gewählt. Außerdem wurde das definitive „Streikkomitee" konstituirt und in dasselbe aus jedem Bezirk zwei Schmiedemeister berufen, die beauftragt sind, in ihren Bezirken für den Anschluß aller Schmiedemeister an den „Streik" zu agitiren.

Wie Wolff's Bureau meldet, ist am Mittwoch in einer Konferenz von Vertretern der Meister und der Gehilfen mit Ausnahme der Lohnfrage eine Einigung zu stande gekommen. Der Arbeitstag wurde auf 10 Stunden festgesetzt. Am Donnerstag sollten die Verhandlungen fortgesetzt werden. Es wird gehofft, daß man auch in der Lohnfrage sich einigen werde.

Versammlungen.

Eine gut besuchte Mitgliederversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer tagte am 6. Februar. Das Referat hatte Genosse Metzner übernommen, der über das Thema „Volksaufklärung und Klassenbewußtsein" sprach. Eine Diskussion über den gehörten Vortrag fand nicht statt und wurde zum zweiten Punkt, Abrechnung vom Weihnachtsvergnügen, übergegangen. Die Bilanz weist folgende Zusammenstellung auf: Einnahme 60 M., Ausgabe 55,35 M., Ueberschuß 4,65 M. In bezug auf die Stellung der Maurer zur Lohnbewegung der Zimmerer faßte die Versammlung folgenden Beschluß: „Die Maurer verpflichten sich, die Zimmerer in ihrem Kampfe zu unterstützen. Ferner wird jeder Maurer darauf aufmerksam gemacht, sich nicht zum Balken hochbringen oder einer anderen Arbeit, wodurch der Streik der Zimmerer in die Länge gezogen wird, verwenden zu lassen." Von einem Redner wird sodann mitgetheilt, daß auf dem Bau in der Marienburgerstr. 16, dem Maurermeister Kunze gehörig, keine Baubude vorhanden ist. Die Arbeiter müssen ihre Kleidungsstücke der Witterungsunbill, dem Staub und Schmutz aussetzen. Der Lohn wird in einem Lokale ausgezahlt und somit die Arbeiter indirekt gezwungen, dort auch ihr Geld zu verzehren.

Die Möbelpolirer hielten am Montag, den 10. d. M., bei Krantz, Badstraße, eine öffentliche Versammlung ab. Die Tagesordnung lautete: „Unsere Lohnbewegung". Der Vorsitzende Weber gab eine kurze Einleitung zu dem Thema. Redner schilderte besonders die traurige Lage der Polirerinnen, die, nach den Darlegungen des Redners einen Verdienst von höchstens 5—6 M. pro Woche erzielen können. Kluge besprach den von der Kommission ausgearbeiteten Tarif, mit welchem sich die Versammlung einverstanden erklärte. Otto bat um eine recht rege Verbreitung jener so ungerechten Maßregelung der in der Nähmaschinenfabrik von Just, Blumenstraße, beschäftigten Arbeiter. Wie Redner mittheilt, ist den Polirern dort ein Abzug zugemuthet, der entschieden abgelehnt werden mußte, weshalb die Arbeit niedergelegt wurde. Nachdem der Vorsitzende aufgefordert hatte, zahlreich dem Verband beizutreten, ging die zahlreich besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die Lohnbewegung auseinander.

In einer sehr gut besuchten Versammlung der Allgemeinen Arbeiter und Arbeiterinnen, die am Dienstag bei Henke, Naunynstraße, tagte, sollte Genosse Singer referiren. Da derselbe, durch eine Sitzung der Stadtverordneten-Fraktion verhindert, um 9½ Uhr noch nicht anwesend war, wurde zuerst der Punkt „Verschiedenes" behandelt. Mehrere Redner schilderten die Zustände in der Berliner Velvetfabrik und in der Anilinfabrik in Treptow, wobei namentlich über unangemessene Behandlung der Arbeiter durch manche ihrer Vorgesetzten geklagt und darauf hingewiesen wurde, daß nur durch eine gute Organisation diese sowie andere Mißstände, unter denen die Arbeiter leiden, bekämpft werden können. Ein Antrag, Singer aufzufordern, das Versäumte in einer anderen Versammlung nachzuholen, wurde angenommen. Nach Annahme einer Resolution, die die ungelernten Arbeiter und Arbeiterinnen zum Anschluß an den Verein auffordert, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Bewegung dieser Arbeiter und Arbeiterinnen geschlossen.

Eine imposante öffentliche Bildhauer-Versammlung tagte am Mittwoch Abend in Joel's Saal, in der Genosse Keßler eingehend über „die Stellung der Arbeiter in der heutigen Wirthschaftsordnung" referirte. Der Vortrag fand ungetheilten Beifall und wurde von einer Diskussion Abstand genommen. Zum nächsten Punkt: „Sind die Bildhauer gewillt, in Verbindung mit den Forderungen der Tischler die alten Forderungen: Einführung der 8½stündigen Arbeitszeit und Lohnarbeit von neuem jetzt zu stellen?" führt Dupont an, daß es unrathsam erscheine, daß die Holzbildhauer, die bei der Bewegung der Tischler ebenso wie Drechsler und Möbelpolirer in Mitleidenschaft gezogen werden, die alten Forderungen jetzt wieder aufnehmen wollen. Vor allem sei nicht zu übersehen, daß die Hälfte der Holzbildhauer außerhalb der Organisation stehe, übrigens halte er die augenblicklich günstige Konjunktur in der Holzbranche nicht für angethan, um auch für die Holzbildhauer dabei etwas herauszuschlagen; die Forderungen der Tischler und Holzbildhauer seien nicht dieselben und in solchem Falle hält er für gut, wenn gelegentlich einer Bewegung eine betheiligte Branche, wie hier die Holzbildhauer, sich passiv verhält. Redner appellirt hierauf an die Anwesenden, schon jetzt, also vor dem Streik, der eventuell eintreten könne, sich rege an Sammlungen zu betheiligen, um gewappnet zu sein; die Bewegung der Holzarbeiter ersucht er in diesem Falle Gewehr bei Fuß abzuwarten und moralisch und finanziell zu unterstützen. Redner schlägt der Versammlung folgende Resolution zur Annahme vor: Die Versammlung empfiehlt den Holzbildhauern Berlins im Falle des Ausbruchs eines Holzarbeiter-Streiks absolutes Abwarten während der Dauer des Streiks. Um jedoch zu einem eigenen Vorgehen zwecks allgemeiner Durchführung der alten Forderung: Einführung der Lohnarbeit bei einer 8½stündigen Arbeitszeit gut gerüstet zu sein, verpflichten sich die Anwesenden, alle Kollegen der Holzbranche, die dem Zentralverein der Bildhauer Deutschlands noch nicht angehören, demselben zuzuführen, da nur durch einen straffen Zusammenschluß Erfolge zu erringen sind. Stein (Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter) führt an, daß seiner Branche der Vorwurf gemacht werde, die betheiligten Branchen — als Tischler, Drechsler, Möbelpolirer und Holzbildhauer — mit ihrem Vorgehen betreffs der jetzigen Bewegung überrumpelt zu haben; es treffe dies aber keineswegs zu, man habe alle Betheiligten früh genug unterrichtet. Nachdem er die Forderungen seiner Kollegen genau präzisirt, ersucht er die Anwesenden, die Bewegung seiner Branche moralisch und finanziell zu unterstützen, der Geist unter den Ausständigen sei ein allgemein guter und könne der Sieg nicht ausbleiben. Winkler wendet sich nun gegen den ersten Theil der vorliegenden Resolution. Das absolute Abwarten könne er nicht unterschreiben, es dürften die Arbeitgeber daraus den Schluß ziehen, es wollen die Bildhauer die derzeitigen Forderungen nicht wieder aufnehmen. Die allgemeine Bildhauerkonferenz zu Nürnberg habe ganz ausdrücklich die 8- und 8½stündige Arbeitszeit verlangt, und darum halte er für gut, bei gegebener Gelegenheit die Forderungen von 1889 wieder zu stellen. Redner stellte deshalb eine diesbezügliche Resolution. Die nachfolgenden Redner, die hauptsächlich das schädliche der Ueberstundenarbeit betonen, sprechen sich für die Resolution Dupont aus. Schwandt ist der Ansicht, daß die betheiligten Holzarbeiter durch das Vorgehen der Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter doch überrumpelt wurden, man hätte früher informiren sollen, um sodann geschlossen vorzugehen. Die Versammlung nimmt hierauf die Doupont'sche Resolution mit großer Mehrheit an und wird von der von Winkler gestellten nur folgender Passus angenommen: „Die Versammlung hält im Interesse der Aufbesserung der Arbeitsverhältnisse und der Lebenslage der Holzarbeiter die diesjährige Bewegung der Tischler und Berufsgenossen für durchaus nothwendig und nützlich." Des weiteren stimmt die Versammlung folgendem Antrage zu: „Das heutige Bureau wird beauftragt, in nächster Zeit eine gemeinschaftliche Versammlung der Prinzipale und Gehilfen zwecks Stellungnahme zur Angelegenheit der Holzbildhauer während der Holzarbeiterbewegung einzuberufen."

Der Bericht des Delegirten zur Gewerkschaftskommission soll der vorgerückten Zeit halber in nächster Versammlung gegeben werden. Als Revisor für den Vertrauensmann wurde Kripale gewählt und wurde die gutbesuchte Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Zu einem Protest gegen den Versuch der Lohndrückerei der Buchdrucker-Innung gestaltete sich die Vereinsversammlung der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schnellpressen, die am 12. Februar bei Bergner abgehalten wurde. Der Referent Massini unterwarf das Verhalten jener Innung hinsichtlich der Anstellung des weiblichen Hilfspersonals einer scharfen Kritik. In mehreren Sitzungen hätten sich die Herren mit der Frage befaßt, wie am besten weibliche Arbeitskräfte anzulernen und wie sie zu bezahlen seien. Daraus sei zu entnehmen, daß man beabsichtige, den Arbeitsmarkt zu erweitern, um die Löhne desto bequemer herabsetzen zu können. In letzterer Beziehung sei bezeichnend, daß die Innungsbrüder die Frage, „Wie sind die Anlegerinnen zu bezahlen?" schlankweg beantwortet hätten: „Mit nicht mehr wie 12 Mark". Dieser Satz sei aber der niedrigste, mit dem die Anlegerinnen jetzt rechneten. Mit der Anlernung von Arbeiterinnen habe die Innung übrigens schon begonnen, der Arbeitsnachweis des Herrn Freund erfreue sich deshalb seit einiger Zeit bei verschiedenen Firmen großer Beliebtheit. Redner legt dar, daß die bestehenden Lohnverhältnisse angesichts der zu verrichtenden Arbeit und sonstiger Umstände durchaus nicht mal als gute bezeichnet werden könnten. So seien schon derart, daß einer weiteren Verschlechterung auf jeden Fall vorgebeugt werden müsse. Um das aber thun zu können, müsse erst alles gethan werden, die Organisation zu stärken, welche sich von dem Schlage, den ihr der letzte Buchdruckerstreik beibrachte, noch nicht wieder ganz erholt habe. Zunächst wird es nöthig sein, die Arbeiterinnen über die drohende Gefahr aufmerksam zu machen. Es empfehle sich die Verbreitung eines entsprechenden Flugblattes, das zugleich zu einer demnächst einzuberufenden Versammlung einladet. In dem Blatte wären auch die sanitären Mißstände in den Druckereien zu beleuchten, gegen deren gesetzliche Abhilfe schon jetzt die Innungshelden Sturm liefen. Gegen diese, wie gegen die Bestrebungen der Lohndrückerei müsse schleunigst Protest eingelegt werden. (Lebhafter Beifall.) Die Vorsitzende empfahl namens des Vorstandes, dem Innungs-Vorstande einen Minimaltarif zu unterbreiten, und zwar als Minimallohn festzusetzen 16 M. für Punktirerinnen, 13 M. für Anlegerinnen und 8,50 M. für Bogenfängerinnen. Es sind das Löhne, wie sie vielfach schon gezahlt werden, ihre allgemeine Festlegung würde nur den schlechtest bezahlten Arbeiterinnen eine Lohnerhöhung von 1 M. bringen. — Nach lebhafter Debatte, in deren Verlauf sowohl ein Vertreter der Maschinenmeister wie ein solcher der Hilfsarbeiter die Unterstützung ihrer Kollegen zugesichert hatten, wurde beschlossen, im Sinne der Massini'schen Vorschläge vorzugehen. — Der Tarif soll noch weiter ausgearbeitet werden; er soll ganz speziell auch eine Regelung der Arbeitszeit vorsehen, doch nur insoweit, als die vielfach beliebte Umgehung der gesetzlichen Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen verhindert werden soll.

Wie behandeln die Metallindustriellen ihre Arbeiter? lautete das Thema, womit sich eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung der Arbeiter der Aktiengesellschaft Schäffer u. Walker am 12. Februar beschäftigte. Ein umfangreiches Material über die Zustände in genannter Fabrik stand dem Referenten Otto Näther zur Verfügung. Die Zahl der bei Schäffer u. Walker Beschäftigten beläuft sich auf 400 Arbeiter. Die Fabrik umfaßt 2 Schlossereien, 2 Gürtlereien, 2 Drehereien, 1 Klempnerei und Drückerei, 1 Formerei und Gießerei und 1 Bau-Abtheilung. Die Arbeitszeit ist eine 10stündige, die aber, ausgenommen in stiller Zeit, nie inne gehalten wird. Besonders trifft dies zu in der Gürtlerei, die unter der Leitung des Meisters Losse steht; hier wird bis zu 90 Stunden in einer Woche gearbeitet. Aus der Kasse, in die die Strafgelder fließen, werden sonderbarer Weise die Kosten für zerbrochene Fensterscheiben — soweit der Thäter nicht zu ermitteln war — entnommen. Die Firma hat zwar bestimmte Anordnungen getroffen, die Unfälle verhüten sollen, von der Existenz eines Verbandskastens weiß jedoch kein Arbeiter etwas. Durch Probiren von Petroleumlampen wird die Luft im Saal, der ohne Ventilation ist, derartig verpestet, daß die Fenster geöffnet werden müssen, wodurch wiederum unerträgliche Zugluft entsteht. Die Fenster selbst sind fast undurchsichtig vom Schmutz. Ebenfalls mangelhaft ist die Waschvorrichtung. Für 10 bis 15 Mann ist ein Bottich von ¾ Meter Durchmesser vorhanden. In der Klempnerei und Drückerei ist die Transmission so niedrig, daß die großen Riemenscheiben nur 1,90 Meter vom Erdboden entfernt sind. In diesem Raum stehen 7 Drückerbänke, 1 Bohrbank, 2 Bohrmaschinen und 14 Gaslöthöfen. Oft wird in dem Raum auch noch verzinnt, die dazu benutzte Salzsäure entwickelt fürchterlichen Dunst. Zinn und Kolophonium zum Biegen der Röhren wird ebenfalls in demselben Raum geschmolzen. Nach der Prozedur des Biegens wird die Ausschmelzung im Raume wieder vorgenommen. Für die Drucker wird während des Tages auf einem Herde großes Feuer unterhalten, für die Schlosser und Klempner zum Schmieden eine Esse und eine Löthpuste. Von einer anderen Arbeit wird die Luft mit Bleistaub durchsetzt. Fast sämmtliche Arbeiter in diesem Raume leiden am Halse und infolge des Zuges durch Fensteröffnen an Augen-Entzündung. Als Waschvorrichtung für sämmtliche Arbeiter in diesem Raum dienen 2 Wannen von ½ Meter im Durchmesser und ¼ Meter Höhe. 16 Personen benutzen je ein solches Gefäß. Diese Wannen werden mittags und abends gefüllt und nach dem Gebrauch einfach ausgegossen. Angesichts dieser unwiderlegten Mißstände nahm Näther Veranlassung, den Kollegen, die sich stillschweigend alles gefallen lassen, bittere Vorwürfe zu machen, und legte ihnen nahe, sich der Organisation anzuschließen, um vereint solchen Mißständen entgegenzutreten. Zum Schluß rügte Quitzow, daß sich die Gürtler bei Sch. u. W. nicht an der Ausfüllung der Fragebogen betheiligt haben. Den dortigen Kollegen wurde aufgegeben, aus ihrer Mitte einen Vertrauensmann zu ernennen, um auf schnellstem Wege das Versäumte nachzuholen. Trotz mehrfacher Aufforderung des Vorsitzenden meldete sich von den zahlreichen Arbeitern und Werkmeistern niemand, der den Angaben des Referenten widersprochen hätte.

Die Arbeitseinstellung bei der Firma Jakob u. Braunfisch, Alexanderstr. 27a, beschäftigte am 12. Februar eine öffentliche Tapezirerversammlung. Bei der genannten Firma haben, wie bereits berichtet, 26 dort beschäftigte Gehilfen die Arbeit eingestellt. Die Ursachen der Arbeitseinstellung sind in den schlechten Lohnverhältnissen bei genannter Firma zu suchen, weshalb die Gehilfen eine Tariferhöhung um 50 pCt. verlangten. Die Forderung wurde abgelehnt und blieben alle Versuche der Arbeiter, eine Einigung mit den Prinzipalen herbeizuführen, erfolglos. Demzufolge legten 27 Gehilfen die Arbeit nieder. Einer nahm die Arbeit wieder auf, verschiedene sind abgereist oder haben anderweitig Arbeit gefunden, zu unterstützen sind noch 19 Mann. Die Firmeninhaber waren zur Versammlung schriftlich eingeladen. Die Herren lehnten indessen schriftlich ihr persönliches Erscheinen ab und gaben in dem Schreiben gleichzeitig die Erklärung ab, fortab einen Wochenlohn von 24 M. zu gewähren. Sollte später einmal wieder in Akkord gearbeitet werden, so erklärten sich die Herren nicht abgeneigt, die geforderte Lohnerhöhung von 50 pCt. eintreten zu lassen. Bei einer sofortigen Bewilligung dieser Forderung hätten die Herren nach ihrer Versicherung nur einen kleinen Theil der beschäftigt gewesenen Gehilfen beschäftigen können, da es an Arbeit mangele. Die Arbeitsverhältnisse bei der in Rede stehenden Firma wurden in der Diskussion allgemein als höchst schlechte bezeichnet. Zu bemerken ist, daß die Firmeninhaber der Innung als Mitglieder zugehören. Der zur Verlesung gebrachte Lohntarif der Firma erregte in der Versammlung allgemeine Verwunderung. Auch wurde darauf hingewiesen, daß in allen besseren Werkstätten schon seit Jahren der Mindestlohn 27 M. betrage. Bis jetzt sind dortselbst vier Streikbrecher in Arbeit getreten. Nach einer eingehenden Charakterisirung der Firma Jakob u. Braunfisch und einer längeren Erörterung der Streikangelegenheit, welche die Filiale des Allgemeinen Deutschen Tapezierervereins in die Hand genommen hat, erklärte sich die Versammlung mit dem Vorgehen bei der Firma Jakob u. Braunfisch einstimmig einverstanden und versprach denselben vollständige moralische und materielle Unterstützung. In Bethätigung dieses Beschlusses wurde dem Versammlungsbureau die Leitung des Streiks übertragen und für Unterstützungszwecke von den vorhandenen öffentlichen Geldern 200 M. überwiesen. Auch wurde das Bureau ermächtigt, Sammellisten zirkuliren zu lassen. Zur entsprechenden Beachtung wurde ferner mitgetheilt, daß in Stettin gestreikt wird.

Eine sehr gut besuchte Versammlung aller in der Hut- und Filzwaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am Mittwoch in Bötzow's Brauerei. Zuerst gab Lauschke den Bericht der Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission und erläuterte deren Stellungnahme zu den Lohnbewegungen der letzten Zeit, worauf er einstimmig in die Gewerkschafts-Kommission wiedergewählt wurde. Albert Schneider berichtete sodann über die Thätigkeit der Lohnkommission. Dieselbe hat während der Dauer ihrer Amtsperiode in 23 Sitzungen 12 Streitfälle zwischen Arbeitern und Unternehmern erledigt und sich somit als vortheilhaft für die Interessen der Arbeiter erwiesen, indem sie der Organisation Achtung bei den Unternehmern verschafft habe. Die Neuwahl der Lohnkommission ergab folgendes Resultat: Schmidt, Fräulein Schwarz, Möckel, Fräulein Büttner, Späth, Lauschke, W. Krüger, Fräulein Martin, Frau Stuck, G. Schulz, Fattke und Schneider. Nach dem von Kur erstatteten Jahresbericht über den Dispositionsfonds war am 1. Dezember 1894 ein Bestand von 595,10 M. vorhanden. Die Einnahmen betrugen: 1283,15 M. durch Listensammlung, 106,85 M. Ueberschuß vom Vergnügen, 88,45 M. durch Tellersammlungen. Summa 2022,50 M. Dem steht eine Ausgabe von 1342,20 M. gegenüber (darunter 510 M. Unterstützung bei Ausständen anderer Gewerkschaften, 100 M. für die Angehörigen der in Essen Verurtheilten, 205 M. Wittwenunterstützung), sodaß ein Bestand von 680,30 M. bleibt. Zu den Sammlungen steuerten 720 Personen bei, deren höchste Jahresabgabe 8 M., die niedrigste 10 Pf. betrug. Lund theilte mit, daß den streikenden Konfektionsarbeitern durch Beschluß der Vertrauensleute 300 M. aus dem Dispositionsfonds bewilligt worden sind. Die Versammlung genehmigte diesen Beschluß. Eine etwa einstündige Debatte rief Punkt 4 der Tagesordnung hervor: Stellungnahme zu den im „Vorwärts" erscheinenden Annoncen, den Hutverkauf durch sogenannte Fabrik-Komptoirs betreffend. Lund führte hierzu aus, daß die Kollegen schon längst eine Besprechung der Angelegenheit gewünscht hätten. Mit Rücksicht auf den „Vorwärts" habe er sich jedoch gegen eine öffentliche Behandlung der Sache gesträubt und kürzlich die Redaktion brieflich hierüber interpellirt. Als er nach Verlauf von acht Tagen noch keine Antwort auf sein Schreiben erhalten hatte, habe er nochmals deswegen angefragt und nun einen Brief von der Expedition erhalten, worin es etwa heißt, daß diese bei Aufnahme von Inseraten nach einem Beschluß der früheren Preßkommission verfahre, der besagt, daß nicht anstößige oder nicht schwindelhafte Annoncen aufgenommen werden könnten. Wenn er (Lund) die fraglichen Inserate für Schwindel halte, möge er das nachweisen, worauf Remedur geschaffen werde. Lund meint demgegenüber, daß sich zwar der Beweis des Schwindels in diesem Falle nicht erbringen lasse, daß aber die betreffenden Annoncen den Stempel des Schwindels so offenkundig an der Stirn trügen, daß jeder denselben erkennen müsse, und daß man nicht Fachmann sein brauche, um zu wissen, daß Hüte für 65 Pf. nicht herzustellen seien. Nachdem noch mehrere Redner in gleichem Sinne gesprochen und Genosse Schmidt, das Mitglied der früheren Preßkommission dagegen zur Rechtfertigung der Expedition zweimal das Wort genommen hatte, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die Versammlung beauftragt das Bureau, die Redaktion des „Vorwärts" zu ersuchen, daß in Zukunft Inserate, die den Verkauf von Hüten zum Preise von 65, 75 Pf. und 1 M. in Fabrikkomptoirs empfehlen, was ein offenkundiger Schwindel und eine grobe Täuschung des Publikums ist, nicht mehr aufgenommen werden, da solches der Würde eines Arbeiterorgans nicht entspricht." Ferner wurde beschlossen: ein Flugblatt zwecks Agitation für den Verein herauszugeben. Der Vorsitzende theilte mit, daß Frau Stuck in der Versammlung im „Schweizer Garten" ein Portemonnaie mit Geld verloren hat. Wer über den Verbleib desselben etwas wisse, möge der Kollegin davon Mittheilung machen, um ihr wieder zu ihrem Eigenthum zu verhelfen.

Die Händler, Händlerinnen und Hausirer hatten sich am Mittwoch im Englischen Garten zu einer sehr zahlreichen Versammlung vereinigt, um Stellung zu nehmen gegen die im Reichstag zur Berathung stehende Novelle zur Gewerbe-Ordnung. Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt hatte zu diesem Punkte das Referat übernommen. Redner bemerkte, daß die diesjährige Regierungsvorlage etwas günstiger aussehe, indem sie die so gefährlichen Anträge des Zentrums nicht berücksichtigt hat. Mit Sicherheit ist schon heute vorauszusehen, daß die Novelle in der vorliegenden Form, wahrscheinlich aber mit Hinzufügung noch einiger Verschärfungen, zur Annahme gelangen wird.

Redner geht dann die einzelnen Bestimmungen in der Novelle, welche für die Hausirer von besonderem Interesse sind, durch, wie polizeiliche Erlaubniß des Hausirens in den einzelnen Gemeindebezirken, Verbot des Hausirens mit Schmucksachen, Bijouterien 2c., um den Anwesenden vor Augen zu führen, daß alle diese Bestimmungen dazu angethan sind, tausende Hausirer in ihrer Existenz zu gefährden. Bezüglich des Detailreisens bemerkt Redner, daß er sich entschieden ablehnend verhalte gegen einen Versuch, die Plackereien des Hausirhandels auch den Reisenden aufzuhalsen. Die Händler dagegen haben alle Ursache, energisch Protest zu erheben, daß ihnen die Gesetzgebung die Möglichkeit nimmt, ihren Lebensunterhalt in ihrem bisherigen Berufe zu finden. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion nahm Herr Färber das Wort, der angab, auf keinem parteipolitischen Standpunkt zu stehen. Redner plädirte im Gegensatz zu dem Referenten dafür, auch die Detailreisenden unter die Bestimmungen für das Hausirgewerbe zu stellen und empfahl den Anwesenden, unter heftigen

Ausfällen auf die politische Anschauung des Referenten, sich im Kampf um ihre wirthschaftlichen Interessen keiner politischen Partei dienstbar zu machen. Die weitere Debatte war im wesentlichen eine Bekämpfung des von dem Herrn Färber vertretenen Standpunktes und gelangte am Schluß folgende Resolution zur Annahme:

„Die ꝛc. Versammlung hält den vom Bundesrath dem Reichstag eingereichten Gesetzentwurfe für unannehmbar, da durch denselben zahlreiche Angehörige unseres Berufs in ihrem Erwerb geschädigt werden und einer nicht minder großen Zahl die vollständige Vernichtung der Existenz droht. Die Versammlung vermißt bei diesem Gesetzentwurf die Paragraphen über die Rechte des Hausirers, um sich vor dem Uebereifer einiger Beamten schützen zu können. Die Versammlung sieht auch diesen Entwurf für unvollkommen an, weil darin nicht angegeben ist, mit was es noch erlaubt ist, zu handeln. Sogar die Hauptsache ist in diesem Entwurf vergessen. Was soll aus den hunderttausenden Händlern und Händlerinnen werden, die bei etwaiger Annahme dieses Entwurfes brotlos werden?"

Bezüglich des zweiten Punktes der Tagesordnung theilt Schröder die Antwort mit, die er auf die eingesandte Resolution bezüglich des Sonntagshandelns vor der Gewerbe-Ausstellung erhalten habe. Er wurde zu dem Hauptmann seines Polizeireviers bestellt, welcher ihm mittheilte, daß der Herr Polizeipräsident eine derartige Resolution nicht beantworte. Im übrigen bleibe alles beim alten. Die Händler werden sich nun an das Ministerium wenden und sich am 28. Februar in einer öffentlichen Versammlung bei Buske, Grenadierstraße, nochmals mit dieser Frage beschäftigen. Ferner werden sämmtliche Händler, Händlerinnen und Hausirer Berlins gebeten, ihre Strafmandate an Schröder, Skalitzerstr. 130, zwecks einer statistischen Aufstellung einzusenden, wieviel indirekte Steuern die Händler durch Bezahlung der Strafgelder aufgebracht haben.

Berichtigung. Der letzte Versammlungs-Bericht der lokalorganisirten Lederarbeiter giebt mir Veranlassung zu folgender Erklärung: Meine Erwähnung der Lokalorganisation in meinem Geschäftsbericht ist nicht mit den Worten und auch dem Sinne nach nicht so gewesen, wie unser Schriftführer sie im Bericht für den „Vorwärts" eingesandt hat. Den Verband damit in Beziehung zu bringen, ist unangebracht, da es nur meine Angelegenheit ist, die ich auch event. allein vertreten würde. Genaue Auseinandersetzungen darüber verbietet mir hier der Raum, ich habe dieselben in unserer Branchenversammlung am 10. d. M. gemacht und bin jederzeit bereit, meinen Standpunkt in einer Versammlung des Fachvereins zu präzisiren, wenn das sonderbare Zusammentreffen aufhört, daß der Fachverein immer an demselben Tage Versammlung hat wie der Verband. Von „Kampfesmethode" kann also hier gar keine Rede sein, mir persönlich liegt nichts ferner, als einen Zwiespalt beider Organisationen herbeizuführen; wir haben nöthigeres zu thun, als die Lokalorganisation zu „bekämpfen".

Georg Schmidt.

Friedrichsberg. Im hiesigen Arbeiter-Bildungsverein sprach am 4. d. M. Dr. Josl in einem interessanten Vortrage über Religion und Sittlichkeit im Lichte der Naturwissenschaft. Dem Referat folgte die Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten. Die Abrechnung des Vereins weist eine Einnahme von 141,70 M. und eine Ausgabe von 57,85 M. auf; ferner ist von dem letzten Vergnügen ein Ueberschuß von 7,10 M. zu verzeichnen. Bezugnehmend auf die günstigen Kassenverhältnisse beschloß die Versammlung, 50 M. dem Vertrauensmann zu überweisen. Die Versammlung diskutirte sodann, welche Stellung sie zu den Gemeinderaths-Wahlen den Parteigenossen empfehle. Man einigte sich dahin, in anbetracht der örtlichen Verhältnisse sowie aus taktischen Gründen diesmal von einer Betheiligung an der Wahl abzusehen. Wie der Vorsitzende bekannt giebt, ist die Bibliothek an den Herrn Kopp verkauft, der sie jedoch den Mitgliedern des Vereins leihweise zur Verfügung stellt. Die nächste Versammlung findet am 25. d. M. statt.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler. Heute, Freitag, den 14. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Schöning, Stallschreiberstraße 29, die kombinirte Versammlung aller Verwaltungen Berlins statt. Es wird ersucht, daß alles am Platz ist.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 14. Februar:

Opernhaus. 7. Symphonie-Abend der kgl. Kapelle.
Schauspielhaus. Die kranke Zeit.
Deutsches Theater. Hamlet.
Lessing-Theater. Der Thron seiner Väter.
Berliner Theater. Nora.
Neues Theater. Der Herr Direktor.
Residenz-Theater. Hotel zum Freihafen.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Hungerleider.
Theater Unter den Linden. Die schöne Helena.
Schiller-Theater. Romeo und Julia.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Belle-Alliance-Theater. Böse Buben.
Alexanderplatz-Theater. Pitts. Hierauf: Die kleinen Lämmer.
National-Theater. Der Hüttenbesitzer.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr: **Romeo und Julia.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der Widerspenstigen Zähmung.**

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: **Max Samst.**
Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Der Hüttenbesitzer.
Schauspiel in 5 Akten v. **Georg Ohnet.**
Regie: **Max Samst.**
Morgen: **Conradin.**
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: **Hänsel und Gretel.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Das Kreuz am Ferner.**

Adolph Ernst-Theater.
Zum **350.** Male:
Charley's Tante.
Schwank in 3 Akten von Brandon Thomas. Repertoirstück des Globe-Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Vorher: **Die Bajazzi.**
Parodistische Posse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété-Theater
Königstraße, Colonaden.
Bomben-Erfolg!
Hammerstein's Ankunft!!!
Sensationeller Vortrag des **wirklichen Humoristen Gentes.**
Theowin's **Pracht-Modelle.**
Der **Riesenbrustkastenmensch**
Das lustige Carneval-Programm.

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Emil Thomas als Gast.
Zum **161.** Male:
Eine tolle Nacht.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von **Julius Freund** und **Wilh. Mannstädt.**
Musik von **Julius Einödshofer.**
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: Eine tolle Nacht.

Alexanderplatz-Theater.
Anfang 8 Uhr: Zum 117. Male:
Nur noch 14 Aufführungen
Die kleinen Lämmer.
Vaudeville in 2 Akten von L. Varney.
Vorher: **Pitts.**
Operette in 1 Akt. Text von Fritz Otto. Musik von Hans Loewenfeld.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Mlle. Eugenie FOUGÈRE.
Die tolle Nacht.
Komische Pantomime von der
Joseph Phoites-Troupe.
Ferner **30 Kunstkräfte I. Ranges.**
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Parodie-Theater.
Oranienstr. 52 am Moritzplatz.
Sonnabend, d. 15. Februar 1896:
Wiedereröffnung.
1. **König Heinrich.** Wildromant. Schauspiel von Ernst v. Saufenbruch.
2. **Gräfin Ilse,** Was willse oder der Trompeter von Bilse. Nach Dr. Fritz Friedmann's Kriminal-Roman.
3. **Zscheus,** das Waldmädchen.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7½ Uhr.

Victoria-Brauerei
Lützowstrasse 111/112.
Heute, sowie **jeden Freitag** und **Montag:**

Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader)
Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (s. Plakate).
Neu! **Neu!**
Artisten-Kniffe
Morgen, Sonnabend:
Soirée in Spandau,
„Rother Adler".

Alcazar.
Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage).
Heute! **Benefiz** Heute!
für den urdrolligen Ernst Kühne.
Neues Programm!
Guten Morgen, Herr Fischer!
Entree 30 Pf. Ref. 50 Pf. Anf. 8 Uhr.
R. Winkler.

Urania
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark
(Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5—10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Passage-Panopticum.

Täglich um 5½ und 8 Uhr:
Affentheater und Circus.
30 Affen,
30 Hunde,
12 Pferde,
Esel, Ziegen, Schweine, Hasen

Castan's Panopticum.
Die **3 neuesten Weltwunder.**
Kommen!

Kaiser-Panorama
(Passage).
Diese Woche: **Neu!** 3. Reise. **Istrien. Abbazia, Cherso etc.** II. Eine Wanderung durch das interessante **Venedig.** à Reise nur 20 Pf. — Kinder 10 Pf. Abonnement 1 M.
Nächste Woche: **Corfu!**

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion: **Winkler & Fröbel.**
Das kolossale Februar-Programm!
Für Berlin
durchweg neue Spezialitäten!
Mss. Martha. Mr. Frankloff. Mr. Arve. Gebr. Francs. Familie Schenk. Lotti Romanowitsch. Harlow Trio. Rembrand u. Cläri. Marvelli Truppe. Robin u. Berat. Kolter Talaschuss, 5 Personen auf dem **Thurmseil.** Ein 3 und 6jähriges Mädchen als Thurmseilläufer.
Die tolle Jugend.
Urkomische Pantomime von der Gesellschaft **Treo.**
Anfang { Sonntags 6 Uhr. Wochentags 7½ Uhr.
Entree 30 Pf.

Neuer Circus.
Circus Busch (Bahnhof Börse).
Freitag, den 14. Februar:
Abends 7½ Uhr:
Gr. humoristische Vorstellung.
Zscheus, das Waldmädchen.
Elektrisches Ballet.
Außerdem:
Die Clowns Gebr. **Veldeman** m. d. verunglückten Hut. Gebr. **Cavallini,** exzentr.-akrob. Clowns. **Die amerik. Freunde,** höchst komische Episode. Gebr. **Dux,** die lustigen Chinesen. Zum 1. Male: **Der Elefant als Kapellmeister.** Equestr. Arrangement v. 100 Hengsten, dress. u. vorgeführt vom Dir. **Busch. Leopard,** Pferd mecklenb. Rasse, dress. u. ger. v. Hrn. **Poottit-Burghardt. Das Bernhard-Trio,** Akrobaten auf dem Piedestal.
Sonnabend: **Zscheus.**
Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr (**ermässigte Preise und 1 Kind frei**) u. abends 7½ Uhr.

Coepenick.
5 Pfund Brot für 40 Pf.
liefert die Bäckerei von [4890L*
Gratias, Rudowerstr. 12.

Kranken-Unterstützungs-Verein der Tabakarbeiter Berlins.
(E. H. 88.)
Sonnabend, den 29. Februar 1896, abends 9 Uhr,
bei **Feind,** Weinstr. 11:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Rechnungslegung. Neuwahl des gesammten Vorstandes und Ausschusses. Vereins-Angelegenheiten.
Nach Schluß: **Gemüthliches Beisammensein.**
Um rege Betheiligung bittet
Der Vorstand.
187/6 J. A.: Carl Butry.

Achtung! Achtung!
Verbands-Versammlung!
Am Freitag, den 14. d. Mts., abends 8 Uhr,
in **Ahrens' Brauerei:**
Verbands-Versammlung der in der Damen- u. Kinderkonfektion beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlins u. Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über Zentral- und Lokalorganisation. (Referenten werden in der Versammlung bekannt gegeben.) 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes. — Gäste willkommen.
58/5 **Der Einberufer:** Heuser, Adalbertstr. 50 III.

Achtung! Achtung!
Textil-Arbeiter
Filiale I Berlin.
Sonnabend, 15. Februar, abds. 8½ Uhr, bei Wilke, Andreasstr. 26:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Bruno Pörsch** über: „Die Beseitigung des Privateigenthums." 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Verschiedenes. — Nach der Versammlung gemüthliches Beisammensein mit Tanz. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
197/9 **Der Vorstand.**

Freie Vereinig. d. bau- u. gewerbl. Hilfsarbeiter
für Schöneberg und der Umgegend.
Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 1½ Uhr, in Obst' Salon, Grunewaldstraße 110:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung von der Weihnachtsbescheerung. 2. Vortrag über Gewerkschaftsorganisation. 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes und Fragekasten. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet
29/7 **Der Vorstand.**

Verband der Sattler und Tapezirer.
Filiale Centrum.
Sonnabend, den 15. d. M., bei Paasch, Alte Jakobstr. 83,
abends 8½ Uhr:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Jahn** über: „Die Malthus'sche Bevölkerungstheorie". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
158/12 **Der Vorstand.**
Zur Beachtung! Maskenball-Billets, welche noch übrig sind, ersuchen wir in die Versammlung mitzubringen, da keine mehr in unserem Besitze sind.
Das Comité.

Achtung! **Achtung!**
Rabitzspanner
und Berufsgenossen.
Sonntag, den 16. Februar, vormittags ½12 Uhr, im Lokal des Herrn Gründel, Brunnenstr. 188 (am Rosenthalerthor):
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Friedr. Hofmann** über Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung werden die Spanner, Putzer und Hilfsarbeiter, sowie die Mitglieder des baugewerblichen Hilfsarbeiter-Vereins ganz besonders eingeladen. [262/8] **Der Einberufer.**

Tempelhof. **Mariendorf.** Mariensfelde.
Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins
Sonntag, 16. Febr., nachm. 3½ Uhr, bei **Teutschbein-Mariensfelde.**
Tagesordnung: 1. Vortrag. Referent: Stadtv. **Bruns.** 2. Diskussion. 3. Fragekasten. — Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen. [12/3] **Der Vorstand.**

Achtung! Charlottenburg. Achtung!
Sonntag, den 16. Februar 1896:
Auftreten der Theater-Gesellschaft Strzlewicz
im Lokale Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39.
Kassenöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Grosser Ball.**
4894L* Hochachtungsvoll **H. Wernicke.**

Freitag, den 14. Februar, nachm. 2½ Uhr,
finden

Vier öffentliche Versammlungen

für alle Schneider und Näherinnen der Herren- und Knaben-Konfektion, Mäntelnäherinnen, Bügler, Stepper, Zuschneider, Kinder-Konfektions-Schneider und Näherinnen, sowie Schneider und Näherinnen aller Branchen der Konfektions-Industrie
statt und zwar in folgenden Lokalen:

Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.
Keller's Festsäle, Koppenstr. 29.
Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7.
Kösliner Hof, Köslinerstraße 8.

Tages-Ordnung:

Der Stand unserer Lohnbewegung.

Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist Pflicht.

Heute, Freitag, vormittags 9 Uhr, kommt in sämmtlichen Kontroll-Lokalen ein Flugblatt zur Verbreitung. Wir ersuchen um zahlreiche Betheiligung.

Frisch auf! Durch Kampf zum Sieg!

Die Agitations-Kommission der Schneider u. Schneiderinnen Berlins
Im Auftrage: **J. Timm.**

Möbelpolirer!

Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10 Uhr, in Niett's Lokal, Weberstraße 17:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die jetzige Situation unserer Bewegung und wann gehen wir mit unseren Forderungen vor? 2. Beschlußfassung. 3. Verschiedenes.

Am Sonnabend, den 15. Februar, findet in den sämmtlichen Zahlstellen Vertheilung der Lohntarife und Streikkarten statt.

Die Siebener-Kommission.
147/4 J. A.: **Max Richter**, Berlin, Grüner Weg 65.

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Verein der Zimmerer Berlins und der Umgegend.
Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10 Uhr, in Cohn's Festsälen (großer Saal), Beuthstraße 21:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Das Verhalten der Vereinsmitglieder zur Lohnbewegung und Unterstützungsfrage. 2. Vortrag. 3. Diskussion.

In dieser Versammlung muß jedes Vereinsmitglied zur Stelle sein.

Zutritt hat jeder Zimmerer.

257/16 **Der Vorstand.**

Große öffentliche Volksversammlung

der Konsumenten Berlins

Freitag, d. 14. d. M., in **Keller's** Festsälen, Koppenstr. 29.

Tages-Ordnung:
Wie stellen sich die Konsumenten zum Streik in der Konfektionsbranche? 2663b

Wir fordern alle Konsumenten Berlins im Interesse der schwer kämpfenden Schneider und Schneiderinnen auf, zahlreich zu erscheinen.

Der Einberufer. W. Wiese.

Hackescher Markt 4, Ecke Neue Promenade

J. Brünn

Am Stadtbahnhof „Börse."

Inventur-Ausverkauf!

Teppiche! Gardinen! Portièren! Steppdecken! Leinenwaaren! Fertige Wäsche!

zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.

R. F. Mittelstädt's Original-Löwenbitter ist aus passenden Kräutern abdestillirt befördert vorzüglich die Verdauung und regt besonders den Appetit an.

In Fl. Mk. 0,60. 1,10. & 1,80.

Im Ausschank und in Flaschen überall zu haben.

Unbemitt. Musikunterr. „K" Postamt 79.

Strickmaschinen

aus der Dresdener Strickmaschinen-Fabrik sind die besten und ein leichter Erwerbszweig für Männer, Frauen u. Posam.-Geschäfte. Erlernen leicht und gratis. Arbeit wird nachgewiesen. Verkauf zu Fabrikpreisen. Lager bei dem Vertreter **A. Homburger**, Heiligegeiststr. 49, Berlin. 4150Ø*

Achtung!

Kaufen Sie gefälligst nur 4379L*

Metall-Putz-Glanz

Amor

Derselbe ist sparsam, billig u. allbekannt das beste aller Metall-Putzmittel und viel besser als rothe Pomade.

In Dosen à 10 Pf.

überall zu haben.

Amor ist auch vorzüglich für Metall-Fabriken.

Pitts
Gesetzl. geschützt
Aromatischer Kräuter-Liqueur
Alleiniger Fabrikant:
Wilhelm Pauli
Berlin N.O., Grosse-Frankfurterstr. 91
Pitts ist überall zu haben.

Achtung! Achtung!
Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervtödten bei Bestellung umsonst.
Guckel, Lausitzerplatz 2, Elsasserstr. 12.

Guten Morgen!

Lade zum Kauf bei mir ergebenst ein.

Carl Schindler
55. Chausseestr. 55. A. III 8917.
(Nordh., Liköre, Cognac, Rum, Ungarw.)

Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik
Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstr. 46, versendet gegen Nachnahme (nicht unter 10 M.) garant. neue vorzügl. füllende Bettfedern, d. Pfd. 55 Pf. **Halbdaunen**, d. Pfd. M. 1,25, **h. weiße Halbdaunen**, d. Pfd. M. 1,75, **vorzügliche Daunen**, d. Pfd. M. 2,85.
Von diesen Daunen genügen 3 Pfund zum größten Oberbett.
Verpackung wird nicht berechnet.

Sophastoff-Reste

in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig!

Proben franko!

Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Täglich, auch Sonntags vorm. von 7—9 Uhr: 4041Ø*

Verkauf von gekochtem Rind- u. Schweinefleisch
à 30—40 Pf. per Pfd.
Rückenfett à 45 Pf. per Pfd.
Verwaltung der Kochanstalt Central-Viehhof.

Rohtabak.

Grösste Auswahl! Billigste Preise.
Sämmtliche Fabrikations-Utensilien.

Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 16. Februar, nachm. 5 Uhr, in Bernh. Raabe's Salon, Kolbergerstraße Nr. 23:

Gr. Volksversammlung.

Vortrag. 219/15

Nach der Versammlung: **Geselliges Beisammensein.**
Zahlreiche Betheiligung erwünscht **Der Einberufer.**

Achtung! Moabit. Achtung!

Montag, den 17. Februar, abends 8 Uhr:

Große öffentliche Volks-Versammlung

in Ahrens' Brauerei, Thurmstraße Nr. 26.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Wurm** über: **Die politische Lage.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 219/14

Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Einberufer.**

Arbeiter-Bildungsschule

Sonntag, den 16. Februar, abends 6½ Uhr, im Lokale des Herrn Boltz (ob. Saal), Alte Jakobstr. 75:

Versammlung.

Vortrag des Genossen Dr. H. Lux: Moderne Entdeckungen.

Nachdem: Geselliges Beisammensein mit Tanz.

Nach dem Vortrag haben nur noch Mitglieder mit ihren Angehörigen Zutritt.

Eintritt 10 Pf. 5/9

Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Sonntag, den 16. Februar, vormittags präzise **9** Uhr, in der **Brauerei Friedrichshain**, am Königsthor:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimirt.

81/11 **Die Ortsverwaltung.**

Heute **Freitag: Sitzung der Ortsverwaltung** im Lokale des Herrn **Schöning**, Stallschreiberstr. 29.

Achtung, Holzarbeiter!

Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10½ Uhr:

Zwei öffentliche

Holzarbeiter-Versammlungen.

1. Brauerei Friedrichshain,
2. Schweizer Garten, am Friedrichshain.

Tages-Ordnung:
1. **Berichterstattung über die Verhandlungen mit den Meistern.**
2. **Wann sollen die Forderungen gestellt werden?**

Das Erscheinen eines jeden Kollegen ist Pflicht.

81/12 **Der Vertrauensmann.**

Fachverein d. Holz- u. Bretterträger

Berlins und der Umgegend.

Mitglieder-Versammlung

Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10½ Uhr, bei **Ewald**, Schönleinstr. 6.

Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verschiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen bittet

84/11 **Der Vorstand. W. Kuhn.**

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Sonntag, den 16. Februar, vormittags 11 Uhr, in den Viktoria-Sälen, Rixdorf, Hermannstraße 48—50:

Oeffentliche Versammlung der Holzarbeiter von Rixdorf und Britz.

Tages-Ordnung:
1. **Der in Aussicht stehende Streik der Tischler Berlins und Umgebung.** Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht eines jeden Kollegen.

81/10 **Der Einberufer.**

Zentral-Verband der Maurer.

Zahlstelle II Berlin.
Sonntag, den 16. Februar, vormittags 10½ Uhr, im Lokale des Herrn Cohn, Beuthstraße 21:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Paul Jahn** über: „Die französische Arbeiter-Bewegung und das Recht auf Arbeit." 38/11
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Um regen Besuch bittet **Der Bevollmächtigte.**

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer

Berlins und der Umgegend.

Sonntag, den 16. Februar, vorm. 10½ Uhr im Lokale des Herrn Schröder (Wedding-Park), Müllerstraße 178:

Wander-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **J. Sassenbach** über: „Der Uebergang vom Zunftzwang zur Gewerbefreiheit."
2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.

Alle Maurer sind zu dieser Versammlung eingeladen.

129/5 **Der Vorstand.**

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby**, Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.